

UNABHÄNGIGE Bauernstimme

Oktober 1999 Nummer 216
K 12858 / 5,00 DM

Eine Zeitung von Bäuerinnen
und Bauern



Aktuelle Politik

Gerecht sparen!

Das Sparpaket trifft die Landwirtschaft in besonderem Maße, schreibt Wolfgang Reimer im Kommentar. Den aktuellen Stand im Kampf der verschiedenen landwirtschaftlichen Interessen sowie die Positionen der AbL auf den **Seiten 2, 12 – 13**

Agrarpolitik der Länder

Agrarpolitik wird gerade dieser Tage nicht nur in Bonn und Berlin gemacht, sondern ebenso in den Bundesländern. In Hessen gibt es seit dem Regierungswechsel von Rot-Grün zu Schwarz viel Wirbel und wenig Durchblick. NRW legt derweil als erstes Bundesland seinen Förderplan 2000 – 2006 vor. **Seite 6 – 7**

Regionale Politik

Tag der Region

Am 10. Oktober ist Tag der Region. An über 130 Orten in Bayern und Nordrhein-Westfalen laden vielfältige Aktionen dazu ein, die Besonderheiten der Regionen kennenzulernen. Eine Auswahl der Angebote auf der **Seite 14**

Ein wankendes Projekt

Die BioHalle Alsfeld galt mal als Vorzeigeprojekt in Hessen. Im umgebauten ehemaligen Schlachthof versuchte eine Erzeugergemeinschaft, mit viel Geld eine Verarbeitung und Vermarktung für ihr Biofleisch aufzubauen. Heute ist die Halle zahlungsunfähig, viele Bauern beklagen erhebliche Außenstände. Einen Versuch soll's noch geben, **Seite 15**

Praxis und Projekte

Bündnisse für Arbeit

Es gibt sie, die praktischen Ansätze zur Schaffung neuer Arbeitsplätze auf dem Land. Aber sie sind noch viel zu selten. In Kassel kam es zu einem ersten Austausch von Initiativen, Institutionen und Interessierten. Ganz begeistert zeigten sie sich von französischen Beispielen aus Selbsthilfe und hoher Politik. **Seite 11**

Französische Protestfreude

300 französische Bauern haben mal eben einen halbfertigen McDonalds-Imbiss abgebaut, weil ihnen die Liberalisierung der Agrarmärkte nicht passt. Sie finden unglaubliche Unterstützung in Bevölkerung und Regierung auf **Seite 3**

Die Schröder Regierung hat nicht nur ein Vermittlungsproblem. Wer in einer Mediendemokratie seine Politik den Menschen nicht erklären kann, der hat ein zutiefst politisches Problem. Wer wie Schröder in den Medien allzuoft nur wirtschaftsliberale Duftmarken setzt und sich mit den Wirtschaftsbossen gut stellen will, kann auch soziale Wohltaten für die eigene Wählerklientel kaputt machen. Immerhin hat schon die erste Stufe der Steuerreform große Konzerne über 30 Milliarden gekostet, während erstmals in diesem Jahrzehnt die breite Masse der Beschäftigten entlastet wurde (Steuern, Kindergeld). Auch das Rentengejammere ist daneben. Wenn unter Kohl die Rente wegen stagnierender Nettolöhne während der 90er Jahre nur um durchschnittlich 0,8 % gestiegen ist und sie jetzt zwei Jahre um 0,6 % bzw. 1,6 % steigt, so liegt darin bestimmt nicht die soziale Schiefelage. Neben besonderen sozialen Problemlagen (Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger z.B.) hätten allenfalls der Mittelstand und die Landwirtschaft Grund zum Jammern, weil den Belastungen auf der einen Seite kaum Entlastungen auf der anderen Seite gegenüberstehen. Schröders Kardinalfehler ist aber, dass er weder als SPD-Vorsitzender seine Stammwähler anspricht, noch als Kanzler anderen Schichten die Notwendigkeit des Sparens oder neuer Reformen vermitteln kann. Schröders Auftritt auf dem Bauerntag in Cottbus war jedenfalls katastrophal. Da helfen auch Funkes Kniefälle vor dem Bauernverband nichts. Wer glaubt, dass er sich das verspielte Vertrauen durch besonderen Opportunismus gegenüber den Großbauerninteressen zurückholen könnte, irrt gewaltig. Wer wie Funke bei der Umsetzung der Agenda 2000 jegliche Prämienregression verhindert, Tierobergrenzen abbaut und alles tut, um die oberen Verbandsfunktionäre zufrieden zu stellen, gewinnt damit noch lange keine Wählerstimmen. Die SPD unterliegt einem kapitalen Irrtum, wenn sie meint, mit CDU-Politik die CDU-Wählerstimmen zu bekommen.

Bei der aktuellen Sparrunde ist es nachgerade peinlich, wie Funke die Signale des Bauernverbandes – möglichst wenig bei der Gasölverbilligung zu sparen – aufnimmt und jetzt lieber im Sozialbereich

oder bei der Gemeinschaftsaufgabe kürzt. Natürlich ist es eine

KOMMENTAR

Funkes Beitrag

Wettbewerbsverzerrung, wenn in Frankreich Heizöl getankt werden darf und wir den hohen Preis zahlen müssen. Aber weshalb gibt es da keine europäische Harmonisierung, wenn dort sonst so viel angeglichen wird? Und weshalb können die stationären Dieselmotoren der Industrie weiter zum Heizölpreis laufen? Wer jedoch in erster Linie bei den Zuschüssen für die Alterskassenbeiträge sparen will, trifft die Ärmsten der Armen, nämlich die kleinen Vollerwerbsbetriebe – und die Bäuerinnen. Die Einführung der eigenständigen Bäuerinnenrente vor wenigen Jahren konnte – so richtig dieser Schritt war – von vielen kleineren Betrieben nur dadurch verkraftet werden, dass drei Viertel der Betroffenen einen Zuschuss bekamen. Soll das alles aufgekündigt werden?

Da bisher die Großbetriebe bevorzugt wurden, müssen die sozialdemokratische und die grüne Bundestagsfraktion auch um den Preis eines Kraches mit Funke dafür sorgen, dass der Begriff „soziale Schiefelage“ nicht tatsächlich zum Markenzeichen der Regierung wird. Dass gespart werden muss, sehen auch die Bauern ein. Jeder weiß auch, dass die Landwirtschaft bei diesem

Prozess trotz des unglücklichen Zusammenfallens mit den Agrarpreissenkungen nicht ausgenommen werden kann. Wenn aber keine Signale kommen, dass beispielsweise die Gasölverbilligung bei 1.500 DM pro Betrieb gedeckelt und die unsozialen Kürzungen bei der Altersversorgung verringert werden, ist der Kredit auch bei jenen verspielt, die aus der Landwirtschaft rot-grün gewählt haben.

Wolfgang Reimer, Bauer und stellv. Vorsitzender der AbL

Spritzspur der Spritztour

UBA kritisiert hohe Nährstoff- und Pflanzenschutzmitteleinträge in Gewässer

Das Umweltbundesamt (UBA) geht mit der konventionellen Landwirtschaft hart ins Gericht. Eine Studie weist nach, dass Anwendungsbestimmungen für Pflanzenschutzmittel häufig nicht eingehalten werden und damit Gefährdungen für die Umwelt durch die Gerätereinigung oder Resteentsorgung ausgehen, während Einträge von Pflanzenschutzmitteln ins Grundwasser oftmals dadurch zustande kommen, dass Abstandsaufgaben nicht beachtet werden. Das Schlimme an den Ergebnissen ist, dass sie sich kaum auf Unkenntnis zurückführen lassen, sondern auf mangelnde Einsicht. Wenn es nämlich um die Einhaltung von Bestimmungen zur Lagerung und Anmischung von Pflanzenschutzmitteln geht, gibt es laut Studie nur wenig Missachtungen – da macht sich das Eigeninteresse der Bäuerinnen und Bauern an ihrer Gesundheit bemerkbar. Auch eine andere Studie des UBA zeichnet kein schönes Bild. Noch immer wird der Nährstoffeintrag aus der Landwirtschaft, speziell Stickstoff und Phosphor, sowie der Eintrag von Pflanzenschutzmitteln in Gewässer als zu hoch eingestuft. Das UBA sieht dringenden Handlungsbedarf und schlägt eine Abgabe auf Dünger und Pflanzenschutzmittel sowie Veränderun-

gen in der Düngeverordnung vor. Im einzelnen soll eine maximale Besatzdichte von 1,5 Dungeinheiten/ha die Flächenbindung der Tierhaltung verbessern, denkbar wäre auch eine Abgabe auf Wirtschaftsdünger aus nicht flächengebundener Tierhaltung. Außerdem sollten Höchstgrenzen für Nährstoffüberschüsse von 50 kg N/ha sowie für die Ammoniakverluste bei der Lagerung und Ausbringung von Gülle eingeführt werden.

Der Vorsitzende des Umweltausschusses des DBV und Präsident des Landesbauernverbandes Baden-Württemberg, Gerd Hockenberger, widersprach der UBA-Aussage, dass immer noch zu hohe Nährstoffeinträge aus der Landwirtschaft die Gewässer belasten, und wies die eingeforderten Maßnahmen als nicht erforderlich und nicht sachgerecht zurück.

In Frankreich wird bereits sehr viel konkreter über die Einführung von Steuern auf Dünge- und Pflanzenschutzmittel diskutiert, die Einführung einer nach Giftigkeit der Mittel gestaffelten Abgabe auf Pflanzenschutzmittel ist für nächstes Jahr geplant. Düngemittelabgaben nach dem Verursacherprinzip auf Basis einer obligatorischen Stickstoffbilanz sollen folgen.

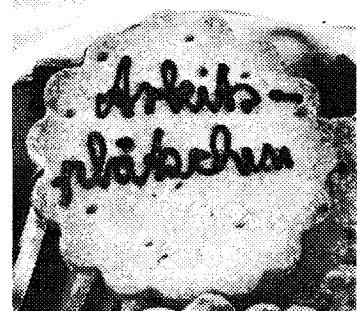
cs

Die Unabhängige Bauernstimme hat ein „Arbeitsplätzchen“ für

eine/n Redakteur/in

zu bieten.

- Wenn Ihnen der Alltag von Bäuerinnen und Bauern nicht ganz fremd ist und Ihnen der Ländliche Raum am Herzen liegt,
- wenn Sie ein sehr abwechslungsreicher Arbeitsalltag reizt und Sie sich vor Arbeitsspitzen nicht scheuen,
- wenn Ihnen das Schreiben von Meldungen, Berichten, Reportagen, das Interviewen interessanter Personen oder auch das Kommentieren Spaß macht und Ihnen leicht von der Hand geht,
- wenn Sie ein offenes Ohr haben und ein Gespür für große und kleinere gesellschaftliche Entwicklungen
- und Sie ein kommunikativer Mensch sind, dann, aber nicht erst dann haben Ihnen etwas zu bieten:
- einen Arbeitsplatz auf dem Land,
- ein kleines kooperatives Kollegium,
- ein äußerst vielseitiges, spannendes und mitunter herausforderndes Umfeld,
- die Möglichkeit, Ihr Engagement auszuleben und nicht zuletzt
- gestaltend an Inhalt und Form der Bauernstimme mitzuwirken.



Dieses Angebot ist verbunden mit einer halben Stelle mit Sitz in Rheda-Wiedenbrück. Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung.

ABL-Verlag, Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, ☎ 05242-48185

Altes Obst auf der Schwelle zum globalen Haus

Wenn es ums Essen und Trinken geht, ist die französische Seele berührt

Frankreichs Bäuerinnen und Bauern sind wütend. So weit, so einfach. Begeben sich aber auf die Suche nach Gründen für die landesweiten Protestaktionen, stößt man auf einen großen Sack voller Anlässe, die das allgemeine Frustrationpotential auf dem Land zur explosiven Mischung gemacht haben. In so einer Situation sind Helden gesucht, die befähigt sind, die Stimmung aufzugreifen und sich von ihr tragen zu lassen. So ein Held, der „letzte Don Quichotte des 20. Jahrhunderts“ wie ihn eine französische Zeitung betitelte, ist José Bové, ein altlinker Intellektueller, der vor 20 Jahren der Großstadt den Rücken kehrte, um in den abgelegenen Lazard-Bergen im Süden des Landes den Traum vom selbstbestimmten Leben auf dem Bauernhof zu erfüllen. Außer in der Schafhaltung engagiert er sich in der Bauernorganisation Confédération Paysanne (CP) und landete nach Protestaktionen auch schon mal im Knast. Erneut dorthin mussten der schnauzbärtige Widerständler und 4 seiner Mitstreiter nun, nachdem sie und rund 300 Bäuerinnen und Bauern ein halbfertiges McDonalds Restaurants im südfranzösischen Millau „zurückgebaut“ haben. Es wurden Fenster und Türen demontiert und vor der Stadtverwaltung deponiert. Die McDonalds-Filiale steht dabei lediglich als Symbol für die USA als mit ihrem Lifestyle und ihren Konzernen alles vereinnahmende Weltmacht im allgemeinen und als den europäischen Unwillen, Hormonfleisch zu essen, sanktionierender Handelskrieger im besonderen. „Wir pochen auf das Recht der Bauern und Völker, sich nach eigenem Gutdünken ernähren zu können“, formuliert der wortgewandte Bové.

Nicht zufällig liegt das McDonalds-Restaurant in einer Region, in der Schafhaltung und die Verarbeitung der Schafsmilch zu Roquefort-Käse stark verbreitet ist. Die französische Spezialität wird derzeit von den USA mit 100%igen Strafzöllen belegt – als Reaktion auf die Aufrechterhaltung des EU-Einfuhrverbotes für US-amerikanisches Rindfleisch, was mit hormonellen Masthilfsstoffen erzeugt wurde. „Dieser massiven Maßnahme wollten wir eine ebenfalls massive Maßnahme entgegensetzen“, so Benoit du Casse von der CP. Hormonfleisch und Roquefort-Käse ist aber nur ein Stein des Anstoßes, du Casse wie auch Bové sehen die Aktion auch als Kampfansage gegen die maßgeblich von US-Konzernen vorangetriebene Gentechnik in Lebensmitteln. Und sie wissen den Großteil der Bevölkerung wie auch die Regierung hinter sich. Frankreichs Staatspräsident Jacques Chirac hat bereits mehrfach betont, dass

er sich bei den anstehenden WTO-Verhandlungen gegen Genfood in Europa einsetzen werde.

Kulturelle Vereinnahmung

Längst hat sich der McDo-Protest zum Selbstläufer entwickelt, haben in allen möglichen Landesteilen in oder um McDonalds-Restaurants mehr oder weniger charmante Aktionen unterschiedlichster Bauerngruppen stattgefunden. Ein von 50 Bäuerinnen und Bauern mit typisch französischen Produkten veranstaltetes Picknick ist sicherlich für alle Beteiligten angenehmer als das Abkippen fauler Früchte vor oder in verschiedensten Burger-Buden. Mittlerweile sah sich nun der Fast-Food-Riese genötigt Stellung zu nehmen. Frankreichs McDonalds-Chef Philippe Labbé erklärte, dass 80% der in Frankreich verwendeten Zutaten aus der heimischen Landwirtschaft stammen. Grund genug für eine baskische Erzeugergruppe, den „Gros Bernard“ (dicker Bernard) als Konkurrent für den „Big Mac“ bei regionalen Lebensmittelhändlern ins Regal zu befördern: Er besteht aus 100% (nicht nur 80%) baskischem Brot, heimischen Bayonner Schinken, Schafskäse, Salat und Tomate.

Kein Wunder, dass die New York Times bereits kommentiert: „Was früher die Pershing II waren, sind jetzt McDonalds, Gentechnik, Hormone als Inbegriffe der kulturellen Vereinnahmung Europas.“ Dabei gehen Aktionen mit faulem Obst und Gemüse mindestens genauso an französische Adressen wie vor amerikanische Haustüren. Beklagt wird von den heimischen Erzeugern schon lange die Marktmacht der französischen Handelskonzerne, die oftmals nur bereit sind Preise zu zahlen, die unter den Gestehungskosten liegen. Vier mächtige Einkaufszentralen nehmen 3/4 der gesamten Lebensmittelproduktion ab, davon haben zwei, Carrefour und Promodés, auch noch Fusionspläne (siehe Randspalte). Besonders die ErzeugerInnen von Frischwaren wie die Obst- und Gemüse- aber auch die Milch- und Schweinebäuerinnen und -bauern wollen und können den Druck nicht länger ertragen. Landwirtschaftsminister Jean Glavany erhoffte sich durch die Verordnung der doppelten Preisauszeichnung mehr Transparenz und damit eine Besserstellung der Bäuerinnen und Bauern. Im August zunächst zeitlich befristet und nur für einige Frischprodukte eingeführt, verpflichtete er den Lebensmittelhandel, neben dem Endverkaufspreis auch den Preis anzugeben, den der Erzeuger für das Produkt erhalten hat. Glücklicherweise ist mit der Umsetzung aller-

dingschlichtweg boykottiert wird, haben besonders Supermärkte begonnen, neben diesen beiden Preisen auch ihre Kosten für Transport, Lagerung, Personal und Steuern anzugeben und verwirren und verärgern die VerbraucherInnen und ErzeugerInnen damit mehr, als dass sie Transparenz schaffen.

Mehr Macht

Der französische Bauernverband FNSEA fordert denn auch grundlegende Veränderungen in der „konturlosen Agrarpolitik“ der Regierung, fürchtet aber gleichzeitig weitere Einschnitte durch das geplante landwirtschaftliche Orientierungsgesetz. Mit seiner Einführung will Glavany die in der Agenda 2000 vorgesehenen Möglichkeiten der Koppelung der Produktion an Umweltauflagen und die Einführung von Prämienkürzungen oberhalb einer bestimmten Zahlungssumme umsetzen. Glavany sieht mit so einer Umverteilung der Prämien neben den Interessen der kleineren Betriebe auch die der VerbraucherInnen in ihrem Recht auf Nahrungsmittelsicherheit und einer weitgehend intakten Umwelt gestärkt. Und da solche Aspekte angesichts der McDonalds-Proteste in der Öffentlichkeit auf fruchtbaren Boden fallen, verhält sich nicht ungeschickt, wer damit derzeit in Frankreich hantiert. Die französische Grünen z. B., die vieles davon als „ihre“ Themen ansehen, fordern bereits mehr Macht in der Regierungskoalition.

Mehr Macht will den Bäuerinnen und Bauern der Welt José Bové verschaffen, wenn er im November auf Einladung von Jean Glavany mit ins US-amerikanische Seattle zu den WTO-Verhandlungen fliegt – es ist nicht bekannt, ob die McDonalds-Filialen dort bereits extra Schrauben an ihren Fenstern und Türen anbringen. cs

Fusionskarussell

Zum zweitgrößten Einzelhändler der Welt und zum größten in Europa würde das Konglomerat aus den beiden französischen Ketten Carrefour und Promodés, wenn nicht noch die Brüsseler oder französischen Wettbewerbschützer einschreiten. Das französische Megaunternehmen könnte auf einen gemeinsamen Umsatz von 100 Mrd. DM verweisen und würde nicht nur im französischen, sondern auch im spanischen, griechischen, portugiesischen und italienischen Markt eine herausragende Stellung einnehmen. Das zunehmende Europa-Engagement des US-Riesen Wal-Mart soll ausschlaggebender Aspekt für die geplante Fusion gewesen sein. Damit bekommt das allgemeine Fusionskarussell einen neuen Anschlag, die beiden französischen Geflügelvermarkter Synavi und Sopavol haben bereits ihren Zusammenschluss zu einem 1,2 Mrd. DM-Umsatz-Unternehmen angekündigt.



Viel Anklang fand diese Aktion von Bauern und Bäuerinnen in Frankreich, die eine McDonalds-Filiale abgebaut haben.

Keine Gentechnik auf Kirchenland

Der Ausschuss für den Dienst auf dem Land in der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), in dem Delegierte aller evangelischen Landeskirchen vertreten sind, empfiehlt den Kirchenleitungen und Synodienpräsidenten der Gliedkirchen, durch Pachtvertragszusätze die Aussaat und Anpflanzung von gentechnisch manipuliertem Saat- und Pflanzgut zu untersagen. Dies soll – im Sinne eines Moratoriums – zumindest für die Dauer einer Pachtperiode gelten. Damit reagierte der Ausschuss auf 3 Einwände gegen die Gentechnik in der Landwirtschaft, die es nach jahrelangen Diskussionen nicht entkräftet, sondern z. T. noch bestärkt sieht.

So lehnen viele Gemeindemitglieder unabhängig von der Sorge vor möglichen Gesundheits- und Umweltschäden gentechnische Eingriffe in das Erbgut von Mitgeschöpfen ab. Desweiteren werden gentechnisch veränderte oder erzeugte Nahrungsmittel oftmals aus gesundheitlichen Gründen abgelehnt. Und schließlich sehen viele Gemeindemitglieder in der grünen Gentechnologie einen Einstieg in einen neuen Technologieschub, der noch unübersehbare Folgen für Ökosysteme, Agrarstruktur und Marktstrukturen bei uns und in der Welt haben könnte. pm

Neue Zuspitzung um Patente auf Leben

Ohne große Vorankündigung änderte das Europäische Patentamt (EPA) rechtliche Grundlagen, so dass ab Anfang September die Patentierung von Tierarten und Pflanzensorten unter bestimmten Bedingungen möglich ist. Der Verwaltungsrat des EPA hat den Text der Europäischen Richtlinie „Rechtlicher Schutz biotechnologischer Erfindungen“ übernommen, obwohl die Richtlinie in noch keinem EU-Mitgliedsland in nationales Recht umgesetzt worden ist und vor dem Europäischen Gerichtshof Klagen der Mitgliedsstaaten Holland und Italien dagegen anhängig sind.

Nach bisherigem Recht war die Patentierung von Pflanzen und Tieren verboten, da es sich nicht um Erfindungen im technischen Sinne handelt. Seit Jahren drängt die Gentechnik-Industrie darauf, das Patentrecht auch auf im wesentliche biologische Erfindungen, auf einzelne Gene und ihre Anwendung in der Tier- und Pflanzenzucht auszudehnen. Organisationen wie Greenpeace und „Kein Patent auf Leben“ konnten dies bisher durch Einspruchverfahren erfolgreich verhindern. Aufgrund des jetzigen Vorpreschen des EPA fasste der Europarat einen einstimmigen Beschluß, in dem die Patentierung von genmanipulierten Pflanzen und Tieren sowie von menschlichen Genen abgelehnt wird. pm

NGO protestieren gegen die WTO

Mehr als 1.000 Verbraucher- und Umweltschutzgruppen auf der ganzen Welt haben eine Erklärung unterzeichnet, in der sie sich gegen eine weitere Liberalisierung des Welthandels und für genauere Untersuchungen zu den Auswirkungen der Entwicklungen nach den bisherigen Welthandelsrunden aussprechen. Auf verschiedenen Demonstrationen am 15. September stellten VertreterInnen der Nichtregierungsorganisationen (NGO's) klar, dass die WTO mit ihren Ergebnissen für den Welthandel Gesundheits- und Lebensstandards besonders in den Staaten des Südens bedrohen und die Rechte der VerbraucherInnen missachte. Viele Organisationen kündigten bereits ihren Protest direkt vor Ort bei den im November beginnenden WTO-Verhandlungen in Seattle an. cl

Wechsel im Aufsichtsrat des Abl-Verlags

Hogo Gödde und Götz Schmidt haben nach außerordentlich verdienstvoller langjähriger Tätigkeit als Vorsitzender bzw. Stellvertretender Vorsitzender im Aufsichtsrat der Abl-Verlags GmbH ihre Ämter weitergegeben. Vom neuen Aufsichtsrat wurden Frieder Thomas, Kassel, zum Aufsichtsrats-Vorsitzenden und Ulrike Ostendorff, Bergkamen, zur Stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Beide waren schon bisher im Aufsichtsrat tätig. Zum neuen Mitglied im Aufsichtsrat hatte die Gesellschafterversammlung Stefan Zwoll gewählt.

Wie bisher finden Anregungen für die Weiterentwicklung des Verlages, der Bauernstimme oder des Buchprogramms auch bei den „neuen“ Ansprechpartnern offene Ohren – nur zu.

KURZES AM RANDE

Landbesetzung in Berlin

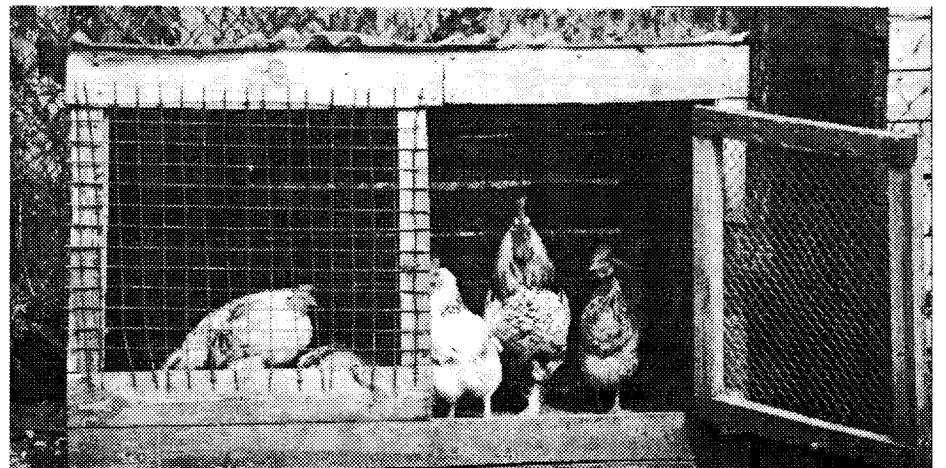
Symbolische Aktion am 12. Oktober zur weltweiten Kampagne für Agrarreformen

Berlin bekommt nun seine erste Landbesetzung. Es wird die deutsche Auftaktaktion zur weltweiten Kampagne für Agrar- bzw. Landreformen vor allem in Ländern des Südens. „Wir brauchen von Euch politische Unterstützung für die Landreform in unserem Land“, appellierte im Frühjahr ein Vertreter der brasilianischen Landlosenbewegung in Bonn. Die Agrarreform soll den Landlosen das Recht auf Nahrung sichern, indem ihnen wenigstens das brach liegende Land, das sie in Kultur genommen haben oder nehmen wollen, offiziell zugesprochen wird. Die Landlosen brauchen die Anerkennung dieses Rechts gegenüber den Großgrundbesitzern, die sich nicht selten mit brutaler Gewalt das Land einverleiben. Konflikte um Land gibt es nicht nur in Brasilien, sondern auch in vielen anderen Ländern Südamerikas, aber auch Zimbabwe oder die Philippinen sind Beispiele. Das Recht auf Nahrung, wie es im Arti-

kel 11 des internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte anerkannt ist, bedeutet für Bauern und Bäuerinnen, dass sie schlicht Zugang zu den Produktionsressourcen bekommen müssen, und das heißt in erster Linie Zugang zu Land.

In Deutschland wird die weltweite Kampagne unterstützt von einem Bündnis aus der Menschenrechtsorganisation FIAN, dem Forum Umwelt und Entwicklung sowie der AbL. Auf internationaler Ebene koordiniert das Kleinbauern- und Landlosenetzwerk „La Via Campesina“ die Aktionen. Mit der symbolischen Landbesetzung soll von Berlin aus ein Zeichen der Solidarität mit dem Kampf um das Recht auf Nahrung gesetzt werden. Landbesetzer/innen sind herzlich eingeladen.

Kontakt: Benedikt Hüttemann, Tiefer Weg 54, 46514 Schermbeck, ☎ 02853-39278, Fax: - 39278



Welttierschutztag

Am Tag des Heiligen Franz von Assisi, dem 4. Oktober, ist Welttierschutztag. Anders als den im Foto abgebildeten Hühnern im brandenburgischen Hohenwangelin bleibt Millionen ihrer Artgenossen immer noch die Tür zum Auslauf versperrt. Die Umsetzung des Bundesverfassungsgerichts-Beschlusses, der die Käfighaltung von Hühnern zu Unrecht erklärt, steht denn auch an diesem Tag im Mittelpunkt des Interesses. Ebenso stark bemühen sich die Tierschutzverbände aber auch um die Abschaffung der grenzüberschreitenden Lebendtiertransporte.

Der Präsident des Deutschen Tierschutzbundes, Roland Apel, etwa kritisiert: „1998 wurden die EU-Bestimmungen für Tiertransporte geändert, aber die Situation der Tiere hat sich nicht verbessert.“ Nach wie vor würden vor allem Schlacht-

tiere „unter unzumutbaren Bedingungen, eng zusammengepfercht, ohne ausreichende Futter- und Wasserversorgung und ohne jede zeitliche Begrenzung“ über riesige Entfernungen transportiert. Der Tierschutzbund fordert eine Begrenzung der Tiertransportzeiten auf maximal 4 Stunden; die Tiere sollten nicht weiter als bis zum nächstgelegenen geeigneten Schlachthof transportiert werden. Voraussetzung dafür sei eine dezentrale Anordnung von Aufzucht, Mast- und Schlachtbetrieben. Um den Vollzug der EU-Richtlinie zum Schutz der Tiere beim Transport gewährleisten zu können, müsse endlich ein flächendeckendes Netz von Versorgungsstationen und Notunterkünften aufgebaut werden. Zudem müssten die Kontrollkapazitäten deutlich erhöht werden. pm

„Schallende Ohrfeige für die Saatguttreuhand“

Düsseldorfer Landgericht beanstandet Klageschrift

Erneut begann in Sachen Nachbaugeschäft im September ein Gerichtsverfahren, diesmal vor dem Landgericht in Düsseldorf. Neben Anwälten und dem Geschäftsführer der Saatgut-Treuhand-Verwaltungs GmbH (STV) Karl-Heinz Rechenburg verfolgten auch rund 20



Bäuerinnen und Bauern sowie der Beklagte aus der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugeschäft die Verhandlung.

Das Gericht stellte erst einmal die Zulässigkeit der Klage in Frage, da bestimmte formaljuristische Aspekte seiner Meinung nach nicht in Ordnung sind. So ist den Richtern nicht ersichtlich, ob die STV im eigenen Interesse oder für die Sortenschutzinhaber als Auftragnehmer vor Gericht auftritt. Die Auftraggeber – so die STV denn nicht selbst klagt – sind nicht eindeutig aufgeführt. Weiter ist den Düsseldorfer Richtern der Umfang der Auskunft, die die STV einfordert, nicht genau genug definiert. Dieser Aspekt wird sich wohl auch im weiteren Verfahren (die Verhandlung ist auf den 11. Januar 2000 vertagt) als einer der Knackpunkte herausstellen. Der Vorsitzende Richter machte die Bemerkung, dass das Sortenschutzgesetz für eine Kammer, die sich seit Jahren mit der Materie des gewerblichen Rechtsschutzes befasst, recht befremdlich sei. Befremdlich deshalb, weil nirgendwo im gewerblichen Rechtsschutz ein derart pauschaler Auskunftsanspruch existiert, wie ihn die STV mit dem Sortenschutzgesetz für sich zu beanspruchen versucht. Johannes Bergmann, der vor Ort hinzugezogene Rechtsanwalt der Interessengemeinschaft, brachte es so auf den Punkt: „Man kann ja als Patentinhaber auch nicht bei einer Firma, von der man höchstens vermutet, dass sie mein eigenes Patent benutzt, anfragen, welche Patente denn alle so in der Firma verwendet werden, um dann Patentgebühren einzuklagen.“

Die STV wird denn auch mittlerweile in Sachen Auskunft zurückhaltender, nachdem sie zunächst nur die alles enthüllenden, großformatigen Fragebögen akzeptieren wollte, nimmt sie nun auch klaglos formlose Erklärungen mit der Angabe der Sorte, Kilogramm und Hektarzahl entgegen. In der Verhandlung in Düsseldorf gab sie bekannt, dass auch die Frage nach der Angabe des verwendeten Z-Saatgutes in der formalen Nachbauerklärung künftig nicht mehr gestellt würde. „Die STV geht in der Substanz von ihrem Aus-

kunftsanspruch immer mehr runter“, so Matthias Miersch, Rechtsanwalt der Interessengemeinschaft. Wer weiß ob sie am Ende der Prozesse überhaupt noch Fragen an Bäuerinnen und Bauern in Sachen Nachbau stellen darf?

Das Gericht hätte die Klage sogar als unzulässig abweisen können, räumte der STV aber aus prozessökonomischen Gründen die Chance zur Nachbesserung ein. Patentanwalt Rolf Wilhelms wertete das als „eine schallende Ohrfeige“ für die STV. Umso unverschämter mutet daraufhin die Presseerklärung des Bundesverbandes Deutscher Pflanzzüchter an, in dem erklärt wird: „Das Gericht stellte fest, dass Landwirte grundsätzlich zur Auskunft über den Umfang ihres Nachbaus verpflichtet sind.“ Der Vorsitzende Richter am Landgericht Düsseldorf Meier-Beck sieht das etwas anders: „Das Gericht hat noch nichts festgestellt, bis zur Frage der Auskunft sind wir noch gar nicht gelangt. Sollten die noch vorhandenen Hürden genommen werden, ist wahrscheinlich eine Auskunftspflicht anzunehmen, das ist keine Feststellung. Jede andere Aussage greift dem vor, was noch zu verhandeln sein wird.“

Sortenschutzfragen

Eine weitere Nagelprobe wird für die STV die Frage, für welche Sorten aus der von ihr in ihren Anschreiben an die Bäuerinnen und Bauern mitgelieferten Sortenliste denn nun tatsächlich Schutzansprüche bestehen. Die Interessengemeinschaft hat bei eigenen Auswertungen der Sortenlisten festgestellt, dass neben den 59 Sorten, die bereits in Mannheim als „schutzlos“ entlarvt wurden, für weitere 7 Sorten keine oder nicht ausreichende Sortenregisterauszüge von der STV geliefert wurden. Außerdem ist für noch 12 Sorten der Sortenschutz abgelaufen oder noch nicht in Kraft, wendet man die Kriterien an, die die STV bei den 59 zurückgezogenen Sorten angelegt hat. Hinzu kommt, dass das Landgericht Mannheim durch einen Satz in seiner Urteilsbegründung den Begriff Nachbau genau definiert und auch dadurch Bewegung in die Sortenschutzangelegenheiten kommt. Es heißt dort: „Nachbau ist dabei die Verwendung

von Erntegut als Vermehrungsmaterial, das durch Anbau von Vermehrungsmaterial geschützter Sorten im eigenen Betrieb gewonnen wurde.“ Das bedeutet, dass eine Bäuerin/ein Bauer die jeweilige Sorte bereits im Herbst 1996 bzw. Frühjahr 1997 angebaut haben muss, wenn die STV für den Nachbau 1998 Gebühren kassieren will. Das heißt dann aber auch, das für die Wintergetreidesorten seit Herbst 96 und die Sommerfrüchte mindestens seit Frühjahr 1997 Sortenschutz bestanden haben muss. Wenn diese Kriterien angewendet werden, verlangt die STV nach Meinung der Interessengemeinschaft für weitere 100 Sorten bisher unberechtigt Nachbaugeschäft. Das wirft die Frage auf, dürfen überhaupt Sorten angebaut werden, für die noch kein Schutz besteht? Das Bundessortenamt (BSA) konnte lediglich mitteilen, dass bestimmte Mengen von im Schutzverfahren befindlichen Sorten auf Antrag des Züchters beim BSA bereits zu Vermehrungszwecken angebaut werden dürfen. Viel Klärungsarbeit kommt hier noch auf die Richter in Düsseldorf und anderswo zu. cs

Weiter in Frankfurt

Der nächste Prozess, in dem die Saatguttreuhand gegen einen nicht auskunftswilligen Bauer antritt, beginnt am 3. November vor dem Landgericht in Frankfurt/M. Infos: über die Interessengemeinschaft, siehe Seite 23.

Interessenvertretung vor dem Düsseldorfer Landgericht.



Kartellklage gegen Saatgutkonzerne

Passend zur im November stattfindenden Verhandlungsrunde der Welthandelsorganisation WTO in Seattle planen die US-amerikanische Kleinbauernorganisation „National Family Farm Coalition“ und die Stiftung „Foundation on Economic Trends“ eine Kartellrechtsklage gegen die großen Konzerne der Saatgutbranche. In 30 Ländern sollen nach dem Willen von Initiator und Buchautor Jeremy Rifkin Firmen wie Monsanto, Novartis, AstraZeneca, DuPont und die neue Aventis-Gruppe (Rhone-Poulenc und Hoechst) mit einer milliardenschweren Wettbewerbsklage konfrontiert werden, da sie durch die Nutzung der Bio- und Gentechnologie dabei sind, die Saatgut-Märkte auf der ganzen Welt zu vereinnahmen. Durch den auf gentechnisch manipuliertes Saatgut gewährten Patentschutz und durch Techniken wie die Terminator-Technologie werden in ein paar Jahren kaum noch Bäuerinnen und Bauern auf der Welt Nachbau betreiben können und sind damit den Konzernen ausgeliefert. Zudem führt der Einsatz der enorm teuren Züchtungstechnologien bereits heute zu einem immensen Konkurrenzdruck unter den Pflanzzüchtern. Wer da auf Dauer nicht das nötige Geld zum Mithalten hat, fliegt unweigerlich aus dem Rennen. Darüber kann auch die Einschätzung, die Situation stelle sich mit noch 162 Züchtungsunternehmen in Deutschland anders dar, des Geschäftsführers des Bundesverbandes Deutscher Pflanzzüchter (BDP), Ferdinand Schmitz, nicht hinwegtäuschen. Längst sind auch bei uns nur noch ein Teil dieser Unternehmen unabhängig, steht hinter vielen längst ein größerer Mehrheitsbeteiligter. cs

Österreicher schaffen Sockelbetrag

Der Österreichische Agrarminister Wilhelm Molterer hat die Einführung eines Sockelbetrages in der Bergbauernförderung angekündigt, der jedem Betrieb in den benachteiligten Gebieten Österreichs pauschal gezahlt werden soll. Die Höhe dieses Sockelbetrages soll unabhängig von der Fläche und in der Höhe nur vom Grad der natürlichen Erschwernis abhängig sein. Dabei ist angedacht, das bisherige System der vier unterschiedlichen Erschwernis-Stufen durch ein Punktesystem zu ersetzen, mit dem für jeden Betrieb die Erschwernis anhand eines Punktekataloges errechnet würde. Der Sockelbetrag, der besonders die kleineren Betriebe stützen soll, soll zusätzlich zu den flächen- bzw. tiergebundenen Ausgleichszahlungen gewährt werden. Wie verlautet, sollen für den Sockelbetrag insgesamt 1 Mrd. Schilling (ca. 140 Mio. DM) zu den bislang gezahlten 2,8 Mrd. Schilling für Bergbauernförderung bereitgestellt werden. Pro Betrieb ist ein Sockelbetrag in Höhe von 5.000 – 35.000 Schilling (715 – 5.000 DM) vorgesehen. Noch handelt es sich bei dem Vorhaben um Ankündigungen, da am 3. Oktober ein neuer Nationalrat gewählt wird. uj

Spanien prüft gerechtere Verteilung

Eine von der konservativen Regierung Spaniens eingesetzte Arbeitsgruppe prüft derzeit, ob die von der EU gezahlten Ausgleichszahlungen (Tier- und Flächenprämien) gerechter verteilt werden sollen als bisher. Die Agenda 2000 gibt den EU-Staaten die Möglichkeit, bis zu 20 % der Zahlungen pro Betrieb von bestimmten sozialen, ökologischen oder ökonomischen Kriterien abhängig zu machen, d.h. gegebenenfalls zu kürzen. Im Gespräch soll derzeit ein Modell sein, nach dem eine progressive Kürzung ab einer Zahlungshöhe von 20.000 Euro (39.116 DM) einsetzen soll. Eine Kürzung um 20 % soll es ab Zahlungen von 200.000 Euro geben, wovon lediglich 731 Betriebe betroffen wären. Mit einer Entscheidung wird vor den Parlamentswahlen im nächsten Frühjahr nicht gerechnet. pm

DBV definiert Nachhaltigkeit

Ein „Grünbuch für eine nachhaltige Land- und Forstwirtschaft“ haben Gremien des Deutschen Bauernverbands (DBV) als Entwurf erarbeitet. Darin werde dokumentiert, dass die deutsche Land- und Forstwirtschaft die Idee der Nachhaltigkeit ernst nehme, gesellschaftliche Aufgaben und Verantwortung

übernehmen wolle, die gute land- und forstwirtschaftliche Praxis ausübe, Umweltfragen offensiv angehe und Lösungsansätze biete. „Auch andere gesellschaftliche Gruppen sowie Politik und Wissenschaft sind herzlich eingeladen, mit uns zusammen die in Deutschland

praktizierte Land- und Forstwirtschaft auf ihre Nachhaltigkeit hin zu durchleuchten“, so DBV-Generalsekretär Dr. Born. Allerdings müsse Nachhaltigkeit im Sinne der Agenda 21 verstanden werden, die die Beseitigung von Hunger und Armut zum Hauptziel erklärt habe. Dieser Herausforderung sei in erster Linie durch eine Steigerung der Produktion auf bereits bewirtschafteten Flächen zu begegnen, so der DBV. pm

Funke mit Moral für Gentechnik-Einsatz

Vor dem Hintergrund einer wachsenden Weltbevölkerung hält Bundesagrarminister Karl-Heinz Funke ein Verzicht der Gentechnik für „ethisch-moralisch nicht zu verantworten“. Mit der Gentechnik biete sich die Möglichkeit, höhere Erträge und „bessere Qualitäts- und Anbaueigenschaften“ der Pflanzen gezielter und schneller zu erreichen als allein mit traditionellen Züchtungsmethoden. Damit könne die Gentechnik auch einen Beitrag für eine ressourcenschonende und umweltverträgliche Landwirtschaft leisten, so Funke beim Festakt zum 50-jährigen Bestehen des Bundessortenamtes. Gleichzeitig warnte Funke davor, die Bedenken der Verbraucher gegen den Gentechnik-Einsatz in der Nahrungsmittelherstellung auf die leichte Schulter zu nehmen. Notwendig sei ein breiter gesellschaftlicher Dialog. pm

KURZES AM RANDE

Hessens neue Besen

Soviel Staub wird aufgewirbelt, dass der Durchblick verloren geht

Auf Unverständnis stößt Hessens Landwirtschaftsminister Wilhelm Dietzel nicht nur bei Bäuerinnen und Bauern, sondern auch innerhalb der Beratung und Verwaltung. Das konzeptlose Angehen der geplanten Verwaltungsreform sowie die landesspezifische Umsetzung der in der Agenda 2000 festgeschriebenen 2. Säule – die Fördermaßnahmen zur Entwicklung der ländlichen Räume – durch die CDU/FDP-Landesregierung sorgen schon länger für Köpfschütteln. Nicht mehr nachzuvollziehen ist aber die Entscheidung Dietzels, das hessische Kulturlandschaftsprogramm (HEKUL) 1999 für Neuantragsteller auszusetzen. Über das aus Brüssel gegenfinanzierte HEKUL wurden 1998 40 Mio. DM an Bäuerinnen und Bauern ausgezahlt, rund 10 Mio. DM davon gingen als Umstellungs- und Beibehaltungsförderung an Ökobetriebe, der große Rest an die so genannten Grünlandextensivierer, die die Weiden und Wiesen in den hessischen Mittelgebirgsregionen extensiv bewirtschaften. Alle, die bereits Mittel aus dem HEKUL erhalten – die Verträge wurden jeweils für 5 Jahre abgeschlossen –, bekommen auch 1999 ihr Geld. Die – laut Ministerium – 200 Neuantragsteller gehen leer aus. Und das, obwohl zumindest diejenigen, die Mittel aufgrund der Umstellung auf ökologischen Landbau beziehen wollten, bereits Vorleistungen (Mitgliedschaft in Verbänden, EU-Bio-Kontrolle, teureres Saatgut) erbracht haben, die mit Kosten verbunden sind. Außerdem haben sie die HEKUL-Gelder in die Betriebswirtschaft mit einkalkuliert. „Das Schlimme daran ist, dass Minister Dietzel diese Entscheidung erst kurz vor Beginn des neuen Wirtschaftsjahres getroffen hat“, sagt denn auch Gerald Wehde von der Vereinigung Ökologischer Landbau in Hessen (VÖL), „es war eine politische Entscheidung, das hat er selbst in einem Schreiben offenbart. Die Verwaltung hatte ihm einen Weg vorgezeichnet, den er hätte gehen können, ohne Probleme bei der Überführung des HEKUL in das neue Programm zur Entwicklung der ländlichen Räume zu kriegen.“ Frustriert ist auch die landwirtschaftliche Beratung in den Ämtern für Regionalentwicklung, Landwirtschaft und Landespflege (ARLL) vor Ort, die natürlich Betriebe entsprechend beraten hat.

Ökolandbau schröpfen

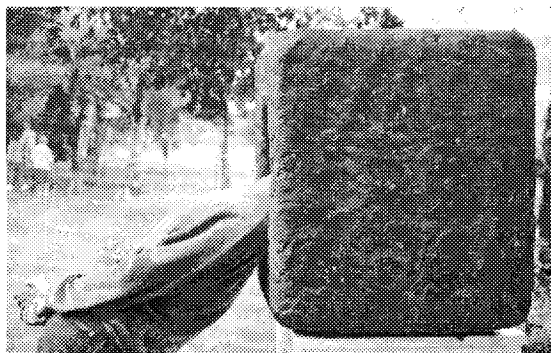
Minister Dietzel macht seine Ankündigung wahr, den Ökolandbau nicht länger zu bevorzugen, andererseits widerspricht er sich selbst, da er doch stets die Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit und Eigeninitiative sowie den Abbau von Wett-

bewerbsnachteilen propagiert. Hessische Neuumsteller sind im Vergleich mit anderen Bundesländern nun von massiven Wettbewerbsnachteilen betroffen. Außerdem ist ein Hickhack, wie es derzeit um die Erstellung des HEKUL-Nachfolgeprogramms stattfindet, nicht eben förderlich für Eigeninitiativen. Zunächst wurde mit der Abschaffung der Grundwasserabgabe ein wesentliches Finanzierungsinstrument für die Landesmittel, die ins HEKUL fließen, demontiert. Dann wird betont, wie fehlerhaft doch die Flächenförderung im Ökolandbau ist, ohne Alternativen für eine Vermarktungsförderung zu nennen. Stattdessen wird die Regionalvermarktung kritisch betrachtet bzw. der Begriff zunehmend im Kontext einer hessenweiten Vermarktung benutzt...

Kein Geld, viel zu bezahlen

Letztendlich sitzt die Regierung in der Klemme, mit einer knapperen Finanzdecke ein eher umfangreicheres Programm finanzieren zu müssen, da sie sich den Sturm der Entrüstung bei einer Abschaffung der bisherigen Fördertatbestände nicht leisten kann, aber ihrer „klassischen“ Klientel (Dietzel war vormals Bauernverbandsvize in Hessen) auch etwas bieten möchte (z. B. ein Programm für integrierten Anbau).

Was bleibt ist Verwirrung, ähnlich der um die geplante Verwaltungsreform, welche eigentlich bis Ende des Jahres Hand und Fuß haben soll. Stattdessen muss die Regierung feststellen, dass der bisherige integrierte Ansatz (der gesamte ländliche Raum unter einem Dach in Landesamt und 16 Ämtern vor Ort) eigentlich viel besser zum in der Agenda 2000 erklärten Ansatz der Multifunktionalität des ländlichen Raumes passt als die Umwandlung in eine Flächenverwaltung Landwirtschaft, Forsten, Naturschutz. Und wenn schon reformiert wird, möchte natürlich auch der Bauernverband ein Stück des Kuchens abbekommen, er hat angeboten, in einem Kuratoriumsmodell die landwirtschaftliche Beratung zu übernehmen. Dafür will er natürlich Geld, will aber auch, dass weiterhin 30 bis 40 BeraterInnen vom Staat bezahlt tätig bleiben. Für ein finanzschwaches Land kann eine solche Verteuerung der Beratung, ohne dass eine Qualitätssteigerung zu erwarten ist (im Gegenteil, Gerald Wehde befürchtet, Beratung würde dann nur noch absoluten „Leistungsbetrieben“ zu Gute kommen), nur indiskutabel sein – wenn nicht gerade der Minister Ex-Bauernverbandsvize wäre... Aber, „vielleicht ist auch nur“, so ein Mitarbeiter, „zumindest bei den einzelnen ARLL's, das wesentlichste was sich am Ende ändert, das Türschild.“ cs



Wenig Durchblick in Hessen. Foto: Febl

„Ich verstehe Wettbewerbsfähigkeit anders“

Als erstes Bundesland hat NRW einen Plan zur Ländlichen Entwicklung eingereicht. Staatssekretär Dr. Thomas Griese erläutert die Förder-Schwerpunkte, die die Betriebe für den Markt der Zukunft fit machen sollen

Bauernstimme: Die „grüne“ Ministeriumsspitze ist gerade vom Landwirtschaftliche Wochenblatt mit außergewöhnlich wohlwollenden Worten gelobt worden. Ein Novum nach vier Jahren Amtszeit von Ministerin Höhn und Ihnen. Sind Sie nun die Kronzeugen der negativen Auswirkungen rot-grüner Agrarpolitik in Bonn?

Griese: Die Kronzeugen sind wir nicht, aber wir stehen schon dafür ein, dass wir auch der Bonner rot-grünen Regierung – wenn es denn nötig ist – deutlich sagen, dass man nicht einseitig zu Lasten der Landwirtschaft Sparmaßnahmen verwirklichen kann.



Dr. Thomas Griese, Staatssekretär in Nordrhein-Westfalen, erläutert die Förderschwerpunkte seines Ministeriums für die nächsten sieben Jahre.

Da haben die Länder im Bundesrat ja ein Wortchen mitzureden. Bayerns Ministerpräsident Stoiber hat angekündigt, dort massiven Widerstand gegen die Sparpläne im Agrarbereich zu leisten – mit nordrhein-westfälischer Unterstützung?

Es wäre besser gewesen, Bayern hätte uns unterstützt bei unseren Änderungsvorschlägen zum Sparpaket. Wir hatten z.B. im Agrarausschuss des Bundesrates den Vorschlag gemacht, die Gasölbeihilfe nicht so abzuschmelzen, wie der Bund es vor hat, sondern zu staffeln, indem wir eine Obergrenze von 1.000 DM pro Jahr und Betrieb vorsehen. Das hätte gerade den kleinen und mittleren Betrieben genützt, für die größeren ist die Anpassung ohnehin leichter. Das ist ein vernünftiger Vorschlag, den Bayern aber leider nicht mitgetragen hat. Die Bayern verkünden zwar viel, machen aber praktisch nichts.

In weitgehender Verantwortung der Bundesländer liegt die Förderpolitik. Als erstes Bundesland hat Nordrhein-Westfalen im Juli einen neuen Rahmenplan für die Förderung der Ländlichen Entwicklung für die Jahre 2000 – 2006 vorgelegt. Was haben die Bauern und Bäuerinnen in NRW zu erwarten?

Wir können zunächst mal schon stolz darauf sein, dass wir das erste Bundesland sind, das seinen Förderplan für den ländlichen Raum fertiggestellt hat und damit die zweite Säule der Agenda 2000, also das, was man der Agenda Positives abgewinnen kann, genutzt haben.

Welche Förder-Schwerpunkte verfolgen Sie in den nächsten Jahren?

Bei der landwirtschaftlichen Investitionsförderung legen wir Schwerpunkte auf artgerechte Tierhaltung, auf Einkommenskombinationen und auf Direktvermarktung. Neu ist, dass wir den Agrarumweltbereich ganz erheblich ausbauen wollen. Dazu gehört, dass wir neue Förderbausteine anbieten wollen, z.B. ein Festmistprogramm, und dass wir im Rahmen des Vertragsnaturschutzes landschaftsgestaltende Elemente (z.B. Hecken, Schonstreifen) sowie die Extensivierung von Grünland prämiieren wollen. Ferner sehen wir eine erweiterte Ausgleichszulage vor, die z.B. auch für Flächen gezahlt wird, die in FFH- und Vogelschutzgebieten liegen.

Insgesamt wollen wir die Mittel für die Agrarumweltmaßnahmen mehr als verdoppeln und damit deutlich machen, dass es uns ernst damit ist, Naturschutz – wo es denn geht – durch vertragliche Maßnahmen umzusetzen.

Nun sieht der Rahmenplan nach wie vor auch die Förderung der so genannten Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe vor, was wohl heißt, sie sollen wettbewerbsfähig für den Weltmarkt werden. Widerspricht das nicht Schwerpunkten wie regionaler Vermarktung und Festmist-Wirtschaft?

Nein, ich verstehe Wettbewerbsfähigkeit einfach anders. Wettbewerbsfähig ist, wer Produkte anbietet, die die Verbraucherinnen und Verbraucher haben wollen, und das sind eben vermehrt Regionalprodukte und Produkte aus artgerechter Tierhaltung. Deshalb sagen wir auch, es fördert die Wettbewerbsfähigkeit, wenn wir Investitionen in artgerechte Tierhaltung oder den Aufbau der regionalen Vermarktung lenken, denn das ist der Markt der Zukunft. Wir müssen uns lösen von diesem einseitigen Verständnis, dass Wettbewerbsfähigkeit immer Weltmarktpreise und Massenproduktion bedeutet, das Gegenteil ist der Fall.

Aber weiterhin werden auch einzelbetriebliche Investitionen gefördert, die zum Ziel haben, landwirtschaftliche Arbeit nach Möglichkeit weg zu rationali-

sieren. Damit wird Arbeit aus der Landwirtschaft heraus gedrängt.

Auch das soll nach unserer Ansicht nur erfolgen, soweit es mit Umwelt- und Sozialkriterien in Einklang steht. Wir wollen z.B. die Investitionsförderung nach wie vor daran koppeln, dass die Großvieheinheitenzahl von 2 GV/ha nicht überschritten wird; das machen wir übrigens als einziges Bundesland. Ein zweites Beispiel: Wir wollen die Investitionsförderung nach wie vor nach der Höhe des Gesamteinkommens staffeln, d.h. die Investitionsförderung soll nicht denjenigen zu Gute kommen, die ohnehin schon über genug Einkommen verfügen. Anerkennen muss man allerdings das Bedürfnis, die Arbeitsbelastung des einzelnen zu senken. Es kann ja auch nicht Ziel sein, einen 14-Stunden-Tag zum Normalfall zu erklären.

Gibt es denn im Förderplan Ansätze, zu mehr Beschäftigung im ländlichen Raum zu kommen?

Es ist ja gerade unsere Absicht, durch unsere neuen Förderbausteine neue Arbeitsmöglichkeiten im ländlichen Raum zu schaffen. Wir geben damit einen Anreiz dazu, dass neue Arbeitsmöglichkeiten entstehen im Bereich der Lebensmittelverarbeitung, der regionalen Vermarktung, im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe, der energetischen Nutzung von Holz oder etwa durch die Förderung von Einkommenskombinationen. Unser

Ziel ist es, auch darüber wieder mehr Wertschöpfung und eine Zukunftsperspektive in die ländlichen Räume zu bringen.

Wie sieht der Zeitplan aus? Wird es noch klappen, den Übergang in die nächste Förderperiode zum 1.1.2000 zu schaffen?

Ich hoffe das, wenngleich es sehr knapp geworden ist, und zwar dadurch, dass die Bundesregierung unseren Plan im Juli nicht direkt an die EU-Kommission weitergeleitet hat; er soll erst jetzt nach Brüssel weitergegeben werden. Man weiß nicht genau, wie lange sich Brüssel mit der Genehmigung des Plans Zeit nehmen wird. Wir werden jedenfalls alles tun, dieses Genehmigungsverfahren von uns aus so schnell wie möglich zu betreiben, aber man muss erkennen: Wir sind da auf Hilfe Dritter angewiesen, nämlich auf die Hilfe der Bundesregierung und auf die Hilfe der EU-Kommission. *uj*

Ländliche Entwicklung

Auf EU-Ebene hat Anfang September Österreich den ersten, von jedem EU-Land vorzulegenden Entwicklungsplan Ländlicher Raum vorgelegt. Die EU-Länder müssen diese Entwicklungspläne bis zum 3.1.2000 eingereicht haben, wenn sie in den nächsten 7 Jahren Gelder aus der so genannten 2. Säule der EU-Agrarpolitik nutzen wollen, z.B. für die Förderung der einzelbetrieblichen Agrarinvestitionen, des ökologischen Landbaus, der Dorferneuerung etc. Nach Einreichen eines Plans hat die EU-Kommission ein halbes Jahr Zeit für die Genehmigung. Die heute bestehenden Förderprogramme enden am 31.12.1999, so dass abzusehen ist, dass es zu Engpässen kommen wird.

Österreich wird aus dem EU-Topf für die Ländliche Entwicklung überproportional viel Geld ziehen und vor allem für sein großes Agrarumweltprogramm und für Bergbauernförderung ausgegeben. Die Höfe in Österreich erzielen derzeit rund 70 % ihres Einkommens aus staatlichen Direktzahlungen.

Rheinland-Pfalz

In Rheinland-Pfalz ist der von Landwirtschaftsminister Hans-Arthur Bauchhage vorgelegte Entwicklungsplan „Ländlicher Raum“ vom Kabinett abgesegnet worden. Danach sollen 40 % der in diesem Plan vorgesehenen Fördermittel in das Förderprogramm umweltschonende Landwirtschaft (FUL) fließen. Das FUL fördert den integrierten Anbau mit Minimalansprüchen (Schlagtagebuch, Spritzen mit vermindertem Abdrift...) an die Bewirtschaftung. *cl*

Osnabrücker Herdbuch öffnet sich

Die außerordentliche Vertreterversammlung der Osnabrücker Herdbuch-Genossenschaft (OHG) hat beschlossen, sich für Züchter aus der gesamten Bundesrepublik zu öffnen. Es gebe viele Holstein-Züchter, die sich für eine Vollmitgliedschaft interessierten. Ein Antrag der OHG auf bundesweite Zulassung als Zuchtorganisation haben inzwischen die ersten Bundesländer zugestimmt: Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland. Dem Osnabrücker Herdbuch gehören derzeit rund 2.500 aktive Mitglieder an. Mit einer Milchleistung der Betriebe von durchschnittlich 8232 kg Milch weisen die Osnabrücker Holstein-Kühe die mit Abstand höchste Milchleistung in Deutschland auf. pm

Danone schwirrt aus

Der Danone-Mutterkonzern (Groupe Danone SA, Paris), seines Zeichens schon größter Lebensmittelkonzern in Frankreich, expandiert nun weiter in der Türkei sowie in Polen und in den USA. Anfang September kündigte Danone an, den türkischen Joghurtherstellers Birtat zu 100 % zu übernehmen. Mitte September hieß es, Danone habe am polnischen Milchfrischprodukte-Hersteller Bakoma (700 Mitarbeiter, 44,7 Mio. DM Umsatz '98) Anteile erworben, die auf 52,4 % aufgestockt werden sollen. In den USA hat Danone 20 % des marktführenden Kefirherstellers Lifeway (Umsatz 12,9 Mio DM) erworben. Der Danone-Konzern erzielte im letzten Jahr bei einem Umsatz von 25,3 Mrd. DM einen Nettogewinn von gut 1 Mrd. DM (+ 7,1 %). pm

Zott trifft Danone in Polen

Die Zott GmbH & Co. hatte im letzten Jahr auf dem polnischen Markt für Joghurt einen Verkaufsanteil von 20 % erreicht. Als Reaktion auf massive Proteste aus der polnischen Bauernschaft hat der polnische Staat auf den Import von Milchprodukten einen Zoll von 35 % eingeführt. Zott löst dieses Zoll-Problem nun durch die Übernahme der polnischen Genossenschaftsmolkerei in Opole, wo in Zukunft der Joghurt für den polnischen Markt produziert werden soll. Diese Strategie verfolgt auch der Danone-Konzern (siehe oben), der auf dem polnischen Joghurt-Markt nach eigenen Angaben einen Anteil von 18 % hat. uj

Bio-Bärenmarke

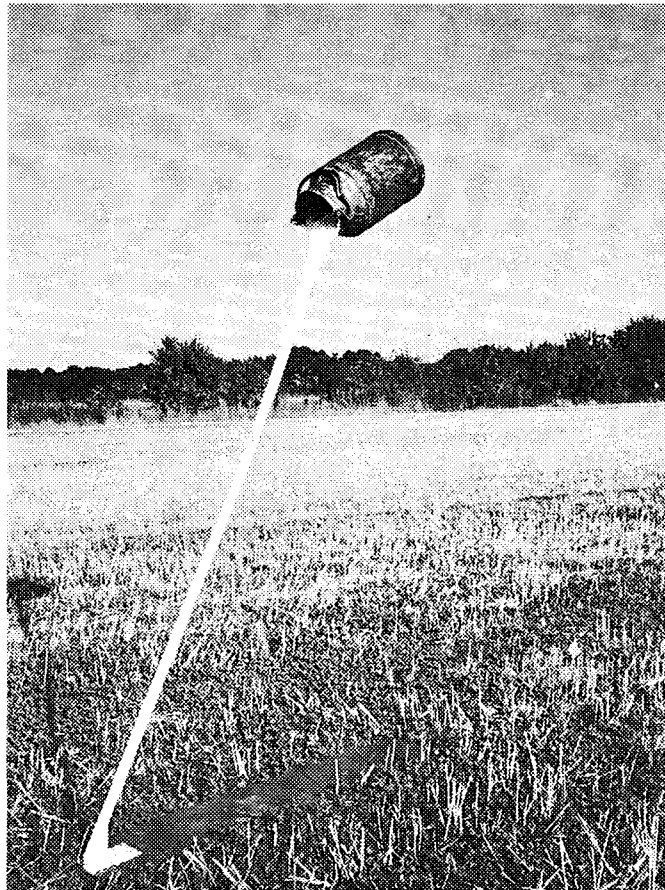
Der Nestlé-Konzern bietet ab sofort seine „Bärenmarke-Alpensahne auch in Bio-Qualität aus Bio-Milch“ an, und zwar sowohl in der wiederver-schließbaren Glasflasche als auch in Plastik-Tassenpackungen. en

Studie prophezeit 300 % mehr Biomilch

Bis zum Jahr 2005 werde sich in Europa der Umsatz mit Produkten aus Biomilch mehr als verdreifachen. Das sagt eine Studie der Unternehmensberatung Frost & Sullivan voraus.

Danach lag der europäische Umsatz im Jahr 1998 bei 1,31 Mrd. US \$. Für das Jahr 2005 prognostiziert die Studie laut ZMP-Info einen Umsatz von 4,37 Mrd. \$. Aus der in Europa anhaltenden Diskussion um gentechnisch veränderte Nahrungsmittel schließen die Autoren, dass das Interesse an ökologischen Molkereiprodukten weiter wächst. Als Hauptgrund sehen sie jedoch, dass die Preise für Biomilchprodukte sinken.

Das wiederum führen sie darauf zurück, dass die Produkte mehr und mehr über professionelle Absatzwege vermarktet würden. Größter nationaler Markt in Europa sei Deutschland vor der Schweiz, Österreich und Dänemark und Schweden. pm



„Vorzugsmilch“ heißt dieses Objekt von Johann Reiner Schulz, das auf der Landschaftskunstausstellung '99 auf dem Schweizerhof in Bad Bevensen (Niedersachsen) zu sehen war. Foto: Niemann

KURZES AM RANDE

Ein Börsentag mehr

Neuer BML-Vorschlag sieht drei statt zwei Verkaufstage und schnellstmöglichen Pächterschutz vor. Die AbL drängt auf vernünftige strukturpolitische Regelungen

Schwer fällt zur Zeit, noch den Überblick zu behalten, was gerade bei der zukünftigen Neugestaltung der Milchquotenübertragungen Stand der Dinge ist. Dr. Wille, Staatssekretär und so etwas wie heimlicher Chef im Bundeslandwirtschaftsministerium (BML), hat wichtige Änderungen an dem noch Anfang September verschickten Entwurf der Garantiemengenverordnung (für die Zeit ab dem 1.4.2000) verkündet.

Danach sollen die Quoten pro Jahr nicht nur an zwei, sondern an drei Verkauf-(Börsen-)Tagen gehandelt werden dürfen (1.4., 1.7., 31.10.). Eine zweite wichtige Änderung: Die um 5% bzw. 10% höheren Abzüge für Quoten-Verkäufer, die wegen zu hoher Preisforderungen erst am 2. oder gar 3. Termin zum Zuge kommen, sollen nur dann fällig werden, wenn die Preisforderungen um mindestens 20 % über dem Gleichgewichtspreis liegen.

Als zur Zeit größtes Problem hat sich allerdings schon nach Bekanntwerden der ersten Entwürfe die Bauernschläue herausgestellt. Findige Quotenverpächter, die selbst nicht mehr melken, hatten einen Weg gefunden, um den Pächterschutz zu umgehen. Die Regelung sah vor, dass nach Ablauf eines Pachtvertrages ab dem 1.4.2000 ein Abzug von 33 % der Pachtquoten erfolgt, der in die Landesreserve

fließt. Zweitens haben Quotenpächter danach ein Vorkaufsrecht auf die verbleibende Pachtquote, und zwar zu einem Preis von 67 % des Börsenpreises. Beides soll aber nur gelten, wenn der Verpächter selbst kein Milcherzeuger ist. Also haben die Findigen ihre verpachteten Quoten über den Pächter hinweg an melkende Betriebe verkauft, um den Mengen- und Preisabzug zu umgehen.

Pächterschutz

Auf diese Praxis hatte der AbL-Vertreter und Milchbauer Bernd Voß aus Schleswig-Holstein bei einer kleinen Anhörung im BML hingewiesen und gefordert, dass der Pächterschutz generell

gelten soll, unabhängig davon, ob der Verpächter melkt oder nicht. Das hat das BML nun aufgegriffen. Schnellstmöglich soll eine so genannte Stichtagsregelung eingeführt werden, wonach der Mengenabzug um 33 % bald bei jedem Quotenverkauf gelten sollen. Angestrebt ist, diese Stichtagsregelung schon Mitte Oktober einzusetzen.

Einflussnahme möglich

Der AbL-Bundesvorstand hat weitere Änderungsvorschläge in einer Stellungnahme aufgeführt, die auch in der Anhörung des Bundestags-Ausschusses am 27. Oktober vorgebracht wird. Unter anderem heißt es darin:

„In dem jetzigen Entwurf des BML (...) wird (...) das Ziel formuliert, (...) durch diese Verordnung den (...) 'Strukturwandel in der Milchviehhaltung in Deutschland' zu fördern. Damit wird weiterhin auf Wachsen oder Weichen (...) gesetzt. Vor dem Hintergrund von 4 Millionen Arbeitslosen in Deutschland und dem Ausbluten ganzer Regionen halten wir diesen rein marktwirtschaftlichen Entschluss ohne strukturpolitische Rahmenseetzungen für politisch und gesellschaftlich fatal. Dringend geboten ist eine Stärkung von benachteiligten Gebieten, von Betrieben mit hohen Grünlandanteilen sowie von extensiv und ökologisch wirtschaftenden Betrieben, um diese Regionen in ihrer typischen Eigenart zu erhalten und flächendeckende Landwirtschaft nachhaltig zu sichern.“

Um auch diesen Anforderungen gerecht zu werden, fordern wir, dass die entstehenden Landesreserven bevorzugt an kleinere und mittlere Betriebe, an Betriebe mit hohen Grünlandanteilen und an ökologisch wirtschaftende Betriebe sowie benachteiligte Gebiete verteilt werden. (...)

Eine größenabhängige Staffelung der Abzüge halten wir für ein sehr wichtiges Element dieser Verordnung, allerdings wird die aktuelle Situation des aufnehmenden Betriebes völlig unberücksichtigt gelassen. Auch hier wäre ein gestaffelter Abzug denkbar, um kleinere und mittlere Betriebe zu stärken. 150.000 kg Grundmenge sollten auf jeden Fall kürzungsfrei bleiben. (...) Eine Staffelung sollte bereits bei 500.000 kg Milch beginnen oder für den Zeitraum der ersten drei Jahre nach Zuteilung der Quote kein Verkauf möglich sein. (...) Um einer flächenunabhängigen Produktion vorzubeugen, ist es zusätzlich erforderlich, dass der aufnehmende Betrieb je 1 ha Futterfläche max. 10.000 kg Milchmenge liefern darf.“

Meine Hoffnung, die ich im Januar an dieser Stelle geäußert habe, ist erfüllt worden. Wir sind jetzt zu dritt und deshalb lasse ich meine KollegInnen zu Wort kommen!

Volker Groß, 36 Jahre

Wir melken im Moment 3 Kühe und verbrauchen davon einen Teil als Frischmilch. Die Überschüsse werden zu Quark, Joghurt, Feta, Mozzarella, eingelegtem Frischkäse und Schnittkäse verarbeitet – mit mittlerweile

Betriebsspiegel:

15 ha Grünland, 1 ha Ackerfutter
z. Zt. 3 Milchkühe mit Rindern und Kälbern
(Laufstall mit Hofweide)
Zuchtsau (SH) und Mastschweine in Nordhessen
Der Hof gehört zur Kommune Niederkaufungen und versorgt die insgesamt 70 Menschen dort mit Milch, Milchprodukten und Fleisch. Im Arbeitsbereich „Vieh“ sind Marion, Frank und Volker beschäftigt.

recht gleichmäßig guten Qualitäten. Vieles ist natürlich auf die Wünsche und Geschmäcker unserer Kommune zugeschnitten. Immer wieder bekommen wir Rückmeldungen, Kritik und Wünsche. Schön und befriedigend, den direkten Kontakt zu unseren „KundInnen“ zu haben, zu wissen, für wen wir produzieren und ob bzw. wie es gewürdigt wird! Wichtig für unsere Arbeit erscheint mir, von Zeit zu Zeit unser Angebot etwas aus dem Alltag herauszulösen und auf besondere Weise zu präsentieren, z. B. auf Käse- oder Wurstplatten. Immer wieder auch für uns ein gutes und teilweise erstaunliches Gefühl zu sehen: Mensch, das ist ja wirklich alles von uns!

Als langfristige Perspektive wünsche ich mir natürlich auch die Vermarktung nach außen, aber bis dahin werden noch einige Schritte zu gehen sein. Seit gut fünf Monaten lebe ich nun in

der Kommune Niederkaufungen und versuche, hier meinen Platz zu finden, die Besonderheiten eines landwirtschaftlichen Betriebes innerhalb des Kommuneezusammenhangs zu erleben und Perspektiven für den Hof zu entwickeln. Was ist an diesem Hof so besonders? Was reizt mich hier zu leben und zu arbeiten? Während meiner landwirtschaftlichen Ausbildung und den nachfolgenden Praxiszeiten bin ich immer wieder an persönliche Grenzen gestoßen, konnte nicht glauben, dass familienorientierte Betriebsstrukturen und Arbeiten bis zum Umfallen, ohne noch Kraft und Freiräume für außerlandwirtschaftliche Aktivitäten zu finden, die einzig mögliche Form sein kann, in diesem Beruf zu arbeiten. Hier in Kaufungen gibt es dagegen die vielfältigsten Entwicklungs-, Kontakt- und Probiermöglichkeiten. Im Moment versuchen wir als Kollektiv unsere langfristigen Ziele heraus-

zufinden sowie ein Gleichgewicht herzustellen zwischen den Aufgaben am Hof, den persönlichen Freiräumen und den Anforderungen des Kommunalltags. Eine ganz große Herausforderung und Chance – auf jeden Fall kaum vergleichbar mit einem „normalen“ Hof.

Marion, 26 Jahre

In den letzten 6 Monaten hat sich viel entwickelt: Wir bearbeiten mehr Grünland, eine Zuchtsau ist bei uns eingezogen, das gekaufte Milchkontingent gibt uns den offiziellen Status aktiver Milcherzeuger zu sein und vereinfacht den Milchverkauf, unsere Milchverarbeitung hat sich verbessert und ausgeweitet, wir haben einen neuen (gebrauchten) Traktor und Heuwender gekauft und als Wichtigstes: Mit Marion ist ein neues Kollektivmitglied zu uns gestoßen, die viele Erfahrungen und Ideen mitbringt.

Der Kauf der schwäbisch-hällischen Waltraud ist der erste Schritt in Richtung Schweinezucht und soll bedrohte Haustierrassen erhalten helfen. Wir planen außerdem den Zukauf von Rotem Höhenvieh. Der Zuwachs im Kollektiv ermöglicht uns, über die Routinearbeit hinaus unsere Ideen angehen zu können und in arbeitsintensiven Zeiten (Heu) weniger Hilfe von anderen in Anspruch nehmen zu müssen, und außerdem sehen wir uns damit in der Lage, in unserer Freizeit auch noch an anderen Projekten innerhalb und außerhalb der Kommune teilzunehmen. Diese Kollektiv-Struktur gibt uns Vorteile gegenüber einem traditionell bäuerlichen Familienbetrieb.

Frank, 42 Jahre

Zuwachs

Hier eine selbsterlebte Satire zum Thema Agrarförderung, die ich unbedingt zum Besten geben muss: Im Jahr 97 wurden von mir, bei im Flurbereinigerungsverfahren liegenden größeren Flächen irrtümlich die alten Katasterbezeichnungen in die Antragsformulare eingetragen. Am Jahresende stand im Bescheid, dass wegen nicht existierender Flurstücke, meinem Bewirtschaftungspartner und mir über 7.000 DM abgezogen würden. Dazu heißt es weiter in der Begründung: „Offensichtliche Fehler können in bestimmten Situationen nachträglich berichtigt werden. Im Falle des Flurordnungsverfahrens ist Ihnen jedoch bekannt, dass die von ihnen beantragte Parzelle nicht mehr existiert. Entsprechend (EWG) VO 3508/92 vom 27.11.92, Art. 6, Abs. 6, hat der Betriebsinhaber für jede der angemeldeten landwirtschaftlich genutzten Parzellen die Fläche mitzuteilen sowie ihre Lage anzugeben. Diese Angaben müssen im Rahmen des alphanumerischen Systems zur Identifizierung der landwirtschaftlich genutzten Parzellen die Identifizierung jeder einzelnen Parzelle ermöglichen. Gemäß Artikel 4 Abs. 1 der (EWG) VO 3888/82 muss jeder Beihilfeantrag alle erforderlichen Informationen enthalten, insbesondere die zweckdienlichen Angaben zur Identifizierung aller landwirtschaftlich genutzten Parzellen des Betriebes, ihre Fläche, Lage und Nutzung. Mit ihrem o.a. Antrag beantragen Sie Ausgleichszahlungen für Flächen, die,



Erlebnis eines Antragsbauern

wie ausführlich dargelegt, heute nicht mehr existieren. Diese Flächen mussten auch vor dem Hintergrund der Gleichbehandlung aller Antragsteller aus den genannten Gründen mit Sanktionen aus Ihrem Antrag gestrichen werden.“
So einfach ist das!
Kapiert?: Statt der neuen Flurstücksnummer 82/1 wurde irrtümlich von mir die alte 88/3 angegeben. Schon ist die Fläche raus, denn sie existiert ja nicht mehr!
Gott sei Dank waren im südlichen Niedersachsen noch weitere 150 Antragsteller mit nicht „existierenden“ Flächen, so dass wir mit geballtem Widerspruch den Einspruch bis hin ins Ministerium durchbringen konnten und nach einem Jahr endlich doch die Zahlungen für „nicht existente“ Flächen erstattet bekamen.
Trotz alledem frage ich mich: Wo soll das hinführen? Dies ist EG-Bürokrat-

tismus und Willkür pur. Mir graust vor der Zukunft!
Wie hatte ich doch vor einigen Jahren in der Bauernstimme geschrieben: Ich bin Bauer geworden, weil ich ein Freund der Natur war. Mich faszinierte, wenn Ferkel oder ein Kalb geboren wurden. Die Tiere wurden getätschelt, gestreichelt, man leistete ihnen Beistand wenn sie krank waren oder menschliche Hilfe brauchten („bäuerlich“). Wenn ich mit dem Pferd zur Weide ritt oder die Kühe von der Weide in den Stall trieb, erfreute ich mich an der Natur, den Blumen, dem Summen der Bienen, dem Geraschel in Gras und Strauch, dem Zwitschern der Schwalben oder an dem Klang der Feldlerche – alles für mich „bäuerliche“ Genüsse!
Und heute?: degradiert zum Antragsbauern der wertvolle Zeit seines Lebens mit Papiermüll am Schreibtisch verplempert.

Betriebsspiegel:

1 ha Grünland
96 ha Acker (Z-Rüben, Raps, Getreide)
ca. die Hälfte der Flächen in Bewirtschaftung für eine anderen Betrieb
ca. 60 Sauen
im südlichen Niedersachsen
Siegfried und Inge haben 3 Kinder, bei allen kommt in der Berufswahl das Wort „Land“ vor, Siegrid studiert Landschaftsplanung, Christiane ist ausgebildete Landwirtin, Sebastian mach eine landwirtschaftliche Lehre. Inge und Siegfried bewirtschaften den Hof mit einem Auszubildenden.

Zum Schluss meiner Ausführungen merke ich, dass mein Büro auch eine wahrhaft positive Seite hat. Ich kann durch das große, helle Fenster weit hinausschauen in meine heimatliche Feld- und Waldflur und sehe die sich in der 1 ha großen Obstweide tummelnde Sauenherde.

Siegfried Herbst, 51 Jahre

Keine Angst vor Schnecken mehr

Biobauer und Türftler Josef Albrecht hat ein wirksames Mittel gegen Schneckenplagen entdeckt. Bei ihm schützt nun ein neuer Schneckenzaun aus oxidiertem Kupferblech die Gartenkulturen, Stauden oder den Salat von den gefräßigen Nacktschnecken. Die Schnecken mögen das oxidierte Kupferblech nicht und „versuchen erst gar nicht, darüber zu klettern“, berichtete Albrecht. Nur um eines müsse der Gärtner sich noch kümmern, dass nämlich der Zaun rundum geschlossen bleibe und der Zaun von überhängendem Bewuchs freigehalten werde. „Denn die Schnecken turnen sonst über den Zaun.“ Weil Albrecht mit dem Erfolg des neuen Schutzzauns höchst zufrieden ist, hat er ihn mittlerweile als zu schützendes Gebrauchsmuster und Patent beim Patentamt angemeldet. Kontakt: J. Albrecht, Unterdorfstr. 15, 82398 Oderding-Polling, Fax: 0881-69936

Friedenstaube im Krieg des Handels

Um wenigstens einige Marken(artikel) aus dem brutalen Preiskampf zwischen den Großen des Einzelhandels heraus zu halten, soll laut Lebensmittelzeitung der Ex-Top-Manager Klaus Wiegandt in Manier eines Einzeldiplomaten versuchen, mit den Hauptakteuren für einzelne Artikel einen bestimmten Basispreis auszuhandeln, bei dem das gegenseitige kriegsähnliche Unterbieten der Handelshäuser ein Ende hat. Gelingt das nicht, wird befürchtet, dass mehr oder weniger das Preisniveau aller Marken mit in den Strudel gerissen wird. Die Lebensmittelzeitung schreibt: „Nur wenn es gelingt, eine gewisse Preisberuhigung herbeizuführen, dürften massive Gegenschläge von Aldi und Wal-Mart (gegen REWE und andere, d. Red.) ausbleiben. Intern scheint Aldi Nord die Parole ausgegeben zu haben, im schlimmsten Fall ein Jahr lang die Preise ausgewählter Top-Produkte, wie Milch, Butter, Käse und Eier, extrem abzusinken.“ uj

Kamps übernimmt auch Wendeln

Deutschlands größter Filialbäcker-Konzern, die Kamps AG, übernimmt den Marktführer bei den SB-Backwaren, die Wendeln-Gruppe, zum 1.1.2000. Schon im letzten Jahr hat Kamps sieben Konkurrenten geschluckt, in diesem Jahr bereits vier. Die Kamps AG, die 1998, mit 3.849 Mitarbeitern und 783 Bäckerei-Filialen in fast allen größeren westdeutschen Städten, einen Umsatz von 438 Mio. DM erwirtschaftete, strebt für dieses Jahr einen Umsatz von 1 Mrd. DM an. Wendeln (u.a. „Lieken Urkorn“, „Golden Toast“) gilt als etwa doppelt so groß (rund 2 Mrd. DM Umsatz, 7.130 Mitarbeiter) und ist in der letzten Zeit ebenfalls durch einige Übernahmen gewachsen. Der neue Kamps-Konzern wird mit Wendeln zur Nummer 1 der Backwarenhersteller in Europa. pm

Minister fordern vollständige Deklaration

Als Lehre aus den Skandalen um Dioxinfunde in Tierfuttermitteln haben die Agrarminister/innen der Bundesländer den Bonner Ressortchef Karl-Heinz Funke aufgefordert, sich in Brüssel für konkrete Konsequenzen einzusetzen. Auf ihrem Agrarministertreffen in Freiburg Mitte September forderten sie, die Futtermittelhersteller zu einer vollständigen Deklaration der Futtermittel-Bestandteile zu verpflichten und damit die derzeitige Regelung zu verschärfen, nach der nur Kategorien angegeben werden müssen. pm

US-Agrargroßhändler ADM will Gentechnische Trennung der Ernte

Eines der größten internationalen Agrarhandelshäuser, Archer Daniels Midland (ADM), will ab dieser Ernte zwischen gentechnisch manipulierten und konventionellen Ernteerzeugnissen trennen. Diese Nachricht sorgt unter den amerikanischen Farmern und Aufbereitern für Aufregung, bedeutet es doch einen enormen organisatorischen und technischen Aufwand. Bisher wurde dieser Aufwand von Firmen wie auch von Politikern stets als Grund dafür angegeben, dass eine eindeutige Trennung unmöglich ist. ADM begründet seine Entscheidung mit dem Wunsch seiner Kunden – besonders der Asiatischen und Europäischen – selbst entscheiden zu können, ob sie Gentechprodukte bekommen oder nicht. Der amerikanische Maisanbauverband wertet die ADM-Entscheidung bereits als Signal an die Farmer sehr genau zu überlegen, ob sie nächstes Jahr gentechnisch manipulierten Mais anbauen sollen oder nicht. Bereits jetzt zahlt ADM einen höheren Preis für Gentechfreies Soja. Die Hälfte der amerikanischen Sojaernte sowie ein Drittel der Maisernte sind Gentechkreationen. Europäische Verarbeitungsfirmer wie auch Umweltschutzverbände begrüßten den Schritt ADM's. pm

KURZES AM RANDE

Vertragsbedingungen geklärt

AGÖL-Verbände und CMA einig über Modalitäten und Preise der ÖPZ-Nutzung

Alles braucht seine Zeit. Am 31. August haben die AGÖL (Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau) und die CMA (Centrale Marketing-Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft) die bis dahin noch offene Frage geklärt, wie hoch die Gebühren zur Nutzung des Öko-Prüfzeichens (ÖPZ) sein sollen. Erst jetzt kann auf die potentiellen Nutzer dieses verbandsübergreifenden Logos mit konkreten Angeboten und Forderungen zugegangen werden. Die von AGÖL und CMA gegründete Öko-Prüfzeichen GmbH, Bonn, hofft, dass noch im Herbst die ersten Waren mit dem ÖPZ in den Regalen zu finden sein werden. Geeinigt haben sich AGÖL und CMA nun auf folgende Modalitäten: Es gibt zwei Arten von Gebühren: einerseits die Verwaltungs- und Zertifizierungsgebühren und daneben das Prüfzeichenentgelt. **Verwaltungs- und Zertifizierungsgebühren** müssen nur Unternehmen zahlen, die keinem AGÖL-Verband angeschlossen sind und nicht von einem solchen zertifiziert werden. Solche Erzeuger zahlen bei ÖPZ-Nutzung jährlich eine nach der Betriebsfläche gestaffelte Gebühr, mindestens aber 350 DM. Die Gebühr reicht von 5 DM/ha für Grünland bei Betrieben mit über 500 ha (kleinere zahlen bis zu 10 DM/ha) bis hin zu 150 DM/ha bei bis zu 10 ha Sonderkulturen (bei mehr ha wird's billiger). Verarbeiter zahlen die Gebühr abhängig vom mit dem ÖPZ-gekennzeichneten Produkten getätigten Umsatz, mindestens aber 500 DM/



Jahr. Auch hier gibt es eine Staffelung, wobei im Schnitt Gebühren von ca. 0,1 % vom „ÖPZ“-Umsatz zu zahlen sind.

Das **Prüfzeichenentgelt** ist von allen Nutzern (Verarbeitern und Direktvermarktern) zu zahlen sowie auch von Erzeugern/Erzeugergemeinschaften, die ÖPZ-Nutzer beliefern, selbst aber nicht Mitglied in einem AGÖL-Verband sind. Ein Erzeuger hat je angefangene 100 ha Acker- und Grünlandfläche 250 DM/Jahr zu zahlen, je angefangene 10 ha Feldgemüse 250 DM/Jahr und je angefangene 2 ha Son-

derkulturen ebenfalls 250 DM. Aufbereiter bzw. Verarbeiter sollen in Zukunft 0,8 % ihres jährlichen Nettoverkaufserlöses der mit dem ÖPZ gekennzeichneten Produkte zahlen, wobei es in den ersten Monaten noch Einstiegsrabatte gibt.

Die **Auslandsware** war lange ein Streitpunkt. Die ÖPZ GmbH teilt nun mit: „Das ÖPZ soll in erster Linie für deutsche Ware genutzt werden. Wenn und solange die entsprechenden Erzeugnisse in Deutschland nachweislich nicht verfügbar sind, darf das ÖPZ auch für ausländische Erzeugnisse verwendet werden. Im Regelfall müssen auch die ausländischen Erzeugnisse den Standard der AGÖL-Rahmenrichtlinien erfüllen. Während einer einjährigen Übergangsphase muss dieser Nachweis jedoch noch nicht geführt werden. Es genügt in diesem Fall, wenn die Vorgaben der Bio-Kennzeichnungsverordnung (EWG) Nr. 2092/91 erfüllt werden.“ uj

Zahnloses Kartellamt

Der Handel kann wohl weiter unter Preis verkaufen

Das Bundeskartellamt wird wohl nicht gegen die Praxis der Lebensmittelhandelskonzerne Rewe und Metro aktiv werden. Das wettbewerbsrechtliche Verfahren, das aufgrund von Anzeigen einiger mittelständischer Händler eingeleitet wurde, endet Ende September und wird höchstwahrscheinlich zur Einstellung des Verfahrens führen, wie aus dem Bundeskartellamt bereits zu hören war. Die Berliner Wettbewerbsbehörden hatten zu prüfen, ob die Verkaufspraxis der Konzerne mit Dauerniedrigpreisen dem seit Anfang des Jahres geltenden Gesetz widerspricht, das Verkauf unter Einstands- oder Einkaufspreis nur in Ausnahmefällen zulässt.

Das große Problem dabei: in dem neuen Gesetz ist nicht definiert, was genau unter

einem Einstandspreis zu verstehen ist. Das Kartellamt hat sich entschieden, alle Vergünstigungen und Rabatte zu berücksichtigen, die der Lebensmittelhandel von seinen Lieferanten als Voraussetzung einer Listung einfordert: Rabatte für Regalpflege, für Werbemaßnahmen oder weil Weihnachten ansteht...

All das wurde auf das einzelne Produkt umgelegt und siehe da, die Einstandspreise lagen – wenn überhaupt – nur marginal über den Verkaufspreisen. Dabei ist es an sich schon unglaublich, dass die Konzerne etliche Produkte so billig machen, dass sie am Verkauf nichts mehr verdienen, aber bei den Verbrauchern ins Bewusstsein prügeln, dass Lebensmittel nichts mehr wert sind. uj

Wer keine Arbeit hat, ... – Oder: Wie können wir Arbeitsplätze schaffen?

Die Beschäftigung mit dem Begriffspaar „Landwirtschaft und Arbeit“ steht noch am Anfang. Es gibt erste Erfahrungen mit neuartigen Versuchen, im Ländlichen Raum neue Arbeitsplätze zu schaffen. Politisch ist Frankreich Vorbild

Landwirtschaft schafft Arbeitsplätze: Schon vor etlichen Jahren haben 10 Bauern in Niedersachsen gemeinsam einen Betriebshelfer ganztägig eingestellt, der reihum auf den Höfen die Arbeit erledigt, wenn die Bauern wegen Krankheit, Unfall oder Urlaub ausfallen. In Mecklenburg hat die Leiharbeitsfirma „Landwerk“ bisherige Arbeitslose eingestellt und verleiht sie für Saisonarbeiten an landwirtschaftliche Betriebe. In NRW beschäftigt der Demeter-Verband jugendliche Langzeitarbeitslose in einem Qualifizierungsprojekt. Auch mit Neu- und Wiedereinrichtern in Ostdeutschland können neue Arbeitsplätze in der Landwirtschaft entstehen. Hinzu kommen freie und staatliche Beschäftigungsgesellschaften sowie der „Qualifizierungsfonds“, der 1995 von den land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgebern und der IG Bauern-Agrar-Umwelt eingerichtet wurde und jährlich etwa tausend Qualifizierungsmaßnahmen finanziert.

Diese und andere Projekte wurden vorgestellt auf der Tagung „Bündnis für Arbeit im ländlichen Raum“, zu der die AbL und das AgrarBündnis, die Evangelische und die Katholische Landjugend, die AG Ländliche Entwicklung der Gh Kassel und die Grünen im Europaparlament eingeladen hatten.

Leuchtende Ausnahmen

Bisher allerdings sind solche Projekte nur leuchtende Ausnahmen in der ansonsten eher finsternen Agrarentwicklung. So erinnerte Dr. Karin Müller vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung daran, dass die Landwirtschaft in Westdeutschland schon seit den 50er Jahren ständig Arbeitsplätze verliert, während in Ostdeutschland nach 1990 schlagartig zwei Drittel der Arbeitsplätze weggebrochen sind. Bis 2010 sei mit einem Rückgang um weitere 25% zu rechnen. Drei Leidtragende dieser Tendenzen nannte Dr. Müller:

- die peripheren ländlichen Räume, die mit dem Arbeitsplatzabbau weitere wirtschaftliche Einbußen und Einwohnerwanderungsverluste erleiden,
- die ostdeutschen Jugendlichen auf dem Lande, die ohne Aussicht auf einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz überhaupt keine Lebensperspektive aufbauen können, und schließlich
- die Landwirtschaft selbst, die nicht mehr genug Auszubildende findet. Trotz weiterer Arbeitsplatzverluste werde schon in wenigen Jahren ein Mangel an

landwirtschaftlich ausgebildeten Fachkräften auftreten.

Über die arbeitsmarktpolitischen Förderprogramme hinaus, zu denen Lohnkostenzuschüsse, Überbrückungsgelder, Vermittlungsprämien, Beratungsangebote und Qualifizierungsprojekte gehören, hält Dr. Karin Müller daher ein Beratungs- und Begleitungsnetz für Jugendliche sowie eine breite Auseinandersetzung über das Bild der Landwirtschaft in der Gesellschaft für erforderlich.

Wir brauchen Debatte über das Bild von Landwirtschaft

Dasselbe Problem sah auch Dr. Thomas Griese, Staatssekretär im NRW-Agrar- und Umweltministerium, das ein breites Bündnis für Arbeit im ländlichen Raum initiiert hat und dabei feststellen musste, dass allein in NRW noch 350 landwirtschaftliche Lehrstellen frei sind. Eine der wichtigsten Aufgaben sieht Dr. Griese darin, zu erreichen, dass die Land- und Forstwirtschaft als Arbeitsmarktfaktor überhaupt wahrgenommen werde. Für die Agrarpolitik formulierte er das Ziel, die Förderprioritäten zu ändern, nicht mehr das Wegrationalisieren, sondern das Erhalten von Arbeitsplätzen zu präferieren. (s. Interview auf Seite 7)

Vorbild Frankreich

Als positives Beispiel erschienen auf der Tagung Aktivitäten von Existenzgründungsvereinen und der französischen Agrarpolitik. Richard le Masson, Mitglied der Bauerngewerkschaft Confederation Paysanne, stellte die Arbeit verschiedener staatlich geförderter Vereine vor, die Menschen (z.T. aus den Städten) bei der Existenzgründung auf dem Land unterstützen, indem Patenschaften von erfahrenen Existenzgründern und praxisnahe Beratung angeboten werden.

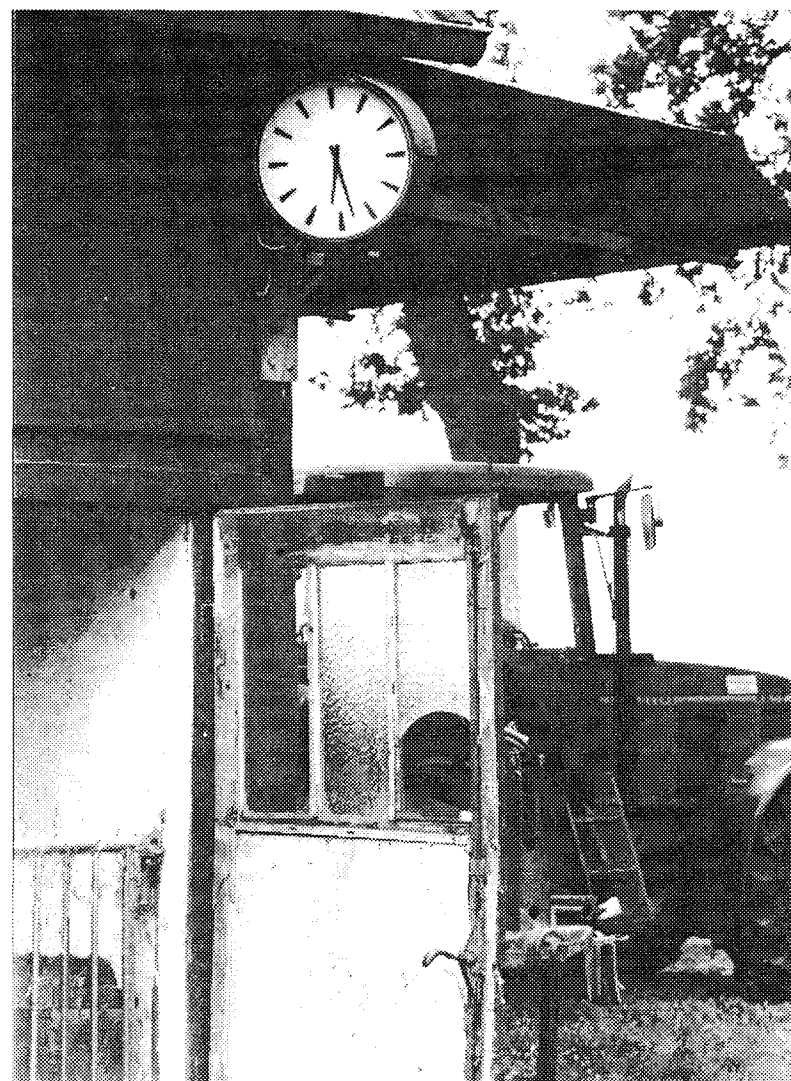
Michel Ferret, Agrarattaché beim französischen Botschafter in der BRD, wies auf das Agrargesetz (Orientierungsgesetz) vom Sommer 1999 hin, das den Landwirten in Frankreich eine neue Orientierung geben soll. Darin erkennt die Politik die gesellschaftliche Bedeutung der Multifunktionalität der Landwirtschaft an und bietet den einzelnen Höfen an, einen Vertrag mit dem Staat einzugehen. Darin wird festgelegt, welche konkreten sozialwirtschaftlichen oder umweltbezogenen Maßnahmen (z.B. in den Bereichen Arbeitsplätze oder Produktionsverfahren) der Betrieb einget. Diese Leistungen bezahlt der französi-

sche Staat mit Fördermittel in Höhe von bis zu 39.000 DM/Betrieb. Allmählich sollen sich so die Landwirte von Subventionsempfängern in Vertragspartner des Staates bzw. der Gesellschaft verwandeln. „Wir haben kein Allheilmittel geschaffen“, räumte Ferret ein, aber Holland und Dänemark belegen, dass eine ökologische Steuerreform und ein ernsthaftes Bündnis für Arbeit nach wenigen Jahren zu beachtlichen Erfolgen führen können.

Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorff nannte es einen „Skandal“, dass die sozialen und ökologischen Spielräume, die die europäische Agrarpolitik eröffne, von der deutschen Bundesregierung gekippt wer-

BML hört zu

Zum 11. Oktober hat das Bundeslandwirtschaftsministerium (BML) eingeladen, um zum Bündnis für Arbeit im ländlichen Raum zu diskutieren. Wesentliche Punkte sollen sein: Umnutzung ehemals landwirtschaftlicher Gebäude, Wettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden“, Schaffung selbstständiger beruflicher Existenzen, Einrichtung von Jobbörsen, Schaffung von Kaufkraft, Maßnahmen zur Identitätswahrung, Nutzung neuer Technologien, Nutzung nachwachsender Rohstoffe ...



den. Unter anderem forderte der AbL-Vorsitzende und Europaabgeordnete, endlich die Agrarsubventionen für die umweltbelastenden und durchrationalisierten Weltmarktbetriebe einzusparen. Frankreich nannte er hier als beispielhaft.

Auf dem Hof Klack im westfälischen Versmold weiß der Bauer immer, wieviele Stunden der Tag noch hat. Foto: Jasper

uh

Das Sparpaket nimmt Formen an

Aber bis Dezember wird noch gezogen und geschoben

Das Sparpaket der Bundesregierung hat seine erste Runde in Bundestag und Bundesrat absolviert. Minister Funke gab zwar massive Einschnitte für die Landwirtschaft zu, betonte aber nochmal, an Einsparungen führe kein Weg vorbei. Wenn er sagt, dass die Landwirtschaft an einem Wendepunkt stehe, so ist das ein Eingeständnis, einen noch verstärkten Strukturwandel in Kauf nehmen zu wollen, um den „leistungs- und wettbewerbsfähigen“ Betrieben das Durchstarten zu erleichtern. Wenn Funke sich auch für ein Festhalten an einer eigenständigen landwirtschaftlichen Sozialversicherung ausspricht, betont er doch, dass „dieses System auf Dauer so nicht finanzierbar“ sei. Dort werden (im nächsten Jahr) die wesentlichsten Kürzungen vorgenommen: 477,5 Mio. DM.

Der Agrarausschuss des Bundesrates beschloss auf Antrag Bayerns, sich gegen die Kürzungen bei der Sozialversicherung und die Streichung der Gasölbeihilfe auszusprechen. Ohne Erfolg - die Länderkammer sprach sich mehrheitlich für die Einsparungen aus.

Bundesrat stimmt zu

Als Ausgleichsmaßnahmen für die Einkommensverluste der bayerischen Bäuerinnen und Bauern beschloss das Kabinett Stoiber, das Investitionsförderprogramm von 92 Mio. DM auf 132 Mio. DM aufzustocken. Ob davon ausgerechnet die Betriebe mit den unteren Einkommen, die am stärksten unter den Kürzungen im Sparpaket leiden, profitieren werden, sei dahin gestellt. Auch Bauernverbandspräsident Gerd Sonnleitner sprach sich in einem Brief an Minister Funke und die

LänderagrarinministerInnen noch einmal dafür aus, bei der Gemeinschaftsaufgabe darauf zu achten, den Mitteln der Agrarinvestitionsförderung uneingeschränkten Vorrang einzuräumen.

Sozial ungerecht

Einen Brief an Funke hat auch die Kampagne zur sozialrechtlichen Gleichstellung der Bäuerin geschrieben, um auf die soziale Ungerechtigkeit der Sparpläne aufmerksam zu machen. Nach den Entwürfen des Bundeskabinetts soll bei der landwirtschaftlichen Alterssicherung durch die Steigerung des Einheitsbeitrages in Relation zum Beitrag der allgemeinen Rentenversicherung um insgesamt rund 10 DM in vier Jahren und das Vermindern des Beitragshöchstzuschusses von 80 auf 50% gespart werden. Außerdem soll die Grenze des

Gesamteinkommens, bis zu der bisher ein Beitragszuschuss gewährt wurde, von 40.000 auf 30.000 DM bei Alleinstehenden und von 80.000 auf 60.000 DM bei Verheirateten herabgesenkt werden. Besonders durch die Verringerung des Höchstzuschusses werden die Betriebe mit den geringsten Einkommen gezwungen, deutlich höhere Beiträge zu zahlen, während sich bei höheren Einkommen die Veränderungen nicht ganz so

krass auswirken werden.

Bei der Betriebs- und Haushaltshilfe soll es künftig von Anfang an eine Selbstbeteiligung geben. Hier steht zu befürchten, dass Betriebe mit geringeren Einkommen in Zukunft davor zurückschrecken werden, in Notsituationen, in denen ihnen durch Krankheiten und Unfälle arbeitswirtschaftlich das Wasser bis zum Hals steht, eine Unterstützung durch den Betriebshilfsdienst in Anspruch zu nehmen.

Weiterer Fahrplan

Für diese Betriebe ist es dann vielleicht auch kein so großer Lichtblick, dass die Gasölbeihilfe 1999 noch einmal im vollen Umfang gewährt und erst ab 2000 abgebaut werden soll. Da der Bauernverband die Gasölbeihilfe allerdings mit Zähnen und Klauen verteidigt, ist davon auszugehen, dass die vollständige Abschaffung das letzte Wort noch nicht ist.

Nachdem derzeit die zuständigen Bundestagsausschüsse über das Sparpaket beraten muss es am 4. und 26. November erneut durch Bundestag und Bundesrat, wahrscheinlich wird der Bundesrat daraufhin den gemeinsamen Vermittlungsausschuss anrufen. Möglicherweise wird die Regierung versuchen, das Paket aufzuschneiden und einzelne Teile (Gasölbeihilfe, Unfallversicherung) am Bundesrat vorbei zu beschließen. Die Kürzungen der Bundeszuschüsse zur Alterssicherung bedürfen aber des Votums der Länderkammer. cs

Entwurf der Bundesregierung für den Agraretat 1999 und 2000

	1999	2000	Änderungen zum Vorjahr	
	in Mio. DM	in Mio. DM	in Mio DM	in Prozent
Landwirtschaftliche Sozialpolitik	7.796,0	7.318,5	-477,5	-6,1
davon Alterssicherung	4.400,0	4.098,0	-302,0	-6,9
davon Unfallversicherung	550,0	500,0	-50,0	-9,1
davon Krankenversicherung	2.200,0	2.110,0	-90,0	-4,1
davon Produktionsaufgaberente	424,0	390,0	-34,0	-8,1
davon sonstiges (Landabgaberente, Zusatzaltersversorgung)	222,0	220,5	-1,5	
Aufklärung, Absatzförderung	13,8	15,6	+1,8	+13,0
Gasölverbilligung	835,0	785,0	-50,0	-6,0
Nachwachsende Rohstoffe	51,0	56,0	+5,0	+9,8
Gemeinschaftsaufgabe	1.709,0	1.700,0	-9,0	-0,5
Marktordnung	335,9	348,9	+13,0	+3,9
sonstiges	806,1	790,9	-15,2	
Summe	11.546,8	11.015,2	-531,3	-4,6

Positionspapier der AbL zum Sparprogramm

In Auszügen dokumentiert

Die Lage und die Stimmung ist auf vielen Höfen angespannt. Einkommensverluste durch die AGEN-DA 2000 und die Steuerreform und jetzt das Sparpaket der Bundesregierung verschärfen die Situation auf den Betrieben. Werden die Sparvorschläge der Bundesregierung so umgesetzt, verstärkt sich der Strukturwandel in der Landwirtschaft.

Teile der Bundesregierung setzen voll auf Globalisierung, auf den Weltmarkt und auf die Liberalisierung der Märkte. In ihrem politischen Zukunftsbild haben viele Bauernhöfe keinen Platz. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) hält diesen Weg für eine politische Sackgasse. Statt weiter auf Wachsen oder

Weichen zu setzen, ist eine bewusste Stärkung bäuerlicher Strukturen notwendig, um Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen und um die Erhaltung ökologisch wertvoller Ressourcen zu gewährleisten.

Wenn jetzt über die Notwendigkeit von Einsparungen diskutiert wird, fordert die AbL die Verantwortlichen in der EU, im Bund und in den Ländern auf, statt bei den kleinen und mittleren Betrieben den Rotstift anzusetzen, die Milliarden für die Intervention, für die Lagerhaltung und die Exportsubventionen, für die Rationalisierungsinvestitionen auf den Prüfstand zu stellen und der Verschleuderung der Agrarmilliarden durch Subventionsschiebereien ein Ende zu setzen. Die AbL be-

tont: Es wird nicht zu viel Geld für die Landwirtschaft ausgeben - es landet in den falschen Kanälen.

Es besteht für die AbL kein Zweifel, dass erhebliche finanzielle Einschnitte notwendig sind, um die viel zu hohe Staatsverschuldung von 1,5 Billionen DM abzubauen. Von daher unterstützt die AbL die Bemühungen der jetzigen Bundesregierung um die Konsolidierung der Staatsfinanzen. Es muss aber bei den anstehenden Einsparungen gerecht zugehen.

Zu einigen geplanten Maßnahmen der Bundesregierung bezieht die AbL wie folgt Position:

Gasölrückvergütung

Für die AbL ist es unannehmbar, dass

sich der Energiepreis in der Landwirtschaft am Tankstellenpreis für den Straßenverkehr orientieren soll. Die Nutzung von Energie in der landwirtschaftlichen Erzeugung muss der in anderen Wirtschaftsbereichen gleich gestellt werden.

Die AbL ist einverstanden, dass für den Energieaufwand für Transporttätigkeiten in der Landwirtschaft ein entsprechend höherer Preis berechnet wird. Dies ist mit einem nach der Betriebsart gestaffelten Pauschalsatz zu erfassen.

Wenn Energiepreise erhöht werden und gleichzeitig der Einsatz von Arbeitskräften billiger gemacht wird, dann ist die AbL für eine Erhöhung der Energiepreise, aber für alle Berei-

che. Ein zu niedriger Energie/Spritpreis verhindert, dass Energie aus nachwachsenden Rohstoffen konkurrenzfähig wird, woran gerade der Landwirtschaft nicht gelegen sein kann.

Sozialversicherung

Die landwirtschaftliche Sozialversicherung ist ein gutes, auf die spezifische Situation der Landwirtschaft hin strukturiertes System. Vor fünf Jahren ist in dem agrarsozialen Ergänzungs-

wo bei geringem Einkommen nur geringe Beiträge in die Rentenversicherung gezahlt werden, gibt es bei der landwirtschaftlichen Alterskasse den Einheitsbeitrag mit einheitlichen Rentenansprüchen, was wiederum zu einer prozentual höheren – häufig existenzgefährdenden – Belastung mit Sozialbeiträgen bei kleinen und mittleren Einkommen führt.

Der Bund gibt deshalb einen Zuschuss. Diesen Beitragszuschuss, der – anders als der Beitrag an sich – bisher progressiv gestaffelt ist, will die Bundesregierung jetzt kürzen. Die gestaffelten Zuschüsse des Bundes zur landwirtschaftlichen Alterskasse mildern zwar die ungerechte Behandlung durch den einheitlichen Beitrag, gleichen sie aber nicht voll aus. Daher kann die jetzt vorgesehene Kürzung der Beitragszuschüsse für einkommensschwache landwirtschaftliche Betriebe von der AbL nicht akzeptiert werden.

nicht Beitragserhöhungen durch die Einsparungen rechtfertigen. Die Einstufung in den jetzigen Beitragsklassen muss beibehalten werden.

Berufsgenossenschaften und Gemeinschaftsaufgabe

Die AbL lehnt entschieden ab, dass Kürzungen zur Reduzierung der Zuschüsse für die unteren Bereiche führt. Es muss eine degressive Staffelung je nach Betriebsgröße eingeführt werden, zumal die Berufsgenossenschaft als Betriebsausgabe voll von dem zu versteuernden Einkommen abgezogen werden kann und damit einkommensstarke Betriebe im Vorteil sind.

Die Bundesregierung plant, die Bundesmittel für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ in den kommenden Jahren auf dem diesjährigen Niveau einzufrieren.

Die AbL ist für Einsparungen bei der Förderung von Wachstums- und Rationalisierungsinvestitionen. Auch Fördergelder für die Flurbereinigung sollten eingespart werden. Die Gelder müssen vielmehr für eine Qualitätserzeugung, für Agrarumweltprogramme und für Vermarktungsprojekte umgewidmet werden. *Der AbL-Vorstand*

Positionspapier zum Sparprogramm der Bundesregierung – ENTWURF 2

Aus dem Bundestag
 Minister Karl-Heinz Funke bei der 1. Lesung des Haushalts am 15.09.1999: „Die Bauern sind enttäuscht, weil einige den Eindruck erweckt haben – ich nenne das als konkretes Beispiel –, als könne man auf Grund von Garantien des Staates mit 28 Kühen im Stall dauerhaft als Vollerwerbslandwirt überleben. Wer das versprochen hat, dem muß klargemacht werden, was er den Leuten damit angetan hat und welche Erwartungen er damit geweckt hat.“ – Beifall bei der SPD.

gesetz unter starker Befürwortung der SPD-Fraktion eine gerechtere Behandlung für die besondere wirtschaftliche Situation der kleineren Betriebe, die eigenständige Bäuerinnenrente und die Anbindung in der Beitragszahlung an die allgemeine Rentenversicherung durchgesetzt worden. Die jetzt vorgesehenen Eingriffe in das landwirtschaftliche Sozialversicherungssystem gehen in eine andere Richtung. Sie führen zu einer ungerechtfertigten Belastung der kleineren Betriebe. Die AbL lehnt diese erheblichen Belastungen bei den kleinen und mittleren Einkommen ab.

Die AbL spricht sich für die Beibehaltung einer eigenständigen Bäuerinnenrente aus und warnt davor, die Weichen für eine finanzielle Aushöhlung dieser sozialen Reform zu stellen.

Alterskasse

Die landwirtschaftliche Alterskasse ist eingerichtet worden, um in einem bescheidenen Maße den Altenteilern eine größere finanzielle Unabhängigkeit von den HofnachfolgerInnen zu gewährleisten und diese zugleich wirtschaftlich etwas zu entlasten. Das Altersgeld ist also als Teilabsicherung konzipiert, neben Kost, Wohnung, Pflege in alten und an kranken Tagen, für die der/die HofnachfolgerIn aufgenommen muss. Er/Sie zahlt in diese Alterskasse einen vom Einkommen unabhängigen Betrag. Im Gegensatz zur allgemeinen Rentenversicherung,

Krankenversicherung

Die AbL akzeptiert die Kürzung im Bereich der landwirtschaftlichen Krankenkassen, wenn sichergestellt wird, dass die Krankenkassen



„Den politisch Verantwortlichen auf die Finger klopfen“

Eine Stellungnahme zum Kommentar von Dieter Berg in der Bauernstimme 9/99

Seit wann ist es Dieter-Berg-Manier mit blindem Eifer einfach mal draufzuhauen? Ich kannte ihn bisher eher als kühlen Rechner!

Der Kommentar in der Bauernstimme 9/99 zur Spardebatte bei der landwirtschaftlichen Sozialversicherung ist nicht nur flapsig und widersprüchlich sondern z. T. auch sachlich falsch. Ohne Frage müssen Strukturen gestrafft und die Diskussion um die Zukunft der Alterssicherung in der Landwirtschaft (AdL) geführt werden. Ein derart arroganter Ton in der Diskussion bewirkt allerdings nichts anderes, als dass alle Türen vor der AbL zugeschlagen werden.

Derzeit geht es um geplante Einsparungen im landwirtschaftlichen Sozialnetz, die vor allem klein- und mit-

telbäuerliche Betriebe treffen werden: die Zuschüsse sollen gekürzt, der Abschlag von der Beitragsbemessungsgrenze halbiert und eine Selbstbeteiligung bei der Betriebs- und Haushaltshilfe eingeführt werden. All diese Maßnahmen sind direkt einkommenswirksam und treffen vor allem die untere Hälfte der Betriebe. Hier ist die AbL gefragt!

Es bringt uns wenig weiter zu hören, was hätte sein können, wenn damals... oder dass die soziale Absicherung der Bäuerinnen nicht genauso ausgefallen ist, wie wir uns das damals vorgestellt hatten. Schlichtweg falsch ist, dass die Bäuerinnenrente nur noch ein Finanzierungsinstrument der AdL sei oder der Beitragszuschuss erst mit der Agrarsozialreform 95 eingeführt wor-

den sei (eingeführt 1986 auf der Basis wirtschaftswert + evtl. außerlandwirtschaftliches Einkommen / sozialverträglicher und nachvollziehbarer gestaltet 1995).

Was uns weiterbringen kann ist, den politisch Verantwortlichen auf die Finger zu klopfen und das haben sowohl der AbL-Vorstand als auch die Kampagne in Stellungnahmen getan. Und dann ist es an der Zeit, die soziale Absicherung der Bäuerinnen und Bauern in ihrer Gesamtheit zu überdenken vor einem gesamtgesellschaftlichen Renten hintergrund, der auch nicht so rosig aussieht. Bei dieser Diskussion sind jedoch Sachlichkeit, Kompetenz und ein konstruktiver Diskussionsstil gefragt und keine politischen Rundumschläge. *Ulrike Hasenmaier-Reimer*

NGG fordert Kennzeichnung der Herkunft

Der Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG), Franz-Josef Möllenberg, hat die Bundesregierung kritisiert, noch keine Konsequenzen aus den Lebensmittel-Skandalen um Dioxin und belastete Coca-Cola-Getränke gezogen zu haben. Gegenüber der Neuen Osnabrücker Zeitung forderte Möllenberg, dass auf allen Lebensmittelprodukten zumindest das Herstellungsland, besser noch zusätzlich die Region und der Ort angegeben wird, wo sie hergestellt bzw. abgefüllt worden sind. Ein besonderes Problem stelle die wachsende Zahl der Marken dar, die von den Handelsunternehmen geführt werden und keinen Rückschluss mehr auf den eigentlichen Hersteller ermöglichen. Im Zeitalter der Globalisierung wachse die Gefahr, dass Lebensmittel kreuz und quer durch Europa transpiziert würden, ohne dass ihre Herkunft nachvollzogen werden könne. pm

Görlach aus der Region für die Region

Angesichts des Bekanntwerdens der Schlachtung von 3.000 belgischen Schweinen in Gießen im Juli, das zu einer Verunsicherung der VerbraucherInnen in Mittelhessen geführt hatte, betonte der SPD-Europaabgeordnete und ehemalige hessische Landwirtschaftsminister Willi Görlach die Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit zwischen regionalen Schlachthöfen und örtlichen Erzeugern. Die Erzeugung in der Region für die Region sei das Gebot der Stunde vor dem Hintergrund, dass nicht einmal eindeutig „deutsche“ Schweine in der heutigen Massentierhaltung noch existierten. Es sei höchste Zeit, die Gründung lokaler Erzeugergemeinschaften und Schlachthöfe zu forcieren und die Verbreitung regionaler Produktkennzeichnungen und regionaler Vermarktung zu stärken. Görlach verwies in dem Zusammenhang darauf, dass mittlerweile nur noch jedes dritte in Hessen verzehrte Schwein von einem heimischen Bauernhof stamme, was Einkommensverluste für die Bäuerinnen und Bauern und abnehmende Markttransparenz und damit Vertrauensverluste bei den VerbraucherInnen bedeute. cl

Kartoffelhandel will Regional-Image nutzen

Der Kartoffelhandel sieht in einer stärkeren Herkunftsbezeichnung eine Chance, um dem wachsenden Druck der Importe zu begegnen. Der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Kartoffelhandels, Dr. Herwig Elgeti, hat es als Aufgabe seines Verbandes, eine engere Verknüpfung bestimmter Qualitätseigenschaften mit den Anbauregionen zu erreichen. Die Kartoffel genieße in der Verbrauchergunst ein hohes Ansehen und gelte als Lebensmittel „jenseits der

Skandalwelt“. Die Herkunftsangabe sei eine wichtige Maßnahme der Vertrauensbildung beim Verbraucher. In einer Meldung heißt es abschließend: „Die Zunahme des Erzeuger-Verbraucher-Direktverkehrs sollte auch der Kartoffelhandel als Anspruch für diese Bemühungen begreifen. pm

Drei Bauernmarkthallen aufgegeben

Gleich drei Bauernmarkthallen in Niedersachsen haben in den letzten Monaten ihre Tore geschlossen. Schon zum Jahresende '98 schloß die Bauernmarkthalle im emsländischen Haaren, einige Monate später folgte die nach ähnlichem Konzept aufgelegte Halle im emsländischen Lingen. Trotz der Fördersumme für die beiden Hallen von zusammen rund 3,5 Mio. DM konnten die einzelnen, unabhängigen Marktbesitzer keinen ausreichenden Umsatz erzielen. Die Hallen sind trotz Innensadtlage bei den VerbraucherInnen nicht richtig angekommen. Als dritte im Bunde ist der „Eichenhof-Bauernmarkt“ in Bissendorf-Wersche, vom Eigentümer, der kapitalkräftigen Erzeugergemeinschaft für Schlachtvieh im Raum Osnabrück, EGO, Ende August geschlossen worden. Erhebliche Verluste wurden hier eingefahren; trotz aufwendiger Werbung scheuten die potentiellen Kunden wohl auch den langen Weg aus dem rund 10 km entfernten Osnabrück. Auch hier flossen Fördergelder, insgesamt etwa 628.000 DM. Immerhin soll der Gastronomiebetrieb der Halle weitergeführt werden. uj

KURZES AM RANDE

Erlebnis Tag der Region

Am 10. Oktober laden 130 Initiativen ein.
Ausgewählte Beispiele machen neugierig

Wie sollte es anders sein: Auch am Tag der Region wird die große Vielfalt der Wege deutlich, die die unterschiedlichen Projekte der Regionalentwicklung gehen.

Richtig gestandene Bayern verbinden scheinbar ihre Region am liebsten mit dem, was auf dem Oktoberfest Jahr für Jahr teurer werden darf: Ob in Volkach, in Aufseß oder in Neustadt an der Waldnaab, hier bringt das Bier die Region in Bewegung – mit Tagen der offenen Tür bis zum Wettbewerb um die originellsten Bierideen (wie bitte?). Aber keine Angst, wenigstens ebenso oft, wie sich Aktionen ums Bier drehen, ist auch das ungegorene Obst aus heimischen Streuobstwiesen Mittelpunkt am Tag der Region. Es gibt Bestimmungsübungen, und in Dörfern setzt die Verbraucher-Erzeuger-Genossenschaft „Tagwerk“ eine mobile Obstpresse in Schwung.

Was beim Obst aus Streuobstwiesen schon in fast bekannt und eingeübt ist, das scheint beim Holz aus heimischen Wäldern noch in weiter Ferne. Fragen Sie mal Ihren Schreiner, ob der Ihnen ein Brett von nebenan besorgen kann.

Der wird Sie verduzt angucken und dann fragen: Was woll'n Sie? In Weidenberg macht es die Arbeitsgemeinschaft „Regionales Holz“ vor und zeigt – am Tag der Region öffentlich –, wie aus einem Baumstamm ein fertiges Holzhaus wird.

Entrindungsmaschine, Mobiles Sägewerk, Hobelmaschine, Holzhausbau, Häcksler für den Abfall und eine Biomasse-Heizanlage werden erklärt. Wirtschaftliche Warenströme werden so von der transportträchtigen globalisierten Arbeitsteilung heruntergeholt und wieder nachvollziehbar, Zusammenhänge werden erlebbar, und es wird deutlich, wie Wirtschaftskraft in den Regionen verbleiben und dort Arbeitsplätze erhalten kann.

Vernetzung westfälisch

Ein Beispiel aus Nordrhein-Westfalen will die regionale Vernetzung der unterschiedlichen Akteure vor Ort erlebbar machen: Im ostwestfälischen Landkreis Höxter gibt es am 10. Oktober das Angebot, mit einer Draisine, also einem mit Muskelkraft angetriebenen Fahrzeug, auf alten, stillgelegten Schienen von Aktionsort zu Aktionsort, von

Betrieb zu Betrieb zu fahren, wie auf den Spuren alter regionaler Wirtschaftsbeziehungen. Und im Kreis Minden-Lübbecke fährt die Museumsbahn am besagten Tag zwei Mühlen an, wo ein umfangreiches Programm auf die BesucherInnen wartet – es wird gemahlen und gebacken, Kohl für Sauerkraut gestampft, Flachs zu Lein verarbeitet, es werden Zigarren gedreht und Reepe geschlagen. Und für die Rückfahrt in die Stadt sorgt dann ein Schiff auf dem Mittellandkanal.

Doch nicht nur solche High-Lights hat der Tag der Region zu bieten. Daneben machen viele scheinbar kleinere Aktionen deutlich, was Vernetzung in der Region bedeutet und wo der regionale Puls so schlagen kann. Im ostwestfälischen Bardüttingdorf etwa hat sich die Freiwillige Feuerwehr eingereiht und öffnet am Tag der Region die Türen ihres Spritzenhauses...

Großheirath baut

Nicht nur weil am 9.9.99 so manches Standesamt aus den Nähten platzte, sind am 10.10. in der oberfränkischen Gemeinde Großheirath die Kinder eingeladen, an einem neuen „Mitbau-Haus“ aus biologischen Baustoffen mit zu zimmern. Wer mal eine Pause braucht, wird per Kutsche zur Tongrube gefahren, um für Nachschub an den dort hergestellten Tonziegeln zu sorgen. – Hand anlegen ist gefragt.

Im nicht weit entfernten Untersiemau wird der Heimatunterricht mal zu einem Genuß: Eine Ausstellung unter dem Titel „Gesichter der Region – Bilder der Betriebe“ vermittelt Impressionen aus der Region, landwirtschaftliche und handwerkliche Betriebe werben mit allerhand Kostproben um die Gunst des regionalen Nachwuchses.

Den Aktionstag gibt es in diesem Jahr leider nur in Bayern und Nordrhein-Westfalen. Aber – Region ist „in“, und wer weiß: „Vielleicht kann dieser Tag für regionale Zusammenhänge einmal einen ähnlichen Bekanntheitsgrad erreichen wie der Tag der Arbeit am 1. Mai“, guckt das landesweite Koordinierungsbüro in NRW ins Jahr 2000 und in die weitere Zukunft. Auch dann werden die zahlreichen AbLerInnen wieder dabei sein, die in diesem Jahr so manche Aktion mit organisiert haben. uj

Eine Übersicht über die Aktionen rund um den 10. Oktober gibt es jeweils für Bayern und NRW bei den Koordinierungsstellen der Aktionsbündnisse „Tag der Region“, Bayern: Verein ALLES, Spitalstr. 5, 91555 Feuchtwangen, ☎ 09852-1381; NRW: BI Lebenswertes Bördeland und Diemeltal, Marktstr. 7 a, 34434 Borgentreich, ☎ 05643-948537



10. Oktober 1999

Schwere Zeiten für die BioHalle Alsfeld

Ein ehemaliges Vorzeigeprojekt im hessischen Vogelsberg steht im Insolvenzverfahren. Bauern haben viel Geld gelassen. Ein Hoffnungsschimmer glimmt

Ob die BioHalle GmbH im hessischen Alsfeld aufgelöst oder fortgeführt wird, darüber entscheiden am 13. Oktober die rund 35 Gesellschafter und die Gläubiger. Die BioHalle Alsfeld steckt wegen fehlender Zahlungsfähigkeit im Insolvenzverfahren (früher Konkursverfahren).

Etliche Biobauern aus Mittel-, Nordhessen und dem südlichen Westfalen warten seit Monaten für gelieferte Schweine und Rinder auf ihr Geld – sie werden davon nur wenig wiedersehen. Noch härter trifft es diejenigen, die dazu auch Gesellschafter sind und zu den Gesellschafter-Einlagen auch noch mit Darlehens-Bürgschaften dastehen. Auch Banken und das Land Hessen gehören als Förderer zu den Gläubigern. Insgesamt ist von Forderungen in Höhe von über 4 Mio. DM die Rede. Der vom Amtsgericht bestellte Insolvenzverwalter sieht dennoch Hoffnungen zur Fortführung. In seinem Insolvenzplan versucht er mit einem veränderten Konzept die Gläubiger dafür zu gewinnen, auf 81 % ihrer Forderungen zu verzichten. Die Gesellschafter sollen nochmal Kapital zuschießen (7.000 DM). Die Frage ist natürlich, wie es zu dieser Situation gekommen ist.

Von der Idee

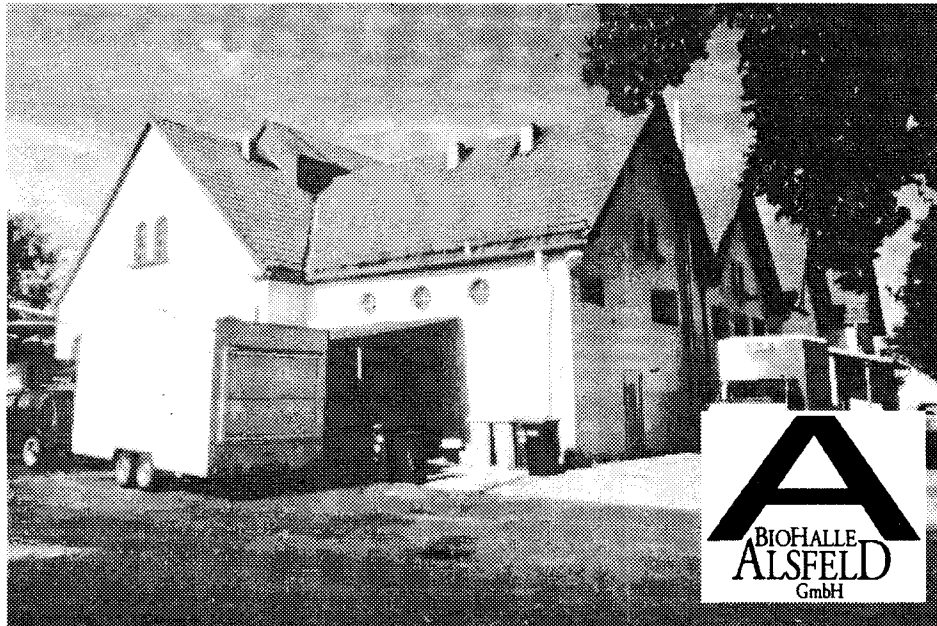
Anfang der 90er Jahre wurde der Schlachthof in der Kleinstadt Alsfeld stillgelegt, die Gebäude standen rund zwei Jahre lang leer. Ein Biobauer hatte damals die Idee, einen Raum des Schlachthofs als Zerlegebetrieb für direktvermarktende Biobauern der Mittelgebirgsregion Vogelsberg zu nutzen. Die Stadt Alsfeld und das Landwirtschaftsamt nahmen die Idee auf und beauftragten einen Projektgutachter. Heraus gekommen ist ein Konzept, das über die ursprünglichen Vorstellungen weit hinausging: Der gesamte ehemalige Schlachthof sollte umgebaut werden, nicht nur Bio-Fleisch sollte verarbeitet und vermarktet werden, sondern auch Trockenprodukte, Obst und Gemüse. Eine Erzeugergemeinschaft wurde gegründet, aus der später die GmbH hervorging.

Zur Umsetzung

Das Konzept stieß beim Land Hessen bzw. dem Amt für Regionalentwicklung und Landwirtschaft auf fruchtbaren Boden: 1,8 Millionen DM steuerte das Land aus dem LEADER- und dem

Produktinnovations-Programm bei, die Stadt Alsfeld stellte Grundstück und Gebäude zur mietfreien Verfügung, und so wurde 1993 für 2,8 Mio. DM umgebaut und investiert.

Der Handel mit Obst, Gemüse und Trockenprodukten wurde nach und nach eingestellt, statt dessen betätigte man sich als Großhändler für Verpackungsmaterial, ansonsten konzentrierte sich das Geschäft auf Frischfleisch und Wurstwaren. Der zwischenzeitliche Versuch, mit einem Ökoimbisswagen für Partys eine weitere Einnahmequelle aufzubauen, wurde wieder fallengelassen.



Verkauft wurden die Fleischwaren überwiegend über 6 Läden und Marktstände (im Franchise-System), eine Biometzgerei und die Fleischabteilung eines größeren Kaufhauses. Die meisten Verkaufsstellen lagen in den jeweils über 80 km entfernten Städten Frankfurt im Süden und Kassel im Norden. Bei den relativ kleinen Mengen heißt das unweigerlich hohe Transportkosten.

Qualitätsprobleme trugen das ihre zu den geringen Verkaufsmengen bei – der Umsatz der BioHalle erreichte erst im 5. Jahr den einer durchschnittlichen Fleischerei. Und das bei sechs Angestellten, davon zwei im Büro.

5 Geschäftsführer

Ein Unternehmen ist immer eng mit den Menschen verbunden, die es leiten. In Alsfeld hat es in fünf Jahren fünf Geschäftsführer gegeben. Schwere Vorwürfe hört man nun gegen zwei von ihnen. Der eine wollte es richtig professionell machen, hat in verschiedene Dinge investiert, von denen eini-

ge – wie es heißt – nie gebraucht worden sind, andere nach einiger Zeit – mit Verlust – wieder verkauft wurden. Er habe über die Verhältnisse gehandelt. Ungünstig war vielleicht noch mehr, dass er als Geschäftsführer eines Betriebes im Aufbau nicht tag täglich am Ort des Geschehens war, sondern meist 30 km von der BioHalle entfernt in seinem Büro arbeitete. Gegenüber der Bauernstimme räumt er Fehler ein, sieht aber die eigentliche Ursache der Misere in der Unfähigkeit eines Nachfolgers.

Der besagte Nachfolger, dem heute auch von anderen die Hauptschuld

von Biobauern Verarbeitungs- und vermarktungsstrukturen für Fleisch, das Hauptprodukt der Mittelgebirgsregion, aufzubauen.

Das mit Bauern und Bäuerinnen aufzubauen und in ihrer Hand zu belassen, hat viel Gutes, aber Bauern sind Bauern und keine Metzger oder Vermarkter, oder wenn sie es werden, müssen sie es ganz machen und sind dann keine Bauern mehr. So wichtig bäuerliche Mitbestimmung für die Interessenwahrung der Bauern ist – schließlich ist es maßgeblich ihr Eigenkapital –, so wichtig ist die Person, die das Unternehmen auf lange Sicht zu ihrer Sache macht und zum Erfolg führen will. – Einer der ersten Geschäftsführer in Alsfeld sagt heute, ihm wäre damals schon klar gewesen, dass er den Job nicht ewig machen wollte.

Es braucht eine geschäftsführende Person, die sich nach innen (Bauern, Mitarbeiter) hohes Vertrauen und Ansehen aufbaut und nach außen durch ein klares Konzept an den Markt geht, das beständig und überzeugend ist. Das Alsfelder Konzept hat ständig gewechselt. In der Szene machte schon bald die Runde: Alsfeld steht auf wackeligen Beinen.

Es war gewagt, mit einer äußerst dünnen Eigenkapitaldecke von zuerst 55.000 DM aus dem Stand heraus mit einer Investition von 2,8 Mio. DM und mit Kapazitäten anzufangen, die auf das Dreifache des Erreichten ausgelegt sind. Und das alles ohne Erfahrung in dem an sich schon jungen und schwierigen Biofleischmarkt. Und ob die Absatzstrategie – weit entfernte Läden mit jeweils kleinen Mengen – richtig war, ist auch fraglich.

Hoffnungsschimmer

Der Insolvenzverwalter schlägt nun eine andere Schwerpunktsetzung vor: Belieferung der Fleischabteilungen von Einzelhandelsmärkten und Etablierung von eigenen Markenprodukten. Voraussetzung ist allerdings, dass Gesellschafter und Gläubiger seinem Plan zustimmen. Wie die Stimmung ist, lässt sich schwer abschätzen. Aber vielleicht lockt ein Blick in andere Sphären: In Alsfeld wurde im Juli 1989 jener Mann, der heute als harter Sparrer der Republik gilt, zum Landesvorsitzenden und Spitzenkandidaten der hessischen SPD für die damals anstehende Landtagswahl gekürt – Hans Eichel sitzt heute in Berlin. uj

Bewertung von außen

Der grundsätzliche Ansatz ist immer noch richtig: für die wachsende Zahl

Deutsche Bank rät von Gentech ab

Die Deutsche Bank hat in einer Veröffentlichung Geldanleger auf die Risiken, die mit der Investition in Anteile eines Gentechkonzerns verbunden sind, aufmerksam gemacht. Für Aktien des Saatgutmultis Pioneer gehen ihre Empfehlungen dahin zu verkaufen anstatt sie zu halten. Es hätten sich einfach enorme Veränderungen bei der Betrachtung der Märkte für gentechnisch veränderte Organismen ergeben, so die Deutsche Bank. Bäuerinnen und Bauern in den USA würden bereits Aufschläge für nicht gentechnisch veränderte Erntepartien erhalten, somit ist der Anreiz, das teurere Gentech-Saatgut zu kaufen, weil auch ein höherer Endverkaufspreis zu erzielen ist, dahin. Die Vorteile gentechnisch manipulierter Pflanzen sind immer mehr Anbauern wie Ankäufern immer weniger zu vermitteln und verlieren dadurch mehr und mehr an monetärem Wert. Außerdem ist nicht abzusehen, welche Schadensfälle durch die unkontrollierbare Einkreuzung der manipulierten Gene in „konventionelle“ Ackerbestände den Saatgutfirmen in Zukunft drohen. pm

Gentechnik aus WTO raushalten

Der Parlamentarische Staatssekretär im US-Handelsministerium, David Aaron, tritt dafür ein, Fragen der Gen- und Biotechnologie aus den nächsten WTO-Verhandlungen im November ganz herauszulassen. Es sei zu befürchten, dass das Thema als Mittel eingesetzt werde um andern Verhandlungsthemen aus dem Weg zu gehen. Aaron machte deutlich, dass die Gentechnik ausschließlich in Europa ein Problem sein und warf der EU mangelnden politischen Willen vor, die Öffentlichkeit von den Vorzügen der Gentechnik zu überzeugen. pm

Baumwollschädlinge bleiben länger jung

In einer Studie einer Universität im US-Bundesstaat Arizona haben Forscher nachgewiesen, dass gegen die gentechnisch veränderte Bt-Baumwolle resistente Schädlingssraupen länger für ihre Entwicklung von der Raupe zur Motte brauchen als nicht-resistente. Damit wird das praktizierte System der „Sicherheitsstreifen“ im Gen-Baumwollanbau in Frage gestellt. Bisher war man davon ausgegangen, dass indem gentechnisch mit dem Bt-Gift ausgestattete Baumwolle neben konventioneller angebaut wird, die schnelle Selektion auf Bt-resistente Schädlingssmoten dadurch unterbunden wird, dass resistente und – in der konventionellen Baumwolle lebende – nicht-resistente Motten sich paaren und die Resistenz verloren geht. Brauchen die resistenten Motten nun aber länger für ihre Entwicklung zum fortpflanzungsfähigen Tier, so ist es wahrscheinlich, dass sie sich wiederum nur mit gleichalten ebenfalls resistenten Motten paaren und die Resistenz an die folgende Generation weitergeben. Diese ersten Ergebnisse sollen in Folgestudien genauer untersucht werden. pm

KURZES AM RANDE

Weltrekord in Familienlebensleistung

Ein Familie der Altdeutschen Schwarzbunten ist noch immer unbesiegt

Man muß den Mut haben, auch mal gegen den Strom zu schwimmen.“ Mit diesem Motto hat sich Bauer Albert Kramer aus dem niedersächsischen Wörpedorf seit 35 Jahren erfolgreich gegen die „Holsteinisierung“ in der Kuhzucht gewehrt. Damals wurde gezielt die Rasse Holstein-Frisian eingekreuzt, um die Jahres-Milchleistungen zu steigern – allerdings um den Preis einer immer kürzeren Lebensdauer der Kühe in den Betrieben. Kramer wollte sich damals nicht von „irgendwelchen Experten“ leiten lassen: Wie ein Detektiv reiste er in ganz Deutschland herum, um „vergessene“ Samenportionen vor der Vernichtung zu bewahren. Wie ein Bericht in „Land und Forst“ zeigt, mit deutlichem Erfolg: Die 1971 geborene Kuh Athene I hält mit 178.651 Kilogramm Milch in 19

Laktationen den europäischen Rekord für Milchleistung, in ihren 23 Lebensjahren gebar sie 20 Kälber. Tochter Athene II wurde 15 Jahre alt, mit 13 Kälbern und 12 Laktationen mit 128.262 kg. Die 13 jährige Enkelin Alette hatte bisher 14 Kälber und 104.328 Liter Milch. Insgesamt bedeutet dies mit 409.000 kg den Welt-

rekord in der Familienlebensleistung. Albert Kramer ist überzeugt, daß die „Alten Deutschen Schwarzbunten“ unter den heute verbesserten Haltungs- und Futterbedingungen zumindest gleichgute Leistungen bringen könnten wie die holstein-friesischen Tiere, auch ohne moderne Biotechnologie wie Spülungen und Ei-

transplantationen. Kramer setzt auf das Oltmannsche Verfahren einer gezielten Inzucht, bei dem sich positive Merkmale wie Härte und Langlebigkeit, aber auch negative Eigenschaften verstärkt durchsetzen. Deshalb müsse man seine Tiere gut und über Generationen kennen.

Mittlerweile erhält Kramer EU-Zuschüsse im Rahmen eines Genrettungsprogramms für die Alten Schwarzbunten. Zehn lebende Bullen aus seiner

Zucht sind mittlerweile bundesweit im Zuchteinsatz. Seine Kuh Alette, die vorzeiten sogar einen Blitzschlag auf der Weide überstand, sorgt jetzt nach ihrem Verkauf in einem Biobetrieb für den weiteren Ausbau des Familien-Lebensleistungs-Rekords. en



Albert Kramer aus Wörpedorf (Nds.) züchtet seit 35 Jahren das Altdeutsche Schwarzbunte Niederungsgrind. Athene I und II und Alette stehen für seinen Erfolg.

Einen Erfahrungsbericht über seine Züchtung gab Bauer Albert Kramer bereits auf der AbL-/KLJB-Milchtagung 1997; er ist enthalten in den „Arbeitsergebnissen“ der AG Ländliche Entwicklung Nr. 38 (zu beziehen über den ABL-Verlag).

AK Hörner tragende Kühe

Allgäuer Bauern aktiv für behornnte Rinder

Nehmen Sie mal ein Blatt Papier und einen Stift zur Hand und versuchen, eine Kuh zu malen. Fangen Sie auch mit dem Kopf und den vier Extremitäten oben drauf an? Im Allgäu stehen rund 80 % der Kühe ohne Hörner da, damit sie sich nicht gegenseitig verletzen können, was besonders in manchen Laufstall-Systemen ein Problem ist. Das ist nach Ansicht der

Bauern und Bäuerinnen, die sich im Arbeitskreis Hörner tragende Kühe zusammengeschlossen haben, aber die falsche Problemlösung. Sie ist für die Kühe, denen die Hörner blutig entfernt werden, nicht nur schmerzhaft. Auch die Milchqualität hornloser Kühe soll anders sein als die behornter Artgenossen, wie sich in Untersuchungen des Kristallbildes der Milch zeige. Kontakt: Alfons Notz, Bauern und AbL-Mitglied in Leutkirch/Allg., ☎ 07561-5780

Zentrum für nachwachsende Rohstoffe in NRW
und Verein zur Förderung des Anbaus und der Verwertung von Hanf:

NRW-Hanftag 1999

Hanf: Nachwachsender Rohstoff auf dem Weg ins Jahr 2000

Donnerstag, 21. Oktober 1999, 10.00 – 16.00 Uhr

Landwirtschaftszentrum Haus Düsse, 59505 Bad Sassendorf-Ostinghausen

Viel hat sich seit der Wiedereinführung des Hanfanbaus 1996 getan. Nach einer Testphase scheint jetzt die Zeit des industriellen Durchbruchs gekommen. Zeit für Rückfragen und Ausblicke, Zeit aber auch für die 1. Verleihung des Hanfpreises.

Programm:

- 10.00 Uhr Begrüßung. *Karl-Erich Oldemeyer (Hanfverein); Karl Meise (Präsident der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe)*
- 10.15 Uhr Landwirtschaft als Rohstofflieferant – Produktionsalternative für die Zukunft. *Dr. Steffen Daebele (Fachagentur nachw. Rohstoffe, Gülzow)*
- 10.45 Uhr Hanf – Innovativer Baustoff und seine Chancen am Markt – Aktueller Stand und Ausblick. *Miael Karus (nova-Institut, Köln)*
- 11.30 Uhr Verleihung des Hanfpreises 199 durch Staatssekretär *Dr. Griese*
- 13.00 Uhr Hanf 1999 – Anbauausdehnung und Ernte in NRW. *Daïke Lohmeyer (Erzeugergem. für Faser- u. Ölpflanzen zur technischen Verwertung)*
- 13.30 Uhr Hanffasern als Verstärkung für Kunststoffteile. *Dipl.-Ing. Friedhelm Beckmann, Dipl.-Ing. Stefanie Hagedorn (Möllerplast GmbH, Bielefeld)*
- 14.00 Uhr Hanfanbau und Verwertung in Sachsen-Anhalt. *Fred Bohndick (VER-NA-RO GmbH, Dardelegen)*
- 15.15 Uhr Keimung und Wachstum von Hanf bei kritischen Bodenbedingungen. *Dr. Helga Mölleken (Bergische Univ. Wuppertal)*
- 15.35 Uhr Hanflebensmittel aus NRW. *Karl-Heinz Schluckebier (Datteler Hanfverein e.V.), André Bernhard (hanf & natur, Marienheide)*

Im Anschluß (ab 16.00 Uhr) Mitgliederversammlung des Hanfvereins.

Anmeldung: Daïke Lohmeyer, Projektbürop Hanf, Haus Düsse, ☎ 02945-989-202



Direktvermarkter mit Gen-Acker

In der Lüneburger Heide wuchs neben lila Erikakraut auch genmanipulierter Raps

Amelinghausen bei Lüneburg (Niedersachsen) ist ein idyllischer kleiner Ort. Hier kommen Urlauber her, weil sie zur Heideblüte Kutschfahrten durch die violette Landschaft machen wollen. Zu so einem Ort passt eigentlich kein so heikles und kontrovers diskutiertes Thema wie die Gentechnik. Und doch bewegt und spaltet sie die örtliche Bevölkerung seit nun schon einem Jahr. Die AgrEvo hat am Rande von Amelinghausen in dem Dorf Etzen für zehn Jahre einen Acker gepachtet, um dort Freiland-Leistungsprüfungen mit genmanipulierten Winterraps-Hybriden durchzuführen. In 1,5 km Entfernung liegen Flächen des Baukhofes, eines alten, auch über die Region hinaus bekannten, biologisch-dynamisch wirtschaftenden Betriebes. „Wir fühlen uns durch die Gentechnik in unserer Existenz bedroht, wir machen Saatgutvermehrung und müssen fürchten, dass der Genraps sich auskreuzt, deshalb haben wir dagegen geklagt“, sagt Joachim Bauck. „Ich habe damals gleich gesagt, mit dem Baukhof so nah neben dem Standort ist der Ärger vorprogrammiert“, Johann Wilhelm Glameyer bei der AgrEvo zuständig für den Versuch, begeistert es nicht, dass der Acker seit Bekanntwerden der Versuche von Gentechnik-Gegnern besetzt und der Raps dieses Frühjahr schließlich von Unbekannten totgespritzt wurde. „Wir haben ein Informationsproblem“, so Glameyer, „der Verbraucher versteht nichts von konventioneller, moderner Landwirtschaft“. Trotz der momentan gentechnik-kritischen Stimmung ist Glameyer überzeugt: „Die Biotechnologie kommt, aber der ursprüngliche Zeitplan ist nicht einzuhalten und das hat politische Gründe.“ Dabei sieht er die politische Barrieren mehr im europäischen Ausland als bei uns: „Die Zusammenarbeit mit den Behörden hier läuft trotz Regierungswechsel hervorragend.“

„Andern ist es wurscht“

„Viele konventionelle Bauern sagen: die Technik hat uns immer schon was gebracht, andere sind dagegen, wieder anderen ist es wurscht“, beschreibt Joachim Bauck die Stimmung im Ort. „Die meisten halten sich raus“, sagt Björn Svensson. Er ist hauptamtlicher Mitarbeiter des Jugendumweltbüros in Lüneburg und einer der vornehmlich jugendlichen Hauptaktivisten, die für das „Lüneburger Bündnis gegen Gen“ immer wieder den Acker besetzt haben. Längere Haare und junge Gesichter rücken die Gruppe bei „seriösen“ älteren Menschen oft in die Ecke chaotischer, Randle-nur-um-der-Randle-willenden Demo-Touristen. So brachte z. B. die Uelzener Allgemeine

Zeitung das Lüneburger Bündnis gegen Gen mit der Zerstörung eines Gen-Rüben-Versuchsfeldes in Verbindung, ohne überhaupt mit irgend jemandem aus dem Bündnis gesprochen zu haben. Auch der Staatschutz zur Ermittlung in Amelinghausen geht von „Verbindungen zur Hafestraße in Hamburg und nach Gorleben aus“. Das weiß Karl-Heinz Brammer, der Bauer, dem der Gen-Acker gehört und der auch weiterhin die Bewirtschaftung für die AgrEvo vornimmt. Er wird als Bauer, der sich an die Gentechnik-Industrie verkauft hat, auch in eine bestimmte Ecke gerückt. Aber die Wahrheit ist selten schwarz-weiß. So wenig wie Björn Svensson ein unpolitischer Krawallmacher ist, ist Karl-Heinz Brammer ein gedankenloser Technologiefetischist.

„Nicht noch mal antun“

Dem jungen Gen-Gegner ist das Risiko, welches mit der Freisetzung des Rapses verbunden ist, zu groß, als dass die Allgemeinheit es tragen sollte. Er will friedlich und offen dagegen Widerstand leisten. Nacht- und Nebelaktionen wie heimliche Ackerverwüstungen mit Herbiziden oder Hacken, „machen uns die Öffentlichkeitsarbeit kaputt, dann heißt es, die wollen nicht diskutieren“. Für die bessere Aktionsform hält Svensson die bereits in England und jüngst auch auf einem Versuchsfeld bei Berlin praktizierte öffentliche Ernte, bei der eine große Gruppe von Menschen nach öffentlicher Ankündigung auf einen Gen-Acker geht und jeder nur eine Pflanze ausreißt, um eventuelle Schadensersatzansprüche für jeden Einzelnen gering zu halten. Und für die, die nicht mit dem Gesetz in Konflikt kommen wollen, gibt es ja auch noch solche Aktionen wie den Staffellauf des Bündnisses gegen Gen, der an einem warmen September-sonntag von Uelzen nach Amelinghausen führte und auf dem großen Hoffest des Baukhofes endete.

Dort war Karl-Heinz Brammer wahrscheinlich nicht, er hält vom Ökolandbau nicht viel, macht ihn dafür verantwortlich, dass Mutterkorn wieder stärker zum Problem geworden ist. Er ist bemüht, – schon aus Kostengründen – seinen Chemieeinsatz zu optimieren und hat schon länger bei Pflanzenschutzmittelversuchen mit der AgrEvo zusammengearbeitet. Als die Frage nach der Beteiligung an Gentech-Versuchen kam, hat er gedacht: „Vielleicht bringt mir das einen Informationsvorsprung, schließlich muss man an

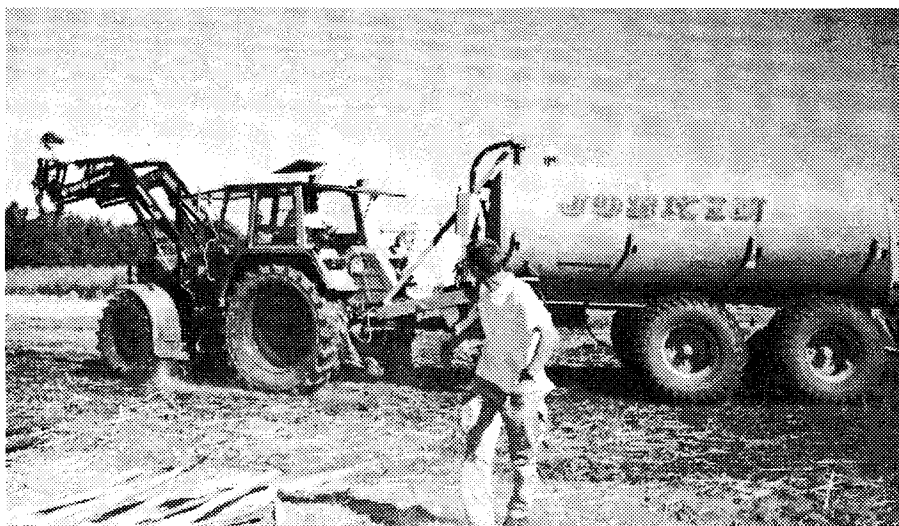
allen kleinen Schrauben drehen.“ Dass er in letzterem geübt ist, beweisen die Eier- und Rindfleischdirektvermarktung. Die Hühner werden schon lange in Bodenhaltung gehalten, die Rinder mit größtenteils eigenem Futter gefüttert („obwohl die Beratung immer gesagt hat: kauf doch zu“) und auf dem Hof geschlachtet („die merken das, wenn sie zum Schlachthof fahren, wenn wir hier schlachten, ist es ‘ne ganz andere Qualität“). In den Brammerschen Speisekartoffeln werden Nitratwerte gemessen, sie gehen an einen Schälbetrieb der Lebenshilfe in Lüneburg („die wollen keine begasten oder gepuderten Kartoffeln, deshalb hab ich jetzt ‘nen Kühlraum eingerichtet“).

Es gab auch Kunden, denen passte die Gentechnik nicht – schon deshalb würde Karl-Heinz Brammer so etwas kein zweites Mal machen: „Das muss ich mir nicht noch mal antun.“

So etwas wie die Ereignisse Ende Juli auf dem Gen-Acker in Amelinghausen muss sich wahrscheinlich auch Björn Svensson nicht noch mal antun. Die Situation ist eskaliert, als Brammer auf dem besetzten Acker anfang, Gülle zu fahren. Die BesetzerInnen versuchten erfolglos – auch um ihre Zelte und Sachen vor der „Dusche“ zu bewahren – sich ihm in den Weg zu stellen. Svensson gelang der Sprung aufs Frontladergestänge woraufhin er zum „Mitfahren“ gezwungen wurde, bis Brammer nach getaner Arbeit den Hof wieder erreichte. Anzeigen der BesetzerInnen wollte die Polizei nicht aufnehmen, auf ein späteres Gesprächsangebot seitens der Jugendlichen an Brammer ging dieser nicht ein. Auch er fühlt sich überfallen. Nicht nur von Gentechnik-Gegnern sondern auch von Politikern, die erwarten,

Ohne Nutzen – null Toleranz

VerbraucherInnen erkennen in der Lebensmittel-Gentechnik keinen Nutzen, folglich sind sie nicht bereit, auch nur das geringste Risiko zu tolerieren. Zu diesen Ergebnissen kommen Studien der Universität Potsdam für die Menschen in Dänemark, Großbritannien, Italien und Deutschland befragt wurden. Dabei konnte allerdings kein Zusammenhang zwischen dieser Einstellung und dem objektiven Kenntnisstand der Personen festgestellt werden. Das bedeutet, die Überlegung der Gentechniker, Vorbehalte gegenüber der Gentechnik seien deshalb so groß, weil es an objektiven Informationen mangle und deshalb müsse man nur informieren, dann komme die Akzeptanz von allein, trifft nicht oder zumindest nur bedingt zu. Ob diese durch ein Konzept der freiwilligen Selbstkontrolle, dass der Bundesverband deutscher Pflanzenzüchter (BDP) entwickelt hat, zu erreichen ist, bleibt ebenfalls dahingestellt.



dass er zu Getreidepreisen Raps erzeugt. „Das kann ich nicht, da dachte ich, wenn ich das mit der Gentechnik mache, bin ich mal irgendwann vielleicht der Erste...“ cs

Nach langem hin und her hat der Agrar-Ministerrat der EU in Juni Einigkeit über die künftigen Mindestregeln für die ökologische Tierhaltung erzielt. Somit tritt ab August 2000 eine einheitliche EU-Regelung zur ökologischen Erzeugung von tierischen Lebensmitteln in Kraft.

Schade, dass sich in der neuen Verordnung einige Fehler eingeschlichen haben, die die Schweinehaltung in bäuerlichen Betrieben schwierig werden lässt.

Geregelt sind Fütterung, Haltung, Tierzukauf, Flächenbesatz, Arzneieinsatz und Umstellungsbedingungen. Im Widerspruch zum ganzheitlichen Ansatz des Ökolandbaus gestattet die Verordnung, dass Teilumstellungen eines Betriebes, z. B. nur die Schweinehaltung, und 100 %-iger Futterzukauf möglich sind. Somit kann praktisch jeder in naher Zukunft für den großen Markt „Ökoschweine“ produzieren. Für die Praxis enthält die Verordnung einige Knackpunkte, die es zukünftig umzusetzen gilt, wobei für bestehende Bestände in Fragen der Haltung, Übergangszeiten bis zum Jahr 2010 eingeräumt worden sind. Hier sind die Verbände gefragt, interne Lösungen zu finden, damit zwischen Altbeständen und Neueinsteigern keine Wettbewerbsverzerrungen entstehen.

Auslauf für alle

Grundsätzlich, und dies ist begrüßenswert, müssen zukünftig alle Schweine mit Auslauf gehalten werden.

Die gesundheitlichen und auch arbeitswirtschaftlichen Vorteile bei der Haltung von tragenden und abgesetz-

Ein wesentlicher Schritt nach vorn?

Zur neuen EU-Verordnung Öko-Tierhaltung, Bereich Ökologische Sauenhaltung

Auf jeden Fall sollte der Abferkelstall derart geplant sein, dass durch den Auslauf bedingte Wärmeverluste und Zuglufterscheinungen im Ferkelbereich vermieden werden. Bei kalten Außentemperaturen besteht zudem die Gefahr, dass bei einer 7,5 m² (so das vorgegebene Maß) großen Abferkelbuch Sauen und Ferkel im Innenbereich abmisten. Dies hätte hygienische Probleme und einen erhöhten Arbeitsaufwand zur Folge, was eigentlich durch den Auslauf – konzipiert als Mistachse – vermieden werden sollte. Eine Lösung wäre eine kleinere Abferkelbuch, was allerdings nicht gestattet ist, oder aber z. B. der Einsatz der HEKU-Bucht (siehe Bauernstimme 2/99), die zum einen die vorgeschriebene Größe hat, aber mit einem Mistgang konzipiert wurde, der sich im Stall befindet. Somit wären zwei Mistgänge vorhanden, wobei der innere zudem als Windfang dienen würde. Beim Auslauf ist darauf zu achten, dass dieser unbedingt überdacht ist, und nicht in Windrichtung liegt.

Der Abferkelbereich wird zukünftig kosten- und arbeitsintensiver sein. Die Haltung der niedertragenden Sauen ist nach der neuen EU-Verordnung unproblematisch und einfach zu lösen. Unverständlich ist allerdings, dass mit 1,9 m² die Auslauffläche und somit der eigentliche Aktivitätsbereich gegenüber der Stallfläche mit 2,5 m² so klein ausgefallen ist. Das Verhältnis hätte ruhig umgekehrt sein können.

ßenbereich anfällt, solange die Spielregeln der Schweine, wie angemessenes Platzangebot innen, Vermeidung von Zugluft, Wasserangebot außen, kein Gruppenkontakt innen, eingehalten werden. Erfahrungen haben gezeigt, dass Liegeflächen im Ferkelaufzuchtbereich von 0,3 m² und in der Vormast bis 50 kg von 0,6 m² bei reichlicher Auslauffläche nicht überschritten werden sollten, um der Gefahr des Abmistens im Stall vorzubeugen. Bei größerem Flächenangebot sollte auf jeden Fall die Möglichkeit der kurzfristigen Flächenreduzierung (Schwenkbrett) berücksichtigt werden.

Teilspalten möglich

Für den Einsatz von Spaltenböden, der nach der neuen Richtlinie auf 50 % der Fläche gestattet ist, bietet sich in der Ferkelaufzucht und Schweinemast sinnigerweise nur der Bereich des Auslaufs an. Der Auslaufbereich sollte dann auf jeden Fall überdacht und der Spaltenboden so verlegt sein, dass Beinschäden der Tiere vermieden werden. Das heißt, die Spalten sollten



quer zum Gebäude verlaufen und es darf, wie im Strohsystem üblich, keine Stufe zum Auslauf vorhanden sein.

Da der Mist im Auslauf punktuell anfällt, sollte der Güllekanal nach dem Wechselstauverfahren geplant werden.

Die Ausnahmeregelung, Endmastschweinen für eine begrenzte Zeit (20 % der Lebenszeit) keinen Auslauf zur Verfügung zu stellen, ist nicht nachvollziehbar und in der Praxis nicht zu empfehlen. Gerade in der Endmastphase kommen die täglichen Umwelt- und Klimareize der Gesundheit sowie der Stresstabilität des Mastschweins und somit auch der Fleischqualität entgegen.

Im Futter darf bis zum Jahr 2005 ein Anteil von 20 % aus konventioneller

Produktion stammen. Somit stehen z. B. hochwertige Eiweißquellen zur Aminosäureergänzung wie z. B. Kartoffel-eiweiß zunächst weiterhin zur Verfügung.

Keine Gentechnik

Ab sofort gilt aber, dass genetisch veränderte Organismen und durch diese erzeugte Stoffe (Derivate) in der gesamten ökologischen Tierhaltung nicht eingesetzt werden dürfen. Diese übergangsfristlose Entscheidung birgt einigen Sprengstoff in sich, da synthetisch erzeugte Futterzusatzstoffe wie Spurenelemente, Vitamine und Enzyme erlaubt sind, was auch aus Sicht der Tierernährung sinnvoll ist. Niemand weiß aber auf Dauer, bei welchem Produkt wann die

Gentechnik Einzug hält. Hier heißt es, schnellstens die Nachfrage nach genetisch unveränderten Futtermitteln und Zusatzstoffen zu bündeln, um einen interessanten Markt zu schaffen. Allerdings wird dies nur im Verbund aller AGÖL-Verbände und anderer Interessengruppen möglich sein.

Eine weitere Herausforderung, gerade für engagierte Sauenhalter, betrifft die weibliche Nachzucht. Nur 20 % des Sauenbestandes darf als Jungsau aus konventioneller Haltung stammen. Aufgrund des zur Zeit zu geringen Angebots guter Zuchttiere aus ökologischer Haltung ergibt sich daraus eine so niedrige Remontierungsquote, dass der Sauenbestand auch unter besten Haltungsbedingungen schnell überaltert. Bleibt nur die Eigenremontierung, was aber bei kleinen und mittleren Beständen leider immer wieder zu Problemen in der Bestandesführung führt. Hier ist die Zusammenarbeit mit Züchtern und Organisationen gefragt. Gerade die letzten beiden Punkte verdeutlichen, wie wichtig die Zusammenarbeit der Verbände ist, vielleicht hätte diese im Vorfeld auch zu einer praxisnäheren EU-Verordnung geführt.

Jan Hempler, Beratung tiergerechte, umweltschonende Nutztierhaltung der Landberatung Niedersachsen GmbH

Die Bio-Tier-Verordnung ist im Internet unter folgender Adresse zu finden: http://europa.eu.int/eur-lex/de/oj/1999/l_22219990824de.html

Wichtige Planungsdaten zur ökologischen Schweinehaltung

Sauen säugend	7,5 m ² Stall	2,5 m ² Auslauf	40 Tage Säugezeit
Sauen tragend	2,5 m ² Stall	1,9 m ² Auslauf	Gruppenhaltung
Ferkel > 40 Tage	0,6 m ² Stall	0,4 m ² Auslauf	
Eber	6,0 m ² Stall	8,0 m ² Auslauf	
Mastschweine - 50 kg	0,8 m ² Stall	0,6 m ² Auslauf	Endmast 20 % der Lebenszeit ohne Auslauf möglich
- 85 kg	1,1 m ² Stall	0,8 m ² Auslauf	
- 110 kg	1,3 m ² Stall	1,0 m ² Auslauf	
- Eingestreute Liegefläche, 50 % Spaltenboden erlaubt - Besatzdichte entsprechend max. 170 kg N/ha - Teilumstellung möglich, kein eigenes Futter notwendig			

ten Sauen, Ebern, Ferkeln und Mastschweinen auf Stroh mit Auslauf sind bekannt und z. B. auf NEULAND-Betrieben zur Praxistauglichkeit entwickelt worden.

Mit ferkelführenden Sauen sind in der Freilandhaltung zwar gute Erfahrungen gemacht worden, für die Kombination von Abferkelbuch im Gebäude mit außenliegendem Auslauf liegen bis jetzt allerdings keine Praxiserfahrungen vor.

Die Auslauffläche für Eber hingegen fällt mit 8 m² viel zu groß aus, zumal im Stallbereich schon eine Fläche von 6,0 m² vorgeschrieben ist.

Die Abmessungen der Ausläufe für den Ferkelaufzucht- und Mastbereich sind in ihrer Größe praxisnah, aber auch hier sind die vorgeschriebenen Stallflächen für abgesetzte Ferkel und Mastschweine leider zu groß ausgefallen. Der große Vorteil der Auslaufställe besteht darin, dass Mist nur im Au-

Die Schonzeit ist vorbei

Leserbrief zum Interview mit F. W. Graefe zu Baringdorf in Bauernstimme 9/99

Ich habe mir nur noch verwundert die Augen gerieben, als ich das Interview mit Baringdorf gelesen habe, denn es liest sich alles so, als hätten die Grünen mit diesen katastrophalen Beschlüssen zur Agrarpolitik nichts zu tun. Baringdorf macht es sich ein bisschen zu einfach, nur auf Funke und die SPD einzuhauen. Das haben wir hier in Bayern die letzten 16 Jahre ständig von der CSU gehört, wir hätten ja, aber die in Bonn, Brüssel ...

Bei allen Hoffnungen in die neue Regierung war schnell klar, dass die Bäume für uns Bauern nicht in den Himmel wachsen würden. Von der SPD hat, denke ich, keiner große Erwartungen gehabt in Bezug auf eine neue Ausrichtung der Landwirtschaftspolitik, sprich Ökologisierung, Neugestaltung bzw. Vereinfachung und damit gerechtere Verteilung der Subventionen.

Nur, dass von den Grünen all diese Beschlüsse lautlos mitgetragen werden und die Möglichkeiten, die die Agenda 2000 und auch das Sparpaket geboten hätten, in keinsten Weise genutzt wurden, ist für mich mehr als enttäuschend. Dafür brauchten wir keinen Wechsel.

Die Grüne Partei muss sich an dem messen lassen, was sie in der Regierung umsetzt und nicht an dem, was sie in der Op-

position gefordert hat. Mir ist klar, dass Politik mit Kompromissen verbunden ist. Nur darf es nicht dazu führen, sich bis zur Unkenntlichkeit zu verbiegen, wie die Grünen es im Moment tun um des lieben Koalitionsfriedens wegen. Die Rechnung bekommen sie allerdings auch jedes Wochenende bei den Landtagswahlen präsentiert.

Die Schonzeit der neuen Regierung ist vorbei, und dies muss auch in den Beiträgen der Bauernstimme wieder deutlich werden, bei aller politischen Nähe, die bisher zwischen der Agraropposition und den „linken“ Parteien geherrscht hat. Denn wenn ich mir vorstelle, diese „unglaubliche Fehlleistung“ wäre von der alten Regierung verbrochen worden, der AbL-Vorsitzende und die Bauernstimme hätten diese Beschlüsse in der Luft zerrissen, aber so ist alles sehr moderat.

Der AbL-Vorsitzende wird sich entscheiden müssen, auf welcher Seite er letztendlich steht, denn mit diesem Spagat kann er nur scheitern und damit auch die AbL. Denn im Grunde müsste er zum Protest gegen sich selbst aufrufen, wenn er konsequent wäre.

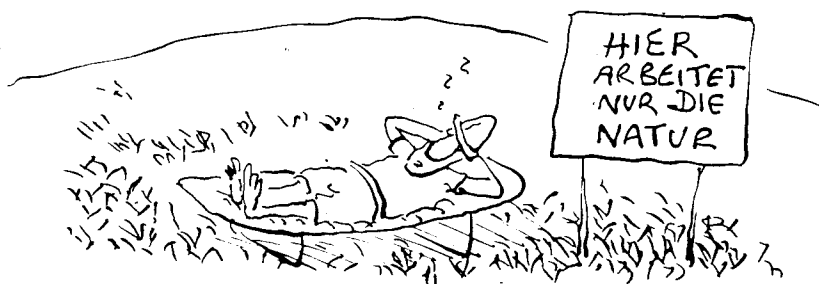
Hans Glück,
Bauer in 84529 Tittmoning

Kleine Höfe: produktiv und ressourcenschonend

Eine Studie, die auf einer gemeinsamen Konferenz der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisationen der Vereinten Nationen (FAO) und dem niederländischen Landwirtschaftsministerium in Maastricht vorgestellt wurde, kommt zu dem Schluß, dass kleinere landwirtschaftliche Betriebe einerseits produktiver, gleichzeitig aber auch ressourcenschonender arbeiten als eine industrialisierte Großlandwirtschaft. Das californische Institute for Food and Development Po-

licy und das niederländische Transnational Institute fanden heraus, dass kleinere Betriebe zwei- bis zehnmal so viel pro Einheiten produzieren und gleichzeitig für weniger Bodenerosion sorgen und die Biodiversität stärker erhalten als größere Betriebe. Die Studie zeigt aber auch sehr deutlich, dass die Liberalisierung der Weltmärkte eine Bedrohung für Millionen kleinerer Betriebe auf der ganzen Welt darstellt.

pm



Much: Kraut & Rüben

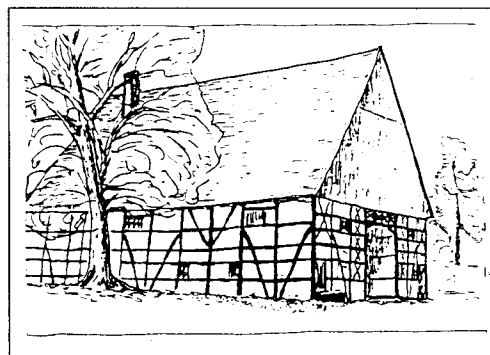
Freiraum ist Herrschaftsraum!

Wohnen im Einklang mit der Natur“ ... das Bauschild war riesengroß und vielversprechend: Ein schmuckes Einfamilienhaus im Grünen, darunter der Preis und die Telefonnummer der Baugesellschaft. Um den Naturcharakter zu unterstreichen, hatten sich unsere Rinder auch noch malerisch um das Bauschild gruppiert. Phantastisch.

Dumm nur für uns, denn mit dem bevorstehende Baubeginn des letzten Bauabschnitts im Neubaugebiet lief für uns der Jahrespacht der Rinderweide aus. Dumm aber auch für die Käufer, denn die Bebauung bedeutete ja gerade den Verlust der Natur, mit der hier so vielversprechend geworben wurde. Aber klug gemacht von der Agentur, die für die hochverdichtete Bebauung in diesem Gebiet zu werben hatte.

Die Siedlungsreihen sind längst geschlossen, feste Zäune markieren die immerhin 200 m² umfassenden Grundstücksgrenzen, nur der sommerliche Bratwurstduft ist zaunübergreifend. Neben dem Eigenheim fand inzwischen auf so manchem Grundstück auch noch eine Hundehütte platz. Eigenheimers liebstes Statussymbol. Man wohnt zwar hochverdichtet, aber doch ländlich. Das nächste „Pantoffelgrün“, so nennen die Stadtplaner unsere landwirtschaftlichen Wirtschaftswege, ist schließlich nicht weit. Also lauf Hund, hol Söckchen! Und wenn der blöde Bauer mit seinem Trecker kommt, dann versperr ich ihm den Weg, damit er meinen Liebling nicht etwa überfährt.

Die Feldflur als Freizeitpark. Nicht nur der Hund, auch der moderne Mensch will sich schließlich bewegen: joggen, biken, skaten, power walken.



..... aus dem Ruhrgebiet

Landwirtschaftliche Wege werden selbstverständlich als Freizeitpisten und Hundlaufstrecken in Besitz genommen, die angrenzenden Äcker gleich mit. Größtmöglicher Störfaktor ist hier nur der Bauer mit seinem Trecker, der gelegentlich auch

noch einmal zu seinen Feldern fahren will. Und glaube bloß niemand, der Bio-Bauer sei besser gelitten als der konventionelle! Ob Hackmaschine oder Feldspritze hinter dem Schlepper, ist doch völlig egal.

Stadtplaner schwärmen immer von den siedlungsnahen Freiräumen. Ist mir sonnenklar. Hochverdichtete Siedlungsräume kann man schließlich nur schaffen, wenn Freizeitaktivitäten an anderer Stelle stattfinden können. Mit Hund auf 200 m² geht natürlich nicht. Landwirtschaftliche Flächen werden deshalb selbstverständlich und kostenlos eingeplant. Wenn die Kommunen dafür lohnen müssten, würde es unbezahlbar.

Jeder Eigenheimbesitzer setzt einen hohen Zaun um sein noch so kleines Grundstück. Im Gegenschluss gilt alles, was nicht eingezäunt ist, als Allgemeinbesitz: ob Hundeklo (vornehm ausgedrückt) oder Müllplatz (McDoof lässt grüßen oder Hunderennstrecke, der nächste Acker ist gerade recht.

Freiraum ist Herrschaftsraum!

Und Bäuerinnen und Bauern sind die letzten Mohikaner.

Ich bin für die Unterschutzstellung landwirtschaftlicher Flächen als Gewerbegebiete.

LESE-BUCH

TIP

1000 Fragen und Antworten

Dieses Standardwerk, das schon vielen Junglandwirten zur Prüfungsvorbereitung oder zur schnellen Orientierung diente, liegt jetzt in 13. überarbeiteter und erweiterter Auflage vor. In Frage und Antwort werden vor allem die Bereiche der Produktion und auch der Betriebswirtschaft, daneben aber auch Begriffe der Agrarpolitik sowie des Natur- und Umweltschutzes behandelt. Leider werden „Ökologischer Landbau“ und „Artgemäße Tierhaltung“ auf nur zwei Seiten abgehandelt. en 1000 Fragen für den jungen Landwirt, Ertl/Birnbeck.BLV-Verlag München, 1999, 320 Seiten, 34 DM. Zu beziehen im AbL-Verlag.

Agrar-Förderprogramme

Einen Überblick über die Fördermittel des Bundes, aller Bundesländer und der EU bietet auch in diesem Jahr die Redaktion der „Zeitschrift für das Kreditwesen“ in ihrer Broschüre „Finanzierungshilfen“ – in diesem Jahr zusätzlich mit einer knappen Zusammenfassung der Ergebnisse der „Agenda 2000“. en

Die Finanzierungshilfen des Bundes, der Länder und der internationalen Institutionen, Band 3 – Landwirtschaft, Ausgabe 1999/2000, Fritz-Knapp-Verlag, Postfach 11 11 51, 60046 Frankfurt, 188 Seiten, 69,20 DM.

Agrar-Adressen

Alle wichtigen Behörden und Organisationen des Agrarbereichs sind in der aktuellen Ausgabe des Standardwerks aus dem Behr's-Verlag mit Adress-Daten, Ansprechpartnern und Zuständigkeitsbereichen aufgeführt: aus Ministerien und anderen Behörden, Kammern, Verbänden, Beratung, Ausbildung, Forschung, Verbänden, Agrar- und Ernährungsgewerbe. Ein nützlicher Helfer bei der agrarpolitischen Arbeit und/oder bei geschäftlichen Zwecken. en

Behörden und Organisationen der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft 1999, 652 Seiten, 219 DM zzgl. Vertrieb und MWSt, Behr's Verlag, Averböckstr. 10, 22085 Hamburg

Landwirtschaft und Naturschutz an einem Strang lohnt sich

Die Ausweisung von Großschutzgebieten nimmt fast immer Einfluss auf bestehende wirtschaftliche Strukturen in der Region. Eine zunehmende Tendenz, statt kleiner Naturschutzgebiete größere zusammenhängende mehr oder weniger stark vom Menschen genutzte Areale unter Schutz zu stellen, sorgt dafür, dass immer häufiger unterschiedliche Interessen von Landwirtschaft und Naturschutz aufeinandertreffen. Die Studie „Auswirkungen großflächiger Naturschutzprojekte auf die Landwirtschaft“ bewertet ökonomisch unterschiedliche Szenarien am Beispiel des Nationalpark Unteres Odertal und kommt zu der Auffassung, dass sich auch finanziell für alle Beteiligten Akteure am lohnendsten ist, wenn sie kooperativ miteinander ein Konzept erarbeiten.

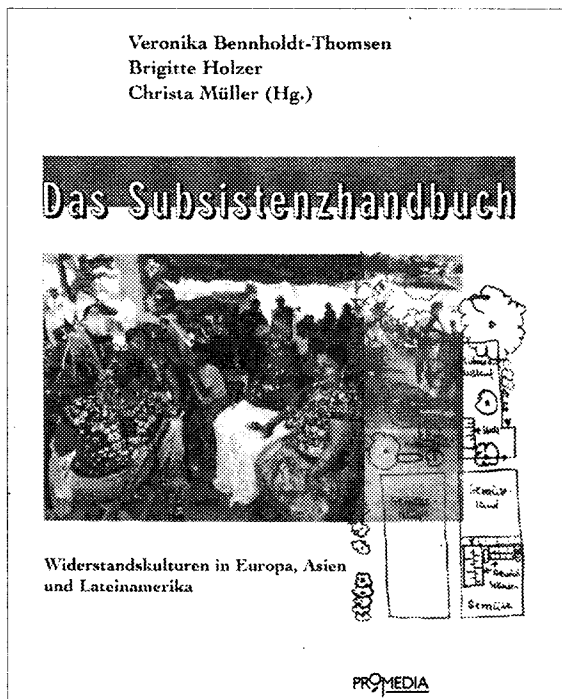
Auswirkungen großflächiger Naturschutzprojekte auf die Landwirtschaft, H. Kächele, Buchedition Agrimedia GmbH, 220 Seiten, 58 DM. Zu beziehen im AbL-Verlag.

Geschichten alternativen Wirtschaftens

Das Auf und Ab der städtischen Gartenkultur als Beitrag zur Lebensmittelversorgung, Tauschringe und die Abkehr vom monetären Wirtschaftssystem, die Integration von Menschen mit Behinderungen in einer mexikanischen Gemeinschaft, Selbstversorger-Bergbauern, Tessiner Esskastanien-Bewirtschaftler und Lebensentwürfe in Gemeinschaften jenseits der Kleinfamilie – weit spannt das „Subsistenzhandbuch“ den

Bogen der alternativen Wirtschaftswegen. Zum Teil bewusste Widerstandsform, zum Teil unbewusste Überlebensstrategie angesichts der Globalisierung, kleidet sich Subsistenzwirtschaft als Produktionsform wie auch als geistige, politische Orientierung hin zum Notwendigen und Wesentlichen in viele Gewänder. Das Handbuch bietet abwechslungsreiche Einblicke, oftmals aber eben nur Einblicke, die weitergehend Interessierte woanders vertiefen müssen.

Dabei bieten die zahlreichen Literaturangaben am Ende eines jeden Berichts Hilfestellung. Das Subsistenzhandbuch ist ein vielfältiger Einstieg ins Thema, der von den unterschiedlichen Geschichten und der Art und Weise wie die vielen AutorInnen sie erzählen lebt.



Stromkompromiss

Leserbrief zum Artikel „Markt unter Hochspannung“ in der Bauernstimme 9/99

Ganz recht, der Strom-Preiskrieg tobt und die Preise purzeln; jeden Tag werden neue Angebote offeriert, jetzt auch in den Katalogen der Versandhäuser (z. B. Otto-Versand und Quelle). Die Freude über niedrige Wohnkosten wird allerdings verdunkelt durch die Perspektive noch mächtigerer Energiekonzerne am Ende der Preisschlacht und die Sorge um die Zukunft der notwendigen weiteren Ausbreitung regenerativ erzeugter Energie. Die prozentuale Bindung der Einspeisevergütungen an die durchschnittlichen Strompreise der jeweiligen EVU kann bei allgemein sinkenden Preisen rasch die Rentabilität von Blockheizkraftwerken oder Wind- und Wasserkraftanlagen in derbe Verluste verwandeln.

Wie soll ich mich in dieser Situation verhalten? Zu Öko-Strom wechseln trotz deutlich höherer Strompreise? Gar nichts machen und abwarten? Den Tiefstpreis suchen, den Anbieter wechseln und über die Ungerechtigkeit der Welt jammern?

1. Öko-Strom-Anbieter und Umweltorganisationen fordern natürliche den umweltbewussten Wechsel der Verbraucher und kämpfen zurecht gegen die Diskriminierung bei der Stromdurchleitung bzw. für Begünstigungen bei der Ökosteuern. Aber: derzeit beziehen bundesweit rd. 28.000 Kunden Elektrizität aus regenerativer Erzeugung. 60.000 Menschen berichtet Greenpeace, zeigen Interesse am Wechsel. Was sind das (noch) für bescheidene Zahlen gegenüber etwa 20 Mio. Haushalten in der BRD? Eine massenhafte Perspektive sehe ich da nicht.

2. Der ganze Wirbel um die Strompreise verunsichert erst mal viele Verbraucher und sie zögern, ihre bisher selbstverständliche Kundschaft beim örtlichen/regionalen EVU zu kün-

digen (mit Prüfen der alternativen Angebote, Kündigung per Einschreiben, Stornieren der Einzugsermächtigung usw.) Aber: Das wird sich in absehbarer Zeit ändern, wenn der Nachbar und die Zeitung berichten, dass es doch ganz einfach ist und nun deutlich gespart würde. (Beim Wechsel zum derzeit günstigsten Anbieter hätte mein Haushalt rd. 300 DM 1998 gespart.) Hinzu kommt, dass mein bisheriger Stromversorger ja auch auf dem Preiskarussell mitturnt, also das oben genannte Dilemma sich trotz Untätigkeit vollzieht.

3. Wenn ich nichts mache, hätte ich vielleicht ein besseres Gewissen, als wenn ich aktiv in die Niedrig-Preisschlacht einsteige. Beim Telefon haben wir ja schon geübt, den Anbieter ständig zu wechseln und in Amerika soll das tägliche Wechseln des Stromlieferanten bereits möglich sein. Nur: Dann ist klar, dass mir die ökologischen Gründe gleichgültig sind.

Mein Fazit ist: Ja, ich werde mir einen möglichst günstigen Stromlieferanten (mit kurzer Kündigungsfrist) suchen und, das ist das Entscheidende, einen Teil der Ersparnis einer Organisation zur Verfügung stellen, die sich nachweislich um den Ausbau regenerativer Energie kümmert. Dafür kann man auch sehr gut werben. Denn für die Ersparnis hat man selbst ja eigentlich nichts getan und Sonnen-, Wind- und Wasserstrom ist doch eigentlich die notwendige Perspektive.

Nachsatz: Den Bäuerinnen und Bauern sein eine solche Strategie besonders angeht, da sie sonst ihre Zukunftsmöglichkeit, Energielieferanten zu werden (Raps, Gülle, Stroh usw.) entweder mit untergraben oder aber an der nachhaltigen Zukunft selbst aktiv mitwirken können.

Dieter Voegelin, 34320 Söhrewald

Neue Wege

Im nächsten Heft der Arbeitsergebnisse richten die AutorInnen ihren Blick in verschiedene Richtungen über die gewohnten Schwerpunkte eigenständiger Regionalentwicklung hinaus:

A. Fink-Keßler und H. Luley berichten über die Voraussetzungen von und erste Erfahrungen mit ländlicher Entwicklung in Polen und ziehen daraus Schlussfolgerungen für eine künftige EU-Regionalförderung. O. Prüß untersucht Ansprüche und Umsetzungs-

wirklichkeit der Bürgerbeteiligung in der neuen Dorf- und Regionalentwicklungsplanung in Schleswig-Holstein und problematisiert das alte Dilemma zwischen Expertenplanung und Planung „von unten.“ Die Möglichkeiten der Landwirtschaft, zukünftig als Produzenten von elektrischer und thermischer Energie auf der Basis verfügbarer technischer und organisatorischer Ressourcen zu agieren, werden von W. Schluchter und R. Wiesstock als Entwurf des Forschungsprojektes „En-O-Trak“ vorgestellt. P. Ruffini erläutert Ergebnisse einer Umfrage unter Regionalberatern über gewünschte Fortbildungsinhalte. *dv*

Alternativen zum Weltagrarhandel



Die Entwicklungen im internationalen Agrarhandel haben auch Nichtregierungsorganisationen (NRO) immer wieder vor neue Herausforderungen gestellt. Die neueste BUKO-Agrarstudie „Von Subsistenz bis WTO-Reform“ setzt sich damit auseinander, wie sich im Laufe der Zeit mit den Veränderungen innerhalb der internationalen Handelsvereinbarungen auch die Anstrengungen der NRO verschoben haben. So beschreibt die Studie, wie seit Anfang der 90er Jahre in UN-Konferenzen Ressourcenschonung und soziale Mindeststandards als Kriterien aufgenommen werden. „Freihandel wird als Instrument angesehen, das den Zielen Schutz der Umwelt, Verbesserung der sozialen Situation und Erhöhung der Ernährungssicherheit dient. ... An einigen Punkten wird die Abstimmung der Handelspolitik mit anderen Maßnahmen wie dem Umweltschutz gefordert. Dabei ist allerdings nirgends von der Unterordnung der Liberalisierung unter die Ziele der nachhaltigen Entwicklung die Rede. Die häufig wie-

derholte Forderung, soziale und ökologische Maßnahmen dürfen nicht zu Protektionismus führen, hinterlässt eher den gegenteiligen Eindruck.“ Im Folgenden wird in der Studie aufgezeigt, wie sich die Standpunkte der NRO weg von der Forderung nach einem grundlegenden Alternativmodell hin zu Reformen des bestehenden Systems verändert haben. Dabei wird bei der Beschreibung der Positionen deutscher NROs auf einzelne Elemente von Reformansätzen beispielhaft eingegangen. Z. B. auf die Regionalisierung: „Die Bedeutung des Konzeptes der Regionalisierung innerhalb der

‘Bewegung’ ist schwer einzuschätzen. Es wird immer wieder von den verschiedensten Gruppen aufgegriffen und scheint – angesichts der immer stärker werdenden ablehnenden Haltung gegenüber Liberalismus und Globalisierung – zur Zeit sogar an Bedeutung zu gewinnen. Andererseits sind die Überlegungen bisher wenig konkret was die praktische Umsetzung betrifft oder im Hinblick darauf, welche Konsequenzen eine Regionalisierung der Märkte im Norden für die Länder des Südens hätte. Ebenso gibt es bisher wenig Vorschläge dafür, wie ein Konzept der Regionalisierung für die Länder des Südens selbst aussehen könnte. Selbst entwicklungspolitische NRO beziehen sich mit ihren Vorstellungen überwiegend auf den Norden.“

Von Subsistenz bis WTO-Reform. A. Engel, T. Reichert, BUKO Agrarstudien 8, 128 Seiten, 18 DM. Zu beziehen im AbL-Verlag. Die Ergebnisse dieser Studie dienen unter anderem als Grundlage für den von der BUKO Agrar Koordination am 21. bis 24. Oktober 1999 stattfindenden Workshop „Agrarhandel in Zeiten der Globalisierung“.

AbL

DRUCKSACHEN

Der kritische Agrarbericht 1999

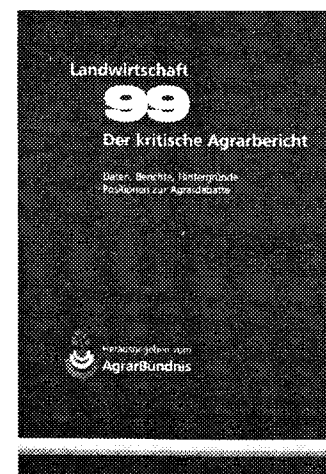
Daten, Berichte, Hintergründe

Positionen zur Agrardebatte

„Wer in der agrarpolitischen Diskussion über den Tellerrand hinaus schauen will, sollte in den kritischen Agrarbericht hineinschauen!“
Die neue DL (Deutsche Landjugend)

„Hier erfährt man, was die offizielle Agrarpolitik gern verschweigt oder anders sieht. Gemeinsam werden neue Felder und Themen bearbeitet und neue Perspektiven für Agrarpolitik und Selbsthilfe entworfen. ... Das Besondere an diesem und allen vorherigen kritischen Agrarberichten ist aber der Ansatz der unterschiedlichen Mitglieder des Agrarbündnisses, gemeinsam eine umfassende agrarpolitische Perspektive für alle Bereiche zu entwickeln und durchzusetzen.“
Ökomarkt

„...ein nahezu unerschöpfliches Nachschlagewerk zum Thema Landwirtschaft. In auffallend gut recherchierten Artikeln decken die insgesamt fast siebzig Autoren ein breites Spektrum ab. ... Trotz der bisweilen trockenen, ja spröden Materie sind überraschend viele Beiträge gut verständlich und flüssig geschrieben. Dadurch wird der Bericht nicht nur für einen engen Kreis von Fachleuten interessant, sondern kann im Prinzip allen an landwirtschaftlichen Problemen interessierten empfohlen werden.“
Abfalter (Österreich)



„Empfehlenswert“

Birgit Schumacher (Ökotest)

Den Zahlenwerken der Bundesrepublik etwas entgegensetzen, selbst Bilanz ziehen, andere Schwerpunkte setzen und Perspektiven aufzeigen.

Die kritischen Agrarberichte belegen, dass es trotz einer Politik pro Wachstumslandwirtschaft noch viele Menschen gibt, die für eine menschen-, tier- und umweltgerechte Landwirtschaft eintreten.

Die Kapitel im Kritischen Agrarbericht 1999:

- Agrarpolitik
- Internationale Beziehungen
- Produktion und Markt
- Regionalentwicklung
- Agrarkultur
- Tierschutz und Tierhaltung
- Soziale Lage
- Landwirtschaft und Ökologie
- Gentechnik
- Ökologischer Landbau
- Verbraucher
- Wald

1998, 3-930 413-15-9, 36 DM

Bestellcoupon zum Handeln

Ich bestelle:

.... Expl. Der kritische Agrarbericht '99 für 36 DM _____ DM

.... Expl. der folgenden Ausgaben des kritischen Agrarbericht '93 bis '99
zum Sonderpreis im Paket: _____ DM

(2 Ausgaben 60 DM; 3 Ausgaben 80 DM; 4 Ausgaben 100 DM; 5 Ausgaben 110 DM;
6 Ausgaben 120 DM, 7 Ausgaben 130)

außerdem:

Zahlung nach Erhalt der Rechnung mit beiliegendem Scheck

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos

Konto-Nr. _____ BLZ _____ Bank _____

Name _____ Adresse _____

Datum _____ Unterschrift _____

Bestellung an: AbL Bauernblatt Verlag-GmbH, Marienfelderstr. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen DM 15,-; Gewerbliche Kleinanzeigen DM 25,-; Chiffregebühr DM 5,- Alle Preise inkl. MWSt. Anzeigenannahme bis zum 10. des Vormonats. Anzeigen bis DM 25,- nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von DM 5,- für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen bitte schriftlich an: „Unabhängige Bauernstimme“, Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück.

(Klein) ANZEIGEN**Hof und Arbeit**

● 38-jährige Frau mit zweieinhalbjährigem Sohn, 1 Hund und einer kleinen Fuchsschafherde (1/15) sucht im Raum Bielefeld Wohnung in netter Hof- oder Hausgemeinschaft. Ein Miteinander sollte möglich, aber nicht immer nötig sein. ☎ 0521-1641210

● Spaß am Umgang mit Kühen? Bioland-Hof (nahe München, 20 ha, Milchvieh-Laufstall, Acker + Grünland, Milchverarb., Direktvermarkt.) sucht Azubi, Praktikant/in oder Mitarbeiter/in. Hans Schmidt + Astrid Niemann, 85253 Erd-

weg-Walkertshofen, ☎ /Fax. 08138-8325

● Vielseitige landwirtschaftliche Kommune im Münsterland (7 Erwachsene, 1 Kind) sucht Einsteigerin, schwerpunktmäßig im Milchvieh- und Käsebereich. Mehr Infos unter ☎ 02525-2560, nach Hilde fragen

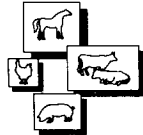
Tiermarkt

● Verkaufe laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551/63609

● Verkaufe Coburger Fuchsschafe aus HB. ☎ 0521-1641210

TIERGERECHTER STALLBAU

Beratung, Planung und Betreuung durch
Unabhängiges Beratungsbüro
Dipl. Ing. agr. Bodo Bertsch
Telefon 0551 - 22731



Man wird so alt wie eine Kuh ...

Gratulation

Der AbL Arbeitskreis Schwaben
wünscht seinem 1. Vorsitzenden

Fritz Bayer

zu seinem 70. Geburtstag,

dass er in nicht all zu weiter Ferne seinen Altersruhestand genießen darf, und das bei bester Gesundheit. Wir möchten diesen Anlass dazu nutzen, ihm für seine Aktivitäten im Arbeitskreis ein herzliches Dankeschön zu sagen. Wir würden uns sehr freuen, wenn Fritz seine frei werdende Zeit der AbL Schwaben weiterhin zur Verfügung stellen würde.

... man lernt durch die AbL immer noch dazu.

Vorankündigung

Bundesmitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

26. - 28. November 1999 in Altenkirchen/Westerwald

Mit interessanten Referaten, lebhaften Diskussionen, Rechenschaftsberichten, Vorträgen aus der Praxis, und gemütlichen Abenden.

Themenschwerpunkte:

„Rot-grüne Agrarpolitik zwischen Wunsch und Wirklichkeit“
und die zukünftige Interessenvertretungs-Arbeit der AbL.

Alle AbL-Mitglieder erhalten eine schriftliche Einladung. Interessierte Gäste sind herzlich willkommen.

Antragsschluss für die Bundes-MV ist der 18. Oktober 1999.

Veranstaltungskalender**Aktionstag Gorleben**

3. Okt. 1999, 14.00 Uhr

Während auf der großen Bühne nur noch der Ausstieg aus dem Einstieg in den Ausstieg aus der Atomenergie verhandelt wird, bahnt sich in Gorleben die Inbetriebnahme der ersten rot-grünen Atomanlage an: der Bau der Pilot-Konditionierungs- („Atomüll-Verpackungs-) anlage. Auch dazu der Aktionstag.

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, ☎ 05841-4684, Fax: -3197, www.bi-lüchow-dannenberg.de

Agenda 2000 ist da! Wie verhält sich die AbL?

13. Okt. 1999, 19.30 Uhr, Goldenstedt (Ldkr. Vechta), Gasthaus Zur Schmiede

Der Referent, Prof. Onno Poppinga, AbL-Mitglied, Landwirt und Hochschullehrer, wirft die Frage auf: Haben wir in der Auseinandersetzung um die Agenda 2000 auf Parteien gesetzt und uns geirrt? Auch Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der AbL, wird dazu Stellung beziehen.

Infos: Willi Dohemann, Haendorfer Weg 4, 27330 Brüne-Asendorf, ☎ 04253-458; Heike Nordhoff-Felis, A.-Schweitzer-Weg 51, 49424 Goldenstedt, ☎ 04444-1279

Gerichtstermin Nachbau

3. Nov. 1999, 10.15 Uhr, Landgericht Frankfurt/M., Raum 134 Geb. B, Gerichtstr. 2

Öffentliche mündliche Verhandlung im Rechtsstreit Saatgut-Treuhandverwaltung gegen Landwirt Christian Schulin. siehe Seite 5

Region 2000

8. - 10. Okt. 1999, Fulda

Das Seminar „Region 2000 – Neue Ansätze in der Regionalentwicklung“ versucht eine Standortbestimmung der Regionalisierungstrends.

Akademie der Katholischen Landjugend, Drachenfelsstr. 23, 53604 Bad Honnef, ☎ 02224-9465-40

Regionalentwicklung

10. - 13. Okt. 1999, Stauden (westl. Augsburg)
Internationales Forum „Kulturlandschaft

als Bestandteil nachhaltiger Regionalentwicklung“ mit Vorträgen und Austausch mit Regional-Initiativen.

Ökostation Stauden, Weberstr. 5, 86863 Langenneufnach, ☎ 08239-959676

Landtourismuskongress

2. - 3. Nov. 1999, Celle

3. DLG-Landtourismuskongress über Erfolgskriterien und -strategien.

DLG, Frankfurt, ☎ 069-24788-202

Behinderte Arbeitnehmer im Land- & Gartenbau

19. - 20. Okt. 1999, Altenkirchen

Betriebliche Herausforderungen und Qualitätsmanagement in Werkstätten für Behinderte im Bereich Landwirtschaft und Gartenbau.

Evan. Jugend im ländl. Raum, ☎ 02681-9516-0

Filmfestival Verden

29. - 31. Okt. 1999, Verden/Aller

Beim 6. Verdener Kurzfilmwettbewerb „Filmsalat“ präsentieren angehende und gestandene Regisseure ihre neuesten Werke. Vom Trickfilm über die Komödie bis zu Dokumentarfilmen über Landwirtschaft, „3. Welt“ und Industrie. Karl-Heinz Rengstorf, ☎ 04233-669, www.easyonline.net/filmsalat

Öko-Saatgutvermehrung

23. - 25. Nov. 1999, Lauda

Grundlagen und praktische Erfahrungen. Ländl. Heimvolkshochschule Lauda, Tauberstr. 9, 97922 Lauda, ☎ 09343-589190

Bio-Marktgespräch

27. Okt. 1999, Frankfurt/M.

„Preis und Qualität: Wir wollen niemals auseinandergehen“ 7. Frankfurter Marktgespräch.
verlag gesund essen, ☎ 06073-7482-61

Agrarhandel und Globalisierung

21. - 24. Okt. 1999, Haus am Schüberg, Hais-

büttel bei Hamburg

Verlierer der Liberalisierung und Globalisierung sind Landarbeiter auf den Plantagen der Cash-Produkte und Bauern/Bäuerinnen, die für den regionalen Markt oder – im Süden – für den eigenen Bedarf produzieren. Statt einer fundamentalen Diskussionen wird heute stärker versucht, eigene Märkte mit fairen Bedingungen aufzubauen. Das Seminar bietet einen Austausch darüber mit Vertretern von NGOs aus Ländern des Südens (engl., spanisch). BUKO Agrarkoordination, ☎ 040-393156

Globaler Wettbewerb

19. - 20. Okt. 1999, Bonn-Röttgen

Agrarwirtschaft im globalen Wettbewerb – Zukunftsperspektiven der deutschen Landwirtschaft. Wissenschaftliche Akademietagung von Deutschem Bauernverband und Deutscher Landjugend-Akademie.

Dt. Landjugend-Akademie, ☎ 0228-91929-0

Tagung Biogasanlagen

2. Okt. 1999, Barstorf bei Diepholz (Nds)

Norddeutsche Fachtagung zur Frage, ob bzw. wie sich Biogasanlagen nicht nur für die Umwelt, sondern auch für die Investoren rechnen.

Ländl. Erwachsenenbildung Nds., 49406 Barnstorf, ☎ 05442-2824

I.N.E.-Studienreise Schweden

26. - 29. Okt. 1999

4. Auslands-Studiensreise der Internationalen Vereinigung zur Förderung nachwachsender Rohstoffe/Energiepflanzen e.V. nach Schweden.

Claus Mahrt-Thomsen, ☎ 04353-326

Käseurse

Seminare im Herbst 1999

2. - 5. Nov. 1999, 16. - 19. Nov. 1999, 24. - 26. Nov. 1999.

Verband für handwerkli. Milchverarbeitung, ☎ 08166-684218

Freier Jugendhilfeträger sucht für die Betreuung von Kindern und Jugendlichen
Betreuungsstellen bzw. Standprojekte in NRW.

Voraussetzungen sind:

- pädagogische Fachkraft mit Erfahrungen in der Jugendhilfe/Jugendarbeit
- starke, sensible und belastbare Persönlichkeit
- individuelle und bedarfsorientierte Betreuung im eigenen Haushalt.

Praktische Betätigungsfelder für die Jugendlichen (Tierhaltung, Landwirtschaft oder handwerklicher Betrieb) wären willkommen.

Neben einem angemessenen Honorar bieten wir fachliche Anleitung und Supervision.

Ihre aussagekräftige Bewerbung senden Sie bitte an:

Wellenbrecher e.V.

Gneisenastraße 44-46

44147 Dortmund

Internet: www.wellenbrecher.de

**wellen
brecher.e.v.**

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL); Umweltzentrum Westfalen; Zentralstelle für Agrardokumentation und -information (ZADI) – Informationszentrum für Genetische Ressourcen (IGR) laden ein zur Fachtagung:

Erhaltung und Nutzung regionaler landwirtschaftlicher Vielfalt – von der Verpflichtung zur Umsetzung

8. – 9. Okt. 1999, Ökologiestation Bergkamen-Heil
10. Okt. 1999: Vielfalt kulturell-kulinarisch genießen mit „Slow Food“

Obwohl sich die Bundesregierung schon vor Jahren zur Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der genetischen Vielfalt in der Landwirtschaft verpflichtet hat, kann von einer breiten Umsetzung dieser Verpflichtung in die Praxis auf den Höfen und gärtnerischen Betrieben nicht die Rede sein. Im Gegenteil: Bauern und Bäuerinnen, Initiativen und Verbände, die sich engagieren, stoßen auf zahlreiche Hindernisse und fehlende politische Unterstützung. Was tun, um voranzukommen? Die Tagung schlägt mit Referaten und Diskussionen den Bogen von der politischen Ebene über die Erfahrungen bestehender Projekte bis hin zur Frage, wie die Bemühungen um die Sortenvielfalt der allgemeinen landwirtschaftlichen Praxis dienen können. Ein ausführliches Programm findet sich in **Bauernstimme 9/99, S. 23.**



Source: Brot für die Welt

Kontakt: Frau Anette Scheibe, ZADI, Abt. IGR, Villichgasse 17, 53177 Bonn, ☎ 0228-9548-202, Fax. -220; oder: AbL, F. Stodieck, ☎ 05242-48476

Ich werde Mitglied in der **AbL**

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte Mitglied in der AbL werden
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von DM 200,- DM 250,- oder DM _____ zu zahlen.
- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von DM 150,-
- Ich bin Kleinbauer, Student, Rentner, arbeitslos und bezahle einen Mitgliedsbeitrag von DM 50,- (Nachweis füge ich bei)
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von DM 200,-
- Ich beantrage als nicht landwirtschaftliche Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von DM 100,-

Mitgliedsadresse:

Name _____ Vorname _____
Straße _____ PLZ, Ort _____

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung (Dafür erhalte ich eine Ermäßigung von DM 3,-)
- Ich bin Abonnent der Unabhängigen Bauernstimme: ja nein
- Ich bestelle auch die Unabhängige Bauernstimme (Bitte Coupon auf Seite 24 ausfüllen)

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu errichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. _____ BLZ _____ Bank _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, daß die Deutsche Bundespost im Falle einer Adreßänderung die neue Adresse an die AbL bzw. Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ihre Bestellung kann innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich bei der AbL widerrufen werden.

Unterschrift _____ Datum _____ Beruf _____

Bitte senden Sie die Bestellung in einem Kuvert an:

AbL e.V. Bauernstimme Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück

AbL

KONTAKTE

Schleswig-Holstein

Landesverband: Ellen Holste, Reit 5, 24848 Alt Bennebek, ☎ 04624/800312
Bernd Voss, Diekdorf Nr. 124, 25554 Wilster, ☎ 04823/8505, Fax: /75330
Hinrich Lorenzen, Winderatt 14, 24966 Sörup, ☎ 04635/2141, Fax: /2114
Plön: Matthias Stührwaldt, ☎ 04326/679
Flensburg: Heiner Iversen, ☎ 04631/7424, Fax 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: 29587 Luttmissen Nr. 2, ☎ + Fax 05822/2368
Heide-Weser: Karlheinz Rengsdorf, ☎ 04233/669; Ulrike Helberg-Manke, ☎ 04231/63048
Eibe-Weser: Hinrich Burfeind, ☎ 04762/1593; Ada Fischer ☎ 04723/3201, Fax: 04723/2118
Wendland-Ostheide: Horst Seide, ☎ 05865/1247
Niedersachsen-Mitte: Hartmut Hollemann, ☎ 05121/510694
Südniedersachsen: Andreas Backfisch, ☎ + Fax 0551/7703743

Nordrhein-Westfalen

Landesverband NRW: Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, ☎ 05242/48476, Fax 05242/47838
Herford: Friedel Gieseler, ☎ 05221/62575
Minden-Lübbecke: August Seele, ☎ 05702/9152
Hellweg: Ulrike Ostendorff, ☎ 02307/62281, Wilhelm Ecke, ☎ 02378/2991
Sauerland: Dorothee Biermann, ☎ 02973/2557
Höxter-Warburger Land: Hubertus Hartmann, ☎ 05273/35447
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, ☎ 05404/5264
Gütersloh: Erika Kattenstroth, ☎ 05241/57069
Düren: Monika Lövenich, ☎ 02425/901458

Hessen

Mittelhessen: Ernst-Günter Lang, ☎ 06441/75502, Fax: 06441/975995; Ute Rönnebeck, Schützenstr. 24, 35398 Gießen, ☎ 0641/86045
Nordhessen: Bernhard Wicke, ☎ 05665/1403; Onno Poppinga, ☎ 05673/3540

Rheinland-Pfalz

Landesverband: Aufm Kreuzchen 2, 56290 Wohnroth ☎ 06762/951170, Fax: 06762/951191
Regionalverband Eifel: Bitburger Str. 2, 54636 Niederweiler Alfred Hauer, ☎ 06569/7284
Regionalverband Hunsrück-Nahe: Karin Auler-Weber, Auf dem Rech 4, 55481 Oberkostenz, ☎ 06763/601, Fax: 06763/558
Koblenz-Mayen: Engelbert Jung, ☎ 02607/552

Baden-Württemberg

Landesverband: Laubachtal 1, 88484 Gutenzell, ☎ 07352/8928, Fax: 07352/941422
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, ☎ 07443/3990, Martin Reiter, ☎ 07524/2272; Hedwig Noll, ☎ 07463/729
Nord-Württemberg: Brigitte Steinmann, ☎ 07062/61620; Ulrike + Wolfgang Reimer, ☎ 07971/8584
Göppingen: Gerhard Übele, ☎ 07166/422
Oberschwaben: Albrecht Stiefel, ☎ 0751/91171; Josef Bopp, ☎ 07352/8928
Schwarzwald-Baar: Klaus Eible, ☎ 07808/1311, Fax: 07808/910453
Ortenaukreis: Tilo Braun, ☎ 07805/5465
Bodensee: Anneliese Schmech, ☎ 07553/7529, Fax: 07553/828278
Allgäu: Bärbel Endraß, ☎ 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

Regionalverband Schwaben: Josef Böck, Leipheimer Str. 8, 89347 Bubesheim, ☎ 08221/6326; Hermann Holl, ☎ 07302/6512
Bayerisches Oberland: Hans Pischelt-Siederer ☎ 08178/5478; Franz-Josef Grenzebach, ☎ 08809/603
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, ☎ 08742/8039
Bogen (Bayerischer Wald): Hermann Ettl, ☎ 09963/1590; Martin Wiethaler, ☎ 09967/9697
Franken: Gabriel Deinhardt, ☎ 09194/8480; Jasmin Berger ☎ 09565/6838

Geschäftsführer: Georg Janßen, Schillerstr. 11, 21335 Lüneburg, ☎ 04131/407757, Fax 04131/407758

Arbeitskreis Frauen: Ulrike Hasemeier-Reimer, Flurstr. 6, 74405 Gaildorf-Reip-persberg, ☎ 07971/8584, Fax 07971/5718

AgrarBündnis e.V.: Friedrich von Homeyer, Zur nassen Ecke 2, 49565 Bramsche-Epe

Neuland e.V.: Baumschulallee 15, 53115 Bonn 1, ☎ 0228/604960

Europäische Bauernkoordination EBK-CPE, Rue Stevin 115, B-1040 Brüssel, ☎ 00322/2300776, Fax 00322/2300348, E-mail: cpe@agoranet.be

Verein zur Förderung des Anbaus und der Verwertung von Hanf, Marienfeld-erstr. 14, 33378 Rheda Wiedenbrück, ☎ 05242/48476, Fax: 05242/47838

Projektbüro Hanf, Haus Düsse, Daik Lohmeyer, 59505 Bad Sassendorf/Os-tinghausen, ☎ 02945/989195, Fax: 02945/989133

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebüh-ren. Adi Lambke 05864/233, Anneliese Schmech 07553/7529, Johann Schamann 09861/3945

IMPRESSUM

Unabhängige Bauernstimme • Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Marienfelder Straße 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Tel. 05242/48476, Fax: 05242/47838 • Bankverbindung: Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2017838 • Redaktion: Ulrich Jasper, Claudia Schiel-bein: Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Tel. 05242/48185, Fax: 05242/47838 (Redaktions- und Anzeigenschluß: jeweils am 15. des Vormonats) • Abonnementpreis: DM 60,- jährlich • Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich) • Bestellungen, Adreßänderungen, Veranstaltungshinweise und Anzeigenaufträge bitte direkt an den Verlag • Verlag: ABL Bauernblatt Verlags-GmbH, Marienfelder Straße 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Tel. 05242/48185 Fax: 05242/47838 • Bankverbindung: Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2031516 Satz: StadtBlatt Verlags GmbH, Bielefeld • Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr 0934-4632 Postvertriebsstück 1 K 12858 E.

Die Vielfalt der Backmischungen

Sechs Uhr, der Wecker klingelt, den Frühstückstisch braucht man nicht mehr groß zu decken, nur eine Tüte aus dem Schrank nehmen und mit Wasser anrühren. Drauf steht: „Standardbrötchengeschmack mit Standarderdbeermarmeladengeschmack – 2 Minuten ziehen lassen.“ Dazu eine Tablette „Standardkaffee“ einwerfen – fertig. Endlich keine Entscheidungen mehr, die einem das Leben schwer machen: schlimm sind ja die dran, die auch noch auswählen können, zu welchem Bäcker sie morgens gehen, weil mehrere in Reichweite sind. Beim einen sind die „ganz normalen“ Brötchen meistens gut, wenn er sie nicht hat zu dunkel werden lassen oder die Ritze zu tief gedrückt hat, so dass das Oberteil nur noch zwei harte Würste sind. Dann ist aber wenigstens das Unterteil immer noch okay, da locker-noppig (und nicht glatt-verhärtet) und das Innere leicht matschig-zusammendrückbar und nicht trocken-flusserig. Körnerbrötchen kann man bei dem allerdings vergessen, die Mehlfarbe tönt schon optisch ab und der Geschmack ist der von altem Graubrot. Also doch zum anderen Bäcker, der mit den Kürbisknackern in schwerer Qualität, saftig, und den wunderbaren, leicht süßen Milchwecken, die aber leider früh morgens noch nicht immer fertig sind, und wenn man dann auf „normale“ zurückgreifen muss, tut man sich nur laffe Schuhsohlen an... Alles vorbei, keine Entscheidungen mehr, Einheitsware vom Korn bis zum Endprodukt? Was die einen fürchten, ist der anderen Traum. Unter der Überschrift „Alptraum der Backzunft“ stellt die Wirtschaftswoche die bange Frage, ob mit der Übernahme des in Deutschland führenden Industriebrotspesies Wendeln durch den Kettenbäcker Kamps (2.000 Verkaufsstellen) „Vielfalt und Qualität der deutschen Backwaren leiden“ werden. Die Zeichen stehen bereits jetzt auf „bedrohlich“, lie-

gen in den Kamps-Regalen nur rund 24 Brotsorten, während ein im Ar-



tikel zitierter handwerklicher Bäcker auf 48 und am Wochenende auch schon mal auf 65 Brotsorten kommt. Missbilligend lässt man sich darüber aus, dass man von Kamps nur eines lernen könne: „Wie man sein Angebot abspeckt.“ Einfalt ist im Bäckerladen verpönt, weil es die VerbraucherInnen offenbar nicht anders wollen. Was allerdings davor passiert,

scheint weniger zu interessieren, Vielfalt ist wohl bloß als Vielfalt der Backmischungen zu verstehen. Der Verband Bayerischer Handelsmühlen hat sich jedenfalls über ein zu großes Angebot an Getreidesorten beklagt und wünscht sich zukünftig möglichst einheitliche und große Getreidepartien, die wiederum „den Wünschen der Verarbeiter und Verbraucher entsprechen würden“, so eine Presseinformation. 100 vom Bundessortenamt zugelassene Weizen- und 30 Roggensorten sind einfach zu viel, die Mühlen möchten bitte nur Bussard, Astron, Tambor, Batis und höchstens noch Glockner und Toronto für ihr Weizenmehl, an Sortenmischungen sind sie schon mal gar nicht interessiert. Na ja, das ist der erste Schritt, wenn Bäuerinnen und Bauern erst einmal auf dem Acker die Entscheidungen abgenommen worden sind und sie feststellen, wie wohltuend das ist, werden sie als Bäckerkunden die Vorreiter sein und schließlich das immergleiche Standardbrot verlangen. Und irgendwann kann Kamps sich seine 24 Brotsorten schenken und jenes Tütchen mit Pulver zum Anrühren produzieren. Von dem mit den 48 und am Wochenende 65 brauchen wir nicht mehr zu reden, von vielen mittelständischen Pflanzenzüchtern auch nicht und von genetischer Vielfalt schon gar nicht. Bleibt nur noch eine Frage: Was machen wir, wenn uns Standarderdbeermarmelade als Aufstrichgeschmacksrichtung nicht mehr passt?

Wenn es auch bei allen anderen Erdbeermarmelade gibt, bei uns in der Redaktion kommt Kirsch, Himbeer, Apfel, Pfirsich ... auf den Tisch. Damit das so bleibt, würde uns das eine oder andere neue Abo mal wieder gut tun.

9/99

UNABHÄNGIGE Bauernstimme

macht das Frühstück gut

Zutreffendes bitte ankreuzen

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (DM 60,- im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf DM 50,- gesenkt werden.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von DM 30,- bzw. DM 60,- für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 10 DM für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken)

Zustelladresse

Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Name, Vorname

Straße

Straße

PLZ, Ort

PLZ, Ort

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck (dafür erhalte ich eine Ermäßigung von DM 3,-)
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung (dafür erhalte ich eine Ermäßigung von DM 3,-) Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr

BLZ

Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, daß die Deutsche Bundespost im Falle einer Adreßänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, daß ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonentin / des Abonnenten

Datum

Beruf

(bei Geschenkabo Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Marienfelder Straße 14 oder FAX 05242 -47838